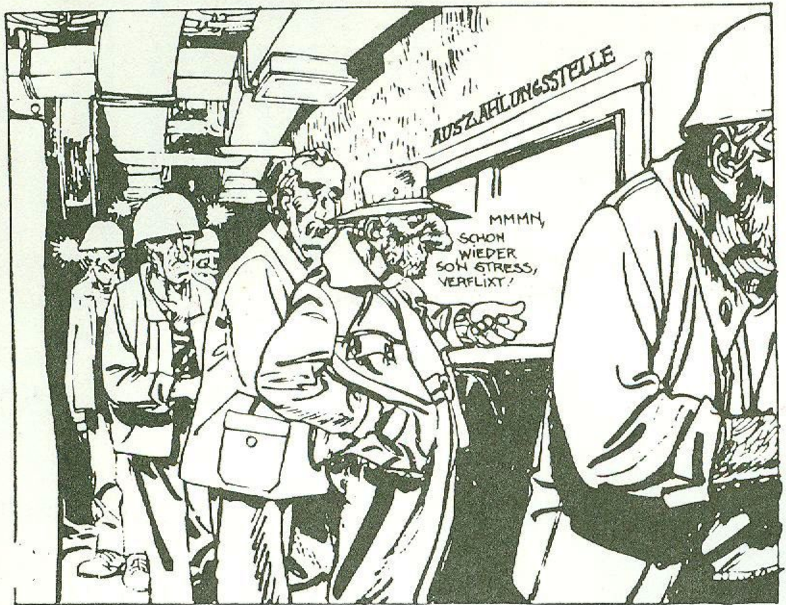
ALLES WIRD GUT!

zeitung der freien arbeiter - union / rätekommunisten

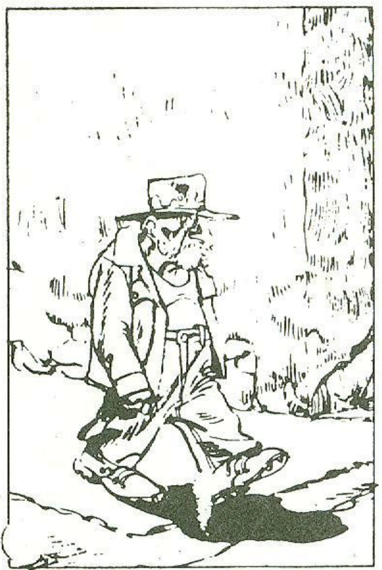
nummer 1
2 mark

DAS DRAMA VON HEUTE



















IMPRESSUM:
ALLES WIRD GUT! wird von der FREIEN ARBEITER-UNION/RÄTEKOMMUNISTEN herausgegeben. V.i.S.d.P.: Peter Kratzheller. Zuschriften und Bestellungen an: Postlagerkarte A 058 133, 2000 Hamburg 50.
Auflage 1500, Eigendruck, Erscheinungsort Hamburg
Namentlich gekennzeichnete oder als Dokumentation ausgewiesene Artikel geben nicht die Meinung des Presserechtlich Verantwortlichen wieder.

anstatt das große Scheitern zu zu verkünden, behaupten wir :

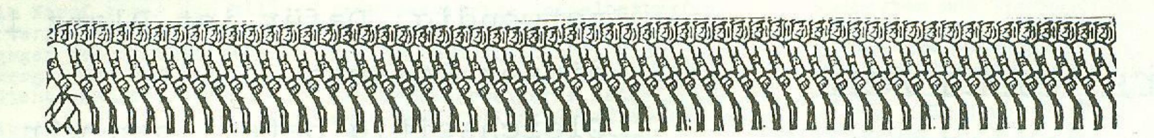
Alles wird gut

Wir halten eine Diskussion unter libertären Gruppen für notwendig. Dafür ist Platz in dieser Zeitung.
Gleichzeitig beteiligen wir uns mit libertären und kommunistischen Gruppen und Organisationen an dem Projekt "Gemeinsame Beilage", bei dem es sich um eine öffentliche Diskussion von revolutionärer Politik handelt.
Alles weitere ergibt sich aus den folgenden Seiten.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer :

15. Januar 84

ALLES WIRD GUT!



"Die Welt schreitet vorwärts, die Zukunft ist glänzend, und niemand kann diese allgemeine Tendenz der Geschichte ändern. Wir müssen die Fortschritte in der Welt und die lichten Zukunftsperspektiven ständig unter dem Volk propagieren, damit es Siegeszuversicht gewinnt."(Mao, Sprüche S. 85)

alles wird gut?

1. Wir wollen keinen "historischen Optimismus" verbreiten. Aber gerade in Zeiten, in denen die Weltuntergangsstimmung das vorherrschende Gefühl bei vielen ist, halten wir es für notwendig, Beweise dafür zu liefern, daß der Untergang des Weltkapitalismus die Voraussetzung dafür ist, daß der Weltuntergang nicht stattfindet. Und natürlich auch Anhaltspunkte dafür zu geben, daß wir im Kampf gegen den Kapitalismus eine Chance haben, den Sieg zu erringen.
Mehr nicht: Eine Chance, aber eben auch nicht weniger.
In Zeiten verschärfter Auseinandersetzung zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den lohnabhängigen Produzenten allen gesellschaftlichen Reichtums, verzweifeln viele und flüchten sich in mystische Sackgassen und Spinnereien; sie verlieren den Glauben daran, daß der Mensch ein vernunftbegabtes Wesen ist, das versucht, sich das Leben so angenehm wie möglich zu machen.
Gerade das aber ist unsere Hoffnung: Kein Mensch ist zu blöde, um herauszufinden, was das Beste für ihn ist.

2.
Die Bourgeoisie hat schon herausgefunden, was das Beste für sie ist: Die Ausbeutung der Massen.
Dieses Wissen wird von Bourgeois-Generation zu Generation weitergegeben, ganz genau wie vorher der Adel seine Privilegien an seine Nachkommen weitergab. Ihre Erfahrungen, ihr Wissen um das, was das Beste für sie ist, wurde schriftlich festgehalten und stellt in großen Teilen das dar, was man hierzulande Kultur nennt.
Die Erfahrungen der arbeitenden, geknechteten Massen sind nirgends aufgezeichnet; diejenigen von ihnen, die in der Lage waren die gemachten Erfahrungen zu verarbeiten und daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, wurden und werden planmäßig von den Herrschenden zum Schweigen gebracht; einzig ein paar Renegaten, Verräter an ihrer eigenen Bourgeois-Klasse, haben sich dazu bereitgefunden, die Erfahrungen der Massen zu sammeln, zu untersuchen und zu systematisieren, um ihnen ein Kampfmittel in die Hand zu geben.
Bakunin oder Kropotkin, Marx oder Engels – ihnen allen gemeinsam ist das Bestreben, den immer neu heranwachsenden Generationen von Ausgebeuteten immer wieder dieselben Erfahrungen von Niederlagen zu ersparen. Sie sind die Erinnerung, das Gedächtnis, die systematisierte Erfahrung der Unterdrückten – gegen diese Mitkämpfe unseres Kampfes helfen der Bourgeoisie keine Waffen und keine ermordeten Arbeiterführer.

3.
Wir anerkennen das sogenannte Primat der Arbeiterklasse in der sozialen Revolution und folglich auch in der revolutionären Entwicklung, da nur die der kapitalistischen Lohnarbeit direkt Unterworfenen ein objektives materielles Interesse an einer radikalen Änderung an den herrschenden Produktionsverhältnissen haben. Wir geben uns dabei nicht der Illusion hin, daß die Arbeiter automatisch ein revolutionäres Be-



wußtsein hätten, noch sprechen wir Angehörigen der Mittelklassen oder den gesellschaftlich Deklassierten die prinzipielle Fähigkeit ab, zu revolutionären Positionen zu gelangen. Gleichwohl sehen wir im Proletariat das eigentliche revolutionäre Subjekt, weil es den gesellschaftlichen Grundwiderspruch direkt ausgesetzt ist.
Direkte Ausbeutung, Mehrwertabpressung, schafft das Bewußtsein, daß der Mensch den geschaffenen Mehrwert sich nicht selbst aneignen kann, sondern daß ihm dieser Mehrwert durch den Kapitalisten genommen wird. Die "Schuldfrage" – wer nimmt mir das, was mir eigentlich zusteht, wer nimmt mir die von mir geschaffenen Produkte, wer taucht sie mir gegen einen Hungerlohn ein? – schafft das Bewußtsein über den Schuldigen.

Klassenbewußtsein kann sich nur durch Ausbeutung entwickeln.
Klassenbewußtsein kann sich auch durch psychische Verelendung entwickeln: Einem arbeitslosen Jugendlichen, der nicht die Erfahrung der Mehrwertabpressung gemacht hat, kann man erzählen, daß er sich beschissen fühlt, weil es das kapitalistische System mit seinem Tauschzwang etc. gibt. Das kann er glauben; das muß er nicht glauben.
Jeder kann ihm etwas anderes erzählen.
Der Ausweg aus seiner psychischen Verelendung ist: Die Kameradschaft, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Geborgenheit der Faschisten zum Beispiel.
Sein Ausweg aus der psychischen Verelendung kann auch Klassenkampf heißen.
kann.
Bei dem, der die Erfahrung der direkten Mehrwertabpressung gemacht hat, muß es Klassenkampf heißen. Das ist die Konsequenz aus seiner direkten Erfahrung.
Klassenbewußtsein kann sich also nicht durch psychische Verelendung soweit entwickeln, daß man sich in den gleichen Maße darauf stützen könnte wie beim Klassenbewußtsein durch direkte Ausbeutung. Zur Erkenntnis der Ursache seiner Ausbeutung bedarf es für den Arbeiter nur eines Denkschrittes. Dagegen erfährt der Nichtarbeiter zwar die allgemeine Unterdrückung, vielleicht auch Verelendung, zur Erkenntnis, daß der Kapitalismus für seine Lage ursächlich ist, ist jedoch ein weiter Weg. Im ersten Denkschritt kann sich sein Kampf gegen eine beliebige Erscheinung des Systems wenden, ohne das System selbst in Frage zu stellen. Jeder Kampf der Arbeiter hingegen greift das System direkt an, weil er seine Grundlage gefährdet.

4.
Wenn wir sagen: Kein Mensch ist zu blöde um herauszufinden was das Beste für ihn ist, dann meinen wir nicht, das die Menschen schon ganz allein früher oder später auf den Trichter mit dem Sozialimus kommen werden und wir beruhigt abwarten können,
sondern wir wissen, daß die Bourgeoisie alles tut, um den Menschen falsche Lösungsmöglichkeiten für ihre Probleme anzubieten. Unsere Aufgabe ist es, einmal gemachte Erfahrungen zu verbreiten und so dafür zu sorgen, daß niemand mehr auf diese falschen Lösungen reinfällt. Welches die richtige Lösung der Probleme der Menschen ist, ergibt sich daraus von selbst...

5.
Die Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten ist eine Organisation von Staatsfeinden. Unser Ziel ist es, eine freie Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu erreichen; eine Gesellschaft, in der jeder nach seinen Bedürfnissen versorgt wird und nach seinem Vermögen an der Gestaltung eines freien Gemeinwesens teilnehmen kann.
Alles was diesem Ziel nützt ist gut, alles was ihm schadet ist schlecht und wird von uns kompromißlos bekämpft.
Das kapitalistische System, dessen Erscheinungsform in der BRD die der sogenannten Parlamentarischen Demokratie ist, dessen Form in anderen Ländern oder zu anderen Zeiten aber auch die des Faschismus oder der Militärdiktatur sein kann steht diesem Ziel im Wege. An diesem System nur Kritik zu üben und es in seinen "schlimmen Auswirkungen" verbessern zu wollen, überlassen wir Leuten, die erst lange darüber nachdenken müssen, ob Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft schlecht ist – diejenigen, die sich dieser Ausbeutung unterwerfen müssen, weil sie davon existieren ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wissen in der Regel, daß es mit "Vebesserungen" nicht getan ist. Ihre Lage ist nur durch die Abschaffung der Lohnarbeit, die Abschaffung der Ausbeutung zu verbessern und das läßt sich nur durch die Beseitigung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln erreichen.
Die Lösung dafür kann keine Verstaatlichung sein, sondern muß die Vergesellschaftung, also die Übernahme der Produktionsmittel durch die Produzierenden und die Selbstbestimmung derselben über Art und Umfang der Produktion sowie ihre Verteilung sein.

Die Ersetzung des Privatkapitalisten durch den Staat als Kapitalisten bewirkt nach allen Erfahrungen nichts gutes, sondern nur eine Verschleierung der tatsächlichen Ausbeutungsverhältnisse und die Herausbildung einer neuen Schicht von Staatsdienern, die die Stelle der alten Kapitalisten einnehmen.
Diejenigen, die sich der Ausbeutung durch Lohnarbeit unterwerfen, tun dies nicht freiwillig, weil sie scharf drauf sind, sich Leben und Gesundheit für einen Materiellen und ideellen Dreck als Gegenwert zu ruinieren, sondern weil sie Leben müssen. Geschenkt wird ihnen nichts.
Ebensowenig freiwillig geben diejenigen ihre Privilegien auf, die auf Knochen der Arbeitenden Profit und Macht genießen.

6.
Ob dieses Machtverhältnis gekippt wird, ob die Unten die da Oben stützen, hängt also nicht davon ab, ob die Unten "schlecht drauf" sind oder "vom Imperialismus bestochen" – sondern hängt einzig und allein davon ab, ob die Arbeiterklasse eine Chance auf den Sieg über die sieht, die sie zur Unterwerfung unter dieses System zwingen. Oder ob sie das Siechtum einer kapitalistischen Gesellschaft dem schnellen grausamen Tod einer vergeblichen Erhebung vorzieht. Denn es mag zwar "süß und ehrenvoll" sein, für eine gerechte Sache in die Schlacht zu ziehen und zu sterben – noch süßer scheint uns allerdings das Überleben einer siegreichen Schlacht zu sein:
niemand ist zu blöde um herauszufinden, was das Beste für ihn ist.

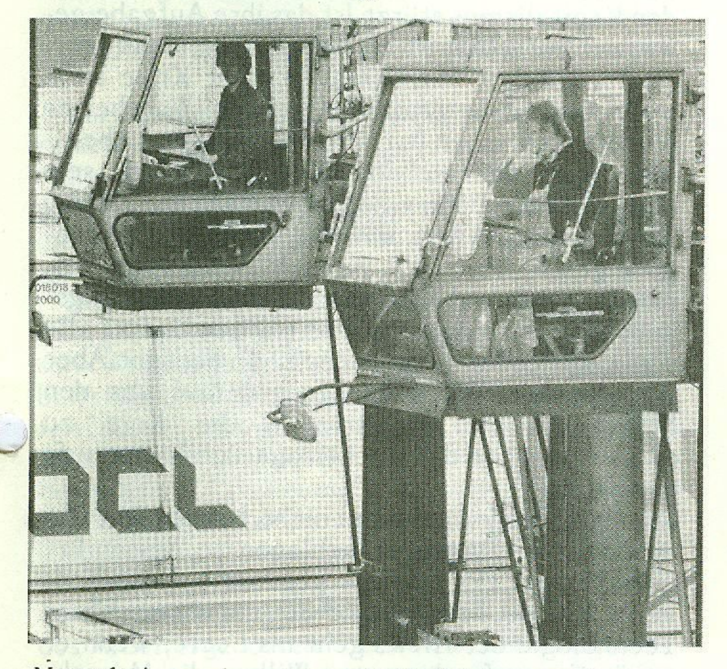
7.
Zugegeben: Die Schlacht hat längst begonnen.
Allerdings wurde sie nicht von der Arbeiterklasse eröffnet, sondern von der Bourgeoisie, die entweder den Angriff auf die Arbeiterklasse eröffnet, wenn ihr nichts anderes übrig bleibt um ihren Profit zu sichern, oder aber, wenn sie meint es sich erlauben zu können der Arbeiterklasse die Daumenschrauben noch enger anzuziehen zu können ohne von der Reaktion der Unterdrückten hinweggefegt zu werden.
Für beides spricht etwas in der BRD.
Für die Unten ist das Ergebnis das Gleiche: Ihre Lebensbedingungen werden extrem verschlechtert.
In einem Land, in dem der Faschismus die einstmals kampfstärkste Arbeiterklasse Europas enthauptet und ihre Glieder zerschmettert hat, in dem sich der Schock der Niederlage mit den Verlockungen einer relativ kampflosen Verbesserung der Lebenslage verband – dort ist das Gedächtnis der Klasse verschüttet, Erfahrungen sind vergessen oder verdrängt worden und kehren nur nach und nach, durch neue Erfahrungen angeregt, zurück.
Die Reaktion hat an allen Fronten zugleich zugegriffen, jeder der nicht zur Bourgeoisie gehört, bekommt die Folgen zu spüren.
Das ist für die BRD eine relativ neue Situation, denn bislang war das Verhältnis von Beherrschten und Herrschern davon geprägt gewesen, daß die Brosamen, die vom Tisch der Reichen fielen als "Sozialpartnerschaft" und "Wirtschaftswunder" an die Armen verkauft werden konnten.
Getarnt durch den relativen Aufschwung in der Rekonstruktionsphase des deutschen Kapitals, konnte sich die eine Herrschaftsform des Kapitals, der Faschismus, in die nächste, die parlamentarische Demokratie, umwandeln, ohne daß sich die Machtverhältnisse auch nur ein Weniges veränderten. Die wirtschaftlichen Brosamen der Aufbauphase verknüpften sich alsbald mit der von den Sozialdemokraten verbreiteten Aufsteigerideologie, als der erste größere technologische Sprung bei den Kapitalisten einen größeren Bedarf an technischer Intelligenz bzw. Führungskräften schuf. Der Schwindel von "Chancengleichheit" und "Bildungsreform" Ende der sechziger Jahre schlug so für die Kapitalisten zwei Fliegen mit einer Klappe: Eine neue Generation von Intelligenzlern sorgte dafür, daß sich die Universitäten vom überflüssigen "Muff von 1 000 Jahren" befreiten und die Ausbildung für die kapitalistischen Bedürfnisse effektiver wurde, befriedeten dadurch einen potentiellen Unruheherd und sorgten gleichzeitig dafür, daß die Arbeiterklasse sich falsche Hoffnungen auf den Aufstieg aus ihrer Klasse machte. An den Universitäten erfolgte als Überreaktion auf die verkrustete Struktur ein Rückgriff auf marxistische Theorien, was zu den ersten Parteigründungen führte.

8.
Für die Arbeiterklasse gab es so ein eindeutig formuliertes Interesse wie für die Intelligenz nach der Zerschlagung der KPD nicht mehr. Die Formulierung von Arbeiterinteressen wurde weitgehend den neugegründeten Parteien überlassen, in denen zum geringen Teil auch Angehörige der Arbeiterklasse die politische Linie mitbestimmten.
Daß diese Interessen mit der breiten Basis dieser Parteien und deren Interesse wenig zu tun hatte, weil die Mitgliederüberzahl eben nicht aus der Arbeiterklasse sondern aus dem Kleinbürgertum oder dem Mittelstand kamen, erklärt zum Teil das weitgehende Scheitern dieser Ansätze und die massenhafte Erscheinung des Überlaufens von diesen Linken zu den Grünen.

9.
Die verschärften Widersprüche werden dazu führen, daß sich die Arbeiterklasse wieder enger als Klasse zusammenschließt, um den unverschämten Angriffen der Reaktion nicht vollkommen schutzlos ausgeliefert zu sein. Ein Prozeß, der mit oder ohne die revolutionäre Linke anfangen wird – und dann doch lieber mit uns! Denn natürlich sind auch wir als organisierte Anarchisten der Auffassung, daß für den Vorgang der Abwehrkämpfe gegen und den Angriff auf die Bourgeoisie, eine politische Organi-



sation äußerst nützlich und notwendig ist. Nicht nur, um die Interessen der Arbeiterklasse zu formulieren und zu vertreten, sondern z.B. auch um gegenüber potentiellen Bündnispartnern eine realistische und erfolgversprechende Alternative zum Bündnis mit der Bourgeoisie darzustellen. Ohne diese, wird es der Arbeiterklasse schon rein zahlenmäßig schwerfallen, einen Sieg in der Revolution zu erringen.



Natürlich werden sich auch die Widersprüche innerhalb der Arbeiterklasse zuspitzen. Die verschärfte Ausbeutung führt eben nicht automatisch zu Klassenbewußtsein, sondern verführt ebenso schnell dazu, sein ganz privates Heil in der Denunziation und verschärften Konkurrenz gegenüber seinen Kollegen zu suchen. Diese Haltung wird durch das Fehlen einer Organisation begünstigt – ein Grund mehr also, schnell und entschlossen Schritte zur Verbindung der Revolutionäre mit der neu entstehenden Arbeiterbewegung zu unternehmen. Wir müssen uns der Verantwortung bewußt sein, die wir durch das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung erworben haben:
Es liegt auch an uns als Revolutionäre, bisherige Niederlagen in der Zukunft nicht wiederholen zu müssen, bisherige Schwächen zu vermeiden und einen gangbaren Weg zum "Klassenziel Kommunismus" aufzuzeigen.

10.
Jede politisch-revolutionäre Richtung, ob Trotzkismus, Anarchosyndikalismus, Marxismus/Leninismus oder sonstwas, hat sich in den letzten 20 Jahren in de BRD jeweils verschieden entwickelt, hat mehr oder weniger große Auf- und Abschwünge erlebt und letzten Endes – inzwischen auf einen Kern von zumeist langjährigen Genossen reduziert – eine übereinstimmende Konsequenz daraus gezogen (oder wird sie in der nächsten Zeit ziehen müssen, ob sie wollen oder nicht!): erstens: Die Arbeiterklasse ist nach wie vor die Trägerin des revolutionären Prozesses und zweitens: Ohne ein Zusammengehen der revolutionären Kräfte, ohne eine gemeinsame Diskussion über die jeweils unterschiedlichen Entwicklungen und Erfahrungen der verschiedenen linken Strömungen, wird es keine ernstzunehmende Organisation der Arbeiterklasse geben, sondern es wird mehr oder weniger dogmatische links- oder rechtssektiererische haufen geben, die immer nur eine Spielart, eine Denkrichtung, eine Entwicklungsmöglichkeit kenne.
Jeder der seit Jahren ernsthaft politisch arbeitet, kennt die verschiedenen Phasen von Erstarrung und Linienkorrektur, wenn die Praxis wieder einmal das Theoriegebäude über den Haufen wirft; jeder redet von "Widerspruch" und "Dialektik" und beharrt letzten Endes doch nur wieder auf seinem monentanen Wissenstand, den er gegen alles andere denkbare verteidigt. In jeder Strömung entwickelt sich richtiges und falsches. Was der Eine an Kampagnenpolitik und perspektivlosem Verbalradikalismus falsch macht, macht der Andere mit grenzenlosem hinterhertraben und Opportunismus im Betrieb falsch, während der Dritte die Interessen der Arbeiterklasse als einzig erwähnenswertes auf der Rechnung hat und dabei falscherweise die Bündnispartner vergisst und der Vierte nur diese Bündnispartner im Kopf hat und das Ziel aus den Augen verliert.
Jeder für sich hält das was er macht für weitgehend richtig – wie fruchtbar wäre es, wenn es nicht nur weitgehend, sondern gemeinsam erarbeitet, so vielfältig richtig wäre, wie es Herangehensweisen an eine Sache gäbe.
Für uns jedenfalls ist eine fruchtbare und erfolgversprechende Arbeit allein, d.h.: ohne andere Linke Strömungen, weder praktisch noch theoretisch möglich oder wünschenswert. Wir sind davon überzeugt, daß es im strategischen Ziel keine sich ausschließende Widersprüche zwischen den linken Strömungen gibt und das sich die taktischen Widersprüche nur gemeinsam in einer Organisation, mit dem Recht auf Fraktionsbildung und Meinungskampf, lösen lassen, weil es keine richtige Richtung gibt, die ein für allemal und in jeder Situation die "Wahrheit" kennt. Die größtmögliche Differenziertheit der Meinungen erst garantiert, daß unsere Analysen dieser so nahe wie möglich kommen, und daß unser Vorgehen als Revolutionäre so vielfältig wird wie die Wirklichkeit.

11.
In unserer Organisationsgeschichte haben wir sowohl Organisationsfeindlichkeit wie Organisationsborniertheit zur Genüge kennen gelernt. Der frustrierte alt-Autonome, der, selbst Guru in seinem informellen Zusammenhang, gegen die bösen Funktionäre und Kader wettert, langweilt uns mittlerweile genau so wie die getarnten Kommunisten, die in der BRD eine Revolution wollen, damit die Eier genauso billig wie in der DDR werden, oder wie der aufrechte marxistisch-leninistische Betriebskader, der der Arbeiterklasse vor lauter tagespolitischer "Nützlich-

keit" im Kampf um Lohnpromille vergißt mitzuteilen, wie sie ihrem Schicksal als Ausgebeutete endgültig entgehen könnten – sie alle haben natürlich Angst davor, in einen "linken Einheitsbrei" unterzugehen – sprich: Ihre Ansichten nicht immer und überall durchsetzen zu können.
Wir hingegen meinen, daß unsere Ansichten dann untergehen, wenn sie falsch sind. Und um unsere falschen Ansichten vor dem Untergang zu bewahren, wollen wir nicht extra eine Organisation gründen oder aufrechterhalten.

12.
In jeder revolutionären Situation, in jeder Situation, in der sich Menschen gleichberechtigt zusammenschliessen, ist ihr Organisationsprinzip das der Räte. Dieser spontane Zusammenschluß ist ebenso richtig wie er zeitweise oder teilweise (regional begrenzt) unter dem Einfluß von falschen/ konterrevolutionären Strömungen geraten kann. Aufgabe der Revolutionäre ist es, einerseits sich selbst von vornherein so revolutionär zu organisieren und andererseits ihre Erfahrungen und ihr Wissen in die aus der Arbeiterbewegung entstehenden Rätestrukturen hineinzutragen, um schädliche Einflüsse zurückzudrängen.
Aus den Erfahrungen der Anarchisten in revolutionären Situationen wissen wir, daß es nichts Leichteres gibt, als plötzlich – zum "Konterrevolutionär" abgestempelt – vor der selbstgemauerten Wand zu stehen und erschossen zu werden. Diese Haltung gegenüber Andersdenkenden ist nur die logische Folge des Allmacht- oder Allwissensanspruchs einer politischen Strömmung.
Wenn uns nicht zum wiederholte Male dasselbe passieren soll – und eigentlich hatten wir uns ja vorgenommen aus der Geschichte zu lernen – werden wir in einer von uns angestrebten Einheitsfrontorganisation von vornherein das Prinzip der freien Agitation und Propaganda und das Recht auf Fraktionsbildung etc. durchsetzen müssen. Rechte, die durch die Institutionalisierung dazu beitragen werden, bewußtseinsbildend auf die Mitglieder in der Weise zu wirken, daß sie merken, daß die Praxis letztendlich ein viel schärferer Kritiker einer falschen Linie ist, als ein Parteiordnungsverfahren oder eine Pistolenkugel.

13.
"Die autonome Bewegung ist gescheitert..." – "De Marxismus ist in eine Krise geraten..." "Die Anti-AKW-Bewegung hat nichts gebracht..." – So heißt es in Diskussionen. Das alles ist zweifelsohne vollkommen richtig, aber falsch.
Die Menschheit hat einige Zeit gebraucht, bis sie aufrecht ging; die Sklavenhaltergesellschaft wurde nicht innerhalb von Jahren überwunden und auch das kapitalistische System wird noch etwas Zeit brauchen, bis es da oder dort soweit ist angegriffen und gestürzt zu werden – warum also diese Ungeduld, wenn eine marginale Bewegung innerhalb eines Staates nicht ewig lebt und zur Revolution führt, sondern "nur" zu einer minimalen Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung?
Natürlich ist es richtig,wenn man feststellt,daß "die autonome Bewegung gescheitert" ist– wenn man es an einer Erwartung misst, die beinhaltet, daß die autonome Bewegung von gestern, heute den Kapitalismus stürzt.Ist das ihre Aufgabe gewesen? Natürlich ist es richtig, wenn man feststellt, daß der "Marxismus"in einer Krise ist – wenn man erwartet,das Marx ewige Wahrheiten niedergeschrieben hat, die uns in jeder Lebenslage die Richtschnur des Handelns sein können.Konnte Marx hellsehen? Ebenso richtig ist es festzustellen, daß die Anti-AKW-Bewegung gescheitert ist – wenn man erwartet hat, daß der Staat und die Industrie auf die Meinungsäußerung von einigen Hunderttausend sofort alle seine Absichten vergißt und klein bei gibt.Aber war die Anti-AKW-Bewegung darauf aus den Staat und die Industrie in die Knie zu zwingen,hat sie die Machtfrage überhaupt aufgeworfen?
Das Atomprogramm kippt nicht, bevor nicht das ökonomische System zerschlagen ist, dessen Ergebnis es ist.Der Protest gegen die menschenvernichtende Wirkung und die unbeherrschbare Technologie der AKWs geht ins Leere, wenn er an die Vernunft, den guten Willen, die Menschlichkeit der Betreiber appelliert. Die AKWs sind eben keine Frage der Vernunft, sondern logische Konsequenz der Profitmaximierungszwänge eines kapitalistischen Systems, das auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruht.Wer seinen Kampf wacker gegen das Atomprogramm führt und meint, wenn dieses Programm durch sein Wirken zu Fall gebracht wird, dann könne der Rest so bleiben – darüber sind wir uns alle einig – der ist ein Ignorant der gesellschaftlichen Realität,
genauso ignorant verhält sich natürlich auch derjenige, der meint, dieses System müsse beseitigt werden, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen habe ökonomische Ursachen – und dieses System habe eben einen Knackpunkt, an dem sich sozusagen brennglas-



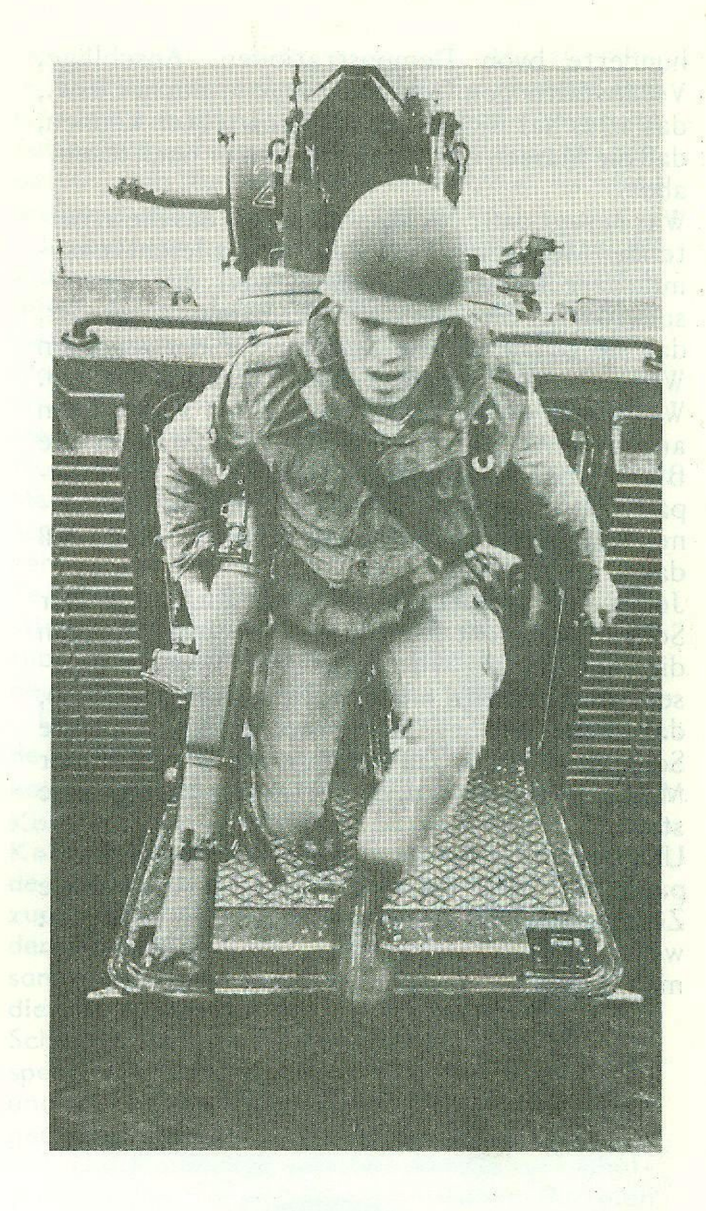
artig alle Widersprüche des Systems bündeln, und das wäre die Frage der Akw. Logische Konsequenz dieser Haltung ist dann regelmäßig, daß die beteiligten Menschen über kurz oder lang damit konfrontiert werden, daß es diesen einen Knackpunkt nicht gibt, daß es in ihrem Arbeitsgebiet Rückschläge gibt, daß das Atomprogramm doch durchgezogen wird – und oft verfallen diese Menschen dann in Resignation und Defaitismus.

Oder sie suchen sich einen neuen Punkt, den sie für die Hauptfrage halten: die Nato, den Häuserkampf oder sonstwas, ohne dabei dann darüber zu stolpern, daß die Startbahn West oder die Nato nur Meilensteine auf dem Weg in den imperialistischen Raubkrieg sind, nur Funktionen für diesen Krieg haben aber nicht die Ursache dafür sind – oder, ohne darüber zu stolpern, daß es – neben den Spekulanten die sich einen Extraprofit herausholen – insgesamt natürlich notwendig ökonomische Ursachen hat, wenn billiger Wohnraum vernichtet werden muß, um über die Profite der Bauwirtschaft den Profit aus dem Grundeigentum zu erhöhen.

Wenn es denn wirklich einen Punkt gibt, über den das System zu knacken ist, einen Punkt auch, der alle Bewegungen und Kämpfe verbindet, dann ist das der Kampf gegen die Kapitalistische Ausbeutung, die allem ihren Stempel aufdrückt, die erst die Widersprüche schafft , an denen sich unser Widerstand artikuliert. Unsere Aufgabe ist es deshalb, überall dort wo wir kämpfen, in allen Bewegungen, auf allen Gebieten, diejenigen die mit uns sind, immer und immer wieder mit der Nase auf die Ursache zu stoßen, anstatt die Folgen zu bejammern. Wenn es uns gelingt, immer und in allen Teilkämpfen die Ursache zu benennen, wird sich die Einheit des Widerstands herstellen, weil immer mehr Menschen begreifen, das sie, wo immer sie auch kämpfen, ein und denselben Gegner gegenüberstehen, weil sie durch ihren gemeinsamen Kampf und nicht durch ihre gemeinsame Bekämpfung die Erfahrung machen, daß es nur einer Bewegung gegen Ursachen gelingen kann, die Folgen zu vernichten, d.h. nur im Kampf gegen das System ist es z.B. möglich, unsere Gefangenen aufgrund eines veränderten Kräfteverhältnisses zu schützen oder zu befreien; erst wenn die Hausbesetzer zusammen mit Startbahngegnern und freien Radios etc. erkannt haben, daß es keine Spezialgefangenen gibt, um die sich schon irgendwer kümmern wird, sondern daß die Gefangenen insgesamt zu uns allen gehören, wird die massenhafte Befreiung reale Möglichkeit.

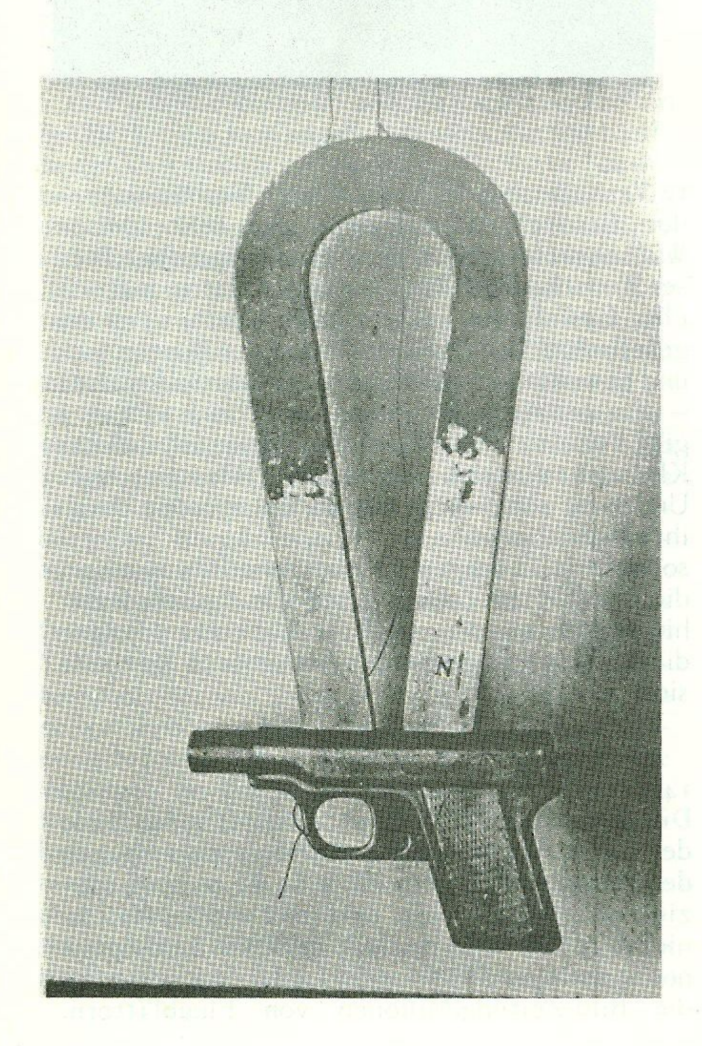
Es sind nicht Bewegungen oder Ideologien die scheitern, sondern es sind idealistische Erwartungen, die von der Realität über den Haufen geworfen werden. Es gibt eben auch so etwas wie einen "historischen Pessimismus"; DER ALLES WAS passiert an einem Anspruch mißt, der nichts mit materialistischer Analyse der Realität aber viel mit Wunschdenken zu tun hat.

Natürlich wünschen sich Linke eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Verhältnisse – der Großteil der Bevölkerung teilt diesen Wunsch mehr oder weniger klar ausgeprägt. Dieser Wunsch, diese Idee, wird aber erst zu materiellen Gewalt, zu revolutionärer Kraft, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse – ökonomisch und bewußtseinsmässig genauso wie militärisch – das erlauben. Wenn es also eine Chance gibt. Voraussetzung für diese Chance ist, daß das Klassenbewustsein der Arbeiterklasse steigt. Und dafür sorgt nicht nur die Bourgeoisie durch ihre Maßnahmen –
sondern dafür sorgen auch all jene Bewegungen, die von vielen Linken jetzt als "gescheitert" hingestellt werden, weil die konkreten Folgen dieser Bewegungen nicht so einfach greifbar sind.



14
Die Kampagne "Enteignet Springer", die Ende der 60er Jahre von der Apo breit getragen gegen den Springer-Konzern und seine Zeitungen, speziell die Bild-Zeitung, entfacht wurde, hat zu nichts geführt. Die Auflage der Bild-Zeitung ist noch gestiegen. Die Massen kaufen nach wie vor die Bild-Zeitung. Millonen von Flugblättern,

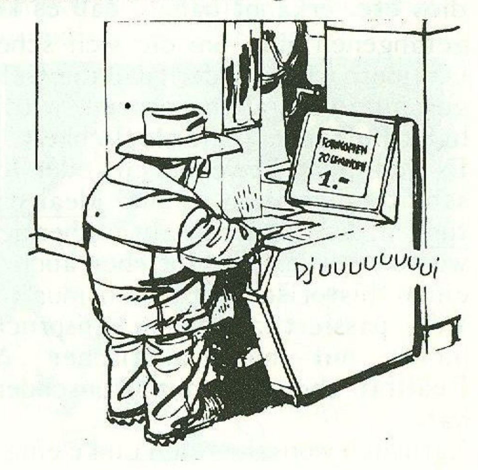
hunderte bvon Demonstrationen, Anschläge, Veranstaltungen,Gegenzeitungen , Bücher usw., das alles hat nichts dagegen ausrichten können, daß die Massen diese Zeitung immer noch lesen.
aber
Was besagt daß? Nichts weiter, als das die arbeitenden Menschen diese Zeitung als leichtkonsumierbare Lektüre brauchen, weil ihre gesellschaftliche Situation sie dermaßen auspresst, daß sie genau so eine Zeitung zur notwendigen Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft brauchen. Was haben die Revolutionäre ihnen stattdessen anzubieten? Die Taz? Sollen die Massen die Blätter der Bourgeoisie lesen, in der Mittagspause den Börsenteil der Frankfurter Allgemeinen diskutiereren?Jeder der arbeitet weiß, daß das so nicht geht.
Jeder der arbeitet weiß aber auch, daß der Schein hier nicht der Realität entspricht, denn die Bild-Zeitung wird zwar nach wie vor gelesen, aber sie wird mit dem Bewußtsein gelesen, daß diese Zeitung ihre Leser belügt, daß sie Scheiße schreibt, daß sie nicht auf der Seite der Massen, sondern auf der Seite der Bourgeoisie steht.
Und genau das ist der reale Erfolg dieser Kampagne der Apo. Vor dieser Kampagne ist diese Zeitung gekauft worden mit dem Bewußtsein: was da Schwarz auf Weiss steht wird schon stimmen, irgendwas Wahres wird schon dran sein.



Nach dieser Kampagne denken das zwar viele immer noch, aber viele eben auch nicht mehr. Diese sind es, die darüber witzeln, daß heute wieder viel Blut aus der Zeitung fließt, oder die immerhin doch nach einer allgemein anerkannten Entschuldigung für den Kauf dieser Zeitung greifen: ich kaufe sie wegen des Sportteils...
Als ideologiebildend können wir diese Zeitung heute immer noch ansehen, aber ihre Wirkung hat sie wenigstens zum Teil eingebüßt —
Und das ist nicht schlecht, sndern gut

15

Die Häuserbewegung ist kaputt. Von einstmals 180 besetzten Häusern in Berlin existieren noch ein Dutzend vielleicht; in vielen anderen Städten sind die besetzten Häuser geräumt oder kurz vor dem Zusammenbruch. Was hat es also gebracht? Nichts, wenn man davon ausgegangen ist, daß sich in den besetzten Häusern so etwas wie eine neue Gesellschaft verwirklichen ließe, die als Freiraum —ob "erkämpft" oder erhandelt— auf Dauer zu konservieren wäre. Diese Bewegung hat auch nichts gebracht, wenn man von ihr erwartet hat, daß die Spekulation mit Wohnraum überhaupt aufhört und jeder nach seinen Bedürfnissen versorgt wird.
Das war auch nicht ihre aufgabe, der Sozialismus wird nicht durch den Häuserkampf Wirklichkeit. Objektiv betrachtet kommt man aber nicht an der Tatsache vorbei, daß diese Bewegung stark dafür gesorgt hat, daß die Frage nach dem Privateigentum an Grund und Boden wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde.
Das Problem in dieser Bewegung war, daß diese sozialistische Ausrichtung gegen das Privateigentum an Wohnraum nicht von den Besetzern zur Hauptfrage ihres politischen Wirkens gemacht wurde, sondern in der Mehrheit nur Losungen vertreten wurden, gegen "Kaputtsanierung von erhaltenswertem Wohnraum".
Eine Verbindung der Eigentumsfrage, also der Enteignung von Wohnraum für wirklich bedürftige Familien z.B., und eine Enteignung von gutem Wohnraum und nicht nur von halbverfallenen Elendslook-Bauten, z.B. mit der Bewegung gegen überhöhte Mieten (wobei wir wissen, daß JEDE Miete überhöht ist), in der sich nicht nur die "radikale Linke" engagiert, hätte der Häuserbewegung genau jene Verbindung zu den realen Bedürfnissen der Leute hier gebracht, die



ihr weitgehend gefehlt hat.
Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß massenhaft "normale" Familien aus ihren zu teuren Wohnungen in besetzte Häuser gezogen wären, wenn die Eigentumsfrage zur Hauptfrage gemacht worden wäre.
Aber sicher hätten solche Beispiele proletarischer Selbsthilfe mehr bewirkt als das jetzt gegebene Beispiel linker Bauernschlauheit. Denn für viele stellt die linke Häuserbewegung nur ein weiteres Beispiel dafür dar, das familiär ungebundene, risikofreudige Schlauberger in dieser Gesellschaft billiger leben als der normale — so wie auch Steuerhinterzieher und Subventionsbetrüger billiger und besser leben als die Massen.
Wie leicht die Hausbesetzer diese Rolle dann auch tatsächlich übernehmen und verinnerlichen, sehen wir inzwischen an der hohen Zahl von ehemals besetzten und heute den Besetzern gehörenden Häusern, in denen diese ehemaligen sich ihre kleinen (oder großen!) komfortablen Freiräume innenarchitektonisch gestalten.
Wobei es eine Nebenfrage ist, ob die Hausbewohner Kauf- oder billige Pachtverträge abgeschlossen haben: die Bindung an das Eigentum ist jedenfalls voll wiederhergestellt.
Daß die Mieterveeine und ähnliche Einrichtungen in den letzten Jahren enorme Aufschwünge zu verzeichnen haben ist —ob Ziel oder nicht— das Ergebnis der Kämpfe um die Häuser.

16
Der Abtreibungsparagraph 218 besteht nach wie vor, trotzdem sich so viele, auch Prominente, Menschen für seine Beseitigung eingesetzt haben.
So heißt es. Aber der Kapitalismus besteht auch nach wie vor, trotzdem sich so viele Menschen seit 150 Jahren für seinen Sturz engagieren. Der Kapitalismus ist noch nicht gestürzt, aber der § 218 ist nach hundertjährigem Kampf entschieden abgeschwächt worden — weshalb ja auch die Reaktion seit der Änderung auf Rückgängigmachung drängt.
Daß der Bundesgerichtshof die ursprüngliche Entscheidung gegen den § 218 wieder entschärft hat, wird von vielen als das Entscheidende angesehen — in Wirklichkeit ist aber das Entscheidende, daß der Kampf, so lange er auch gedauert haben mag, letzten Endes doch Fortschritte für die Masse der Menschen gebracht hat, eine Verbesserung des Zustandes eingetreten ist.

17
Der Sieg des vietnamesischen Volkes hat nicht dazu geführt, daß in Vietnam die Sozialismusvorstellungen der Antiimperialisten aus den Metropolen verwirklicht wurde.
Immerhin hat der Sieg des Vietcong aber dazu geführt, daß das vietnamesische Volk jetzt versucht, seine eigenen Vorstellungen vom Sozialismus zu verwirklichen —
und daß die amerikanischen Wehrpflichtigen nicht mehr bereit sind, die Vorstellungen ihrer Herrschenden über lohnenswerte Krigsziele zu teilen — woraufhin sich die herrschende Klasse der USA — ein bezahltes Heer von Berufskillern zulegen mußte.
Daß der Vietcong siegen konnte, lag sicher nicht zuletzt an der Unterstützung in den Metropolen. Und diese Unterstützung ist z.B. in der BRD das Ergebnis von Bewußtwerdungsprozessen in großen Teilen zuerst einmal der Intellektuellen. Bewußtwerdung über den imperialistischen Charakter der USA und der BRD und Empörung über die direkte Verstrickung der BRD in diesen Krieg . Die Anschläge der RAF gegen die US-Army wurden von vielen als gerechtfertigte Gegenwehr gegen eine Kriegsführung von BRD-Boden angesehen und die Reaktion auf diese Anschläge, wie auch auf die gesamte Antikriegsbewegung zu Vietnam machte dem 20 Jahre gehüteten Bild vom friedliebenden Kriegsverlierer BRD rasch und nachhaltig ein Ende. Dasselbe gilt für den 2. Juni 1967, als in der BRD der Student Benno Ohnesorg für den Schah von Persien erschossen wurde:
die ökonomischen Interessen der BRD-Kapitalisten wurden durch das Vorgehen gegen die Oppostion erst ins Licht der Öffentlichkeit gerückt.
Und das heute die Kampagne zum NATO-Austritt so breit geworden ist, ist ebenfalls ein Ergebnis der bereits Ende der 60er Jahre begonnenen Diskussion über den imperialistischen Charakter des NATO-Bündnisses.

18
Aus dieser Tradition ergibt sich auch unser eindeutiges Verhältnis zur Bourgeoisie der BRD —ob man sie nun als "eigenständig" oder "Befehlsempfänger" der US-Imperialisten ansieht —:
Unser Kampf findet hier statt, unsere Bourgeoisie ist unser Gegner und für diese Bourgeoisie werden wir nicht in den Krieg ziehen, sondern alles daransetzen, daß diese Bourgeoisie einen von ihr angezettelten Krieg verliert.
Unser Todfeind ist der Kapitalismus, keine anderen Völker. Und sollte, wie es durchaus auch bei Linken in den Köpfen vorhanden ist, "der Russe kommen" und die Stelle unserer Bourgeoisie einnehmen, wird er von uns ebenso bekämpft werden wie jede andere Macht die das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu unterdrücken versucht.
Unsere Unterstützung des Befreiungskampfes in der Welt vom Imperialismus ist der Kampf im eigenen Land gegen die eigene Bourgeoisie — den eigenen Imperialismus. Der Internationalismus der vaterlandslosen Gesellen.

19
Es gibt eine ganze Reihe weiterer Beispiele dafür, daß linke Politik, daß Bewegungen in Teilen des Volkes sehr wohl positive Folgen gehabt haben, die bei flüchtiger oder unrealistischer Betrachtung der Geschehnisse nicht wahrgeommen werden.
Sei es die Streikbewegungen für die Verkürzung der Arbeitszeit oder die Abschaffung der unte-

ren Lohngruppen, sei es die Kampagne "Waffen für Zimbabwe", die Mitte der 70er behindert wurde — während heute sogar schon Juso—Gruppen Waffen für Nicaragua sammeln und die TAZ Millionen— Beträge dafür sammeln kann. Auch die Umweltdiskussion über die anarchische Produktionsausweitung des kapitalistischen Systems, die zur weitgehenden Zerstörung des menschlichen Lebensraums führt, ist ohne die linken Kampagnen gegen die AKWs nicht denkbar.

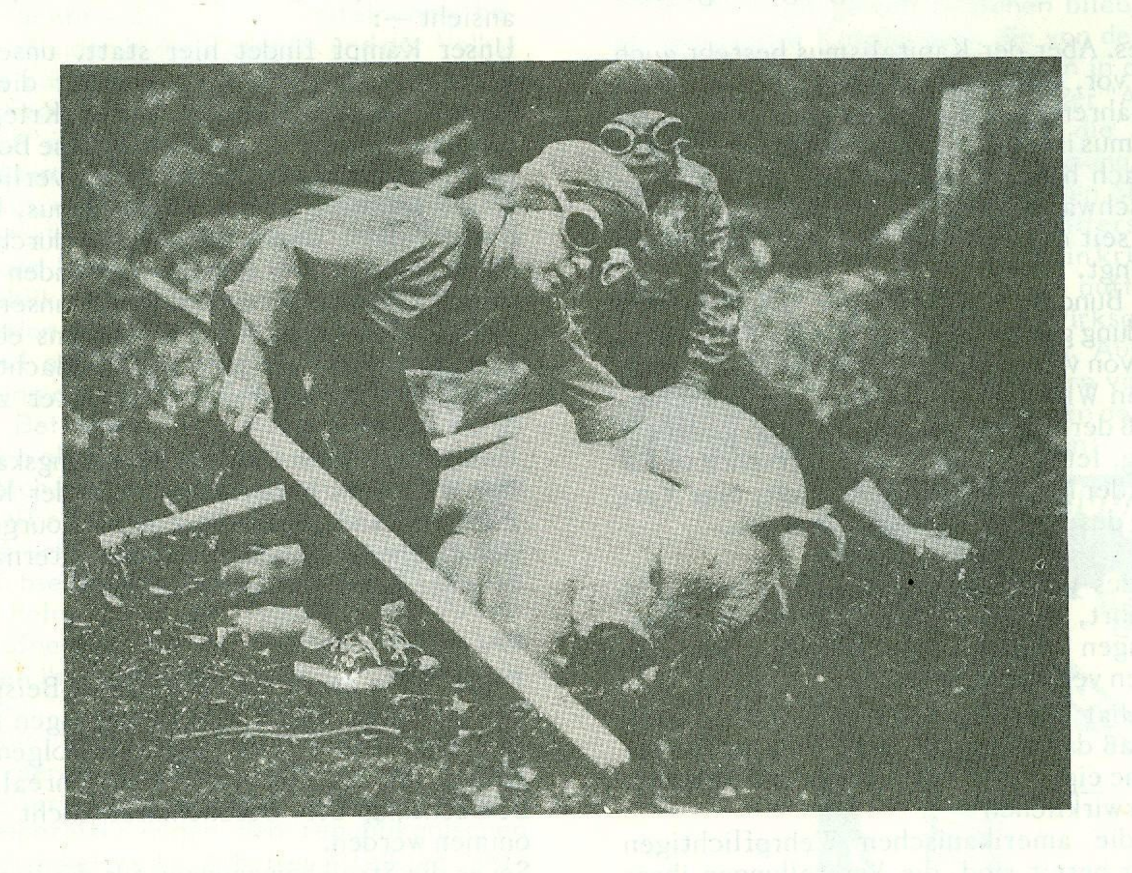
Es ist eine alte Krankheit, insbesondere der undogmatischen Linken, immer nur ihre zum Großteil irrealen Erwartungen an den Gang der Geschichte zum Maßstab für das Erreichte zu machen — anstatt objektiv messbare Fortschritte vom ehemaligen Zustand einer Sache bis zum jetzigen.

Die Ideen in den Köpfen der Menschen entstehen nicht durch Zufall, fallen nicht vom Himmel, sondern sind immer das Ergebnis der Erscheinungen der realen Welt um sie herum. So ändert jede reale Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen in ihnen das Bedürfnis nach noch mehr Verbesserung, denn das, was man gemeinhin "Lebensstandard" nennt, wird immer wieder neu bestimmt, wird nach jeder Verbesserung neu bestimmt.

So werden auch die aufgezwungenen Verschlechterungen ihre Widerspiegelung in den Köpfen finden und unsere Aufgabe wird es sein, den einzigen Ausweg aus dieser Entwicklung aufzuzeigen, falsche Wege zu entlarven und den Massen Zutrauen zu ihrer eigenen Kraft zu geben.

Unsere Feinde sagen: Der Kampf ist zu Ende
Aber wir sagen: Er hat angefangen.
Unsere Feinde sagen: Die Wahrheit ist vernichtet.
Aber wir sagen: Wir wissen sie noch.
Unsere Feinde sagen: Auch wenn die Wahrheit noch gewußt wird
Kann sie nicht mehr verbreitet werden.
Aber wir verbreiten sie.
Es ist der Vorabend der Schlacht.
Es ist das Schmieden unserer Kader.
Es ist das Studium des Kampfplans.
Es ist der Tag vor dem Fall
Unserer Feinde.

bb



Perspektiven

Die VOLKSFRONT, ein 198o von der damaligen KPD/ML als Wahlpartei und Alternative zur antifaschistischen Organisation VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) gegründet, ist ein Bündnis von Kommunisten, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und -nach unserem Beschluß von 1983, als Organisation die Volksfront zu unterstützen- mittlerweile auch Anarchisten. Das Ziel der Volksfront ist es nicht, eine Klassenkampforganisation des Proletariats zu sein oder zu ersetzen, sondern Ziel der Volksfront ist es, zusammen mit demokratisch und antifaschistisch gesinnten Menschen, unabhängig von ihrer sonstigen Organisationsangehörigkeit oder Glaubensrichtung, eine gemeinsame Front gegen die Reaktion, den Faschismus und den Krieg zu bilden.
Die Arbeit innerhalb der Volksfront gestaltet sich oft schwierig und kompliziert - und darüber berichtet auch der Artikel - trotzdem gibt es für uns in der Frage der Bündnispolitik auf absehbare Zeit zur Volksfront keine Alternative. Es sei denn, die VVN würde sich entschließen, endlich doch das Angebot zur zusammenarbeit mit der Volksfront anzunehmen und es würde eine größere Organisation entstehen - in der würden wir dann selbstredend ebenfalls mitarbeiten.

der VOLKSFRONT

DER VOLKSFRONT-KONGRESS UND PERSPEKTIVE

Im Roten Morgen Nr. 37 vom 16. Sept. 83, hatten wir die Grundlage für unsere Entscheidung, Unterstützung der "Volksfront, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg", dargelegt. Bevor wir nun zum Volksfront-Sonderkongress und der vorherigen Entwicklung berichten, wollen wir nochmal einige Teile des Beitrages abdrucken und zusammenfassend kommentieren.

WER IST DIE REAKTION?

Diese Frage ist nur an den Inhalten zu klären und nur noch eingeschränkt an Parteizugehörigkeit o.ä. Zur Reaktion gehört, wer: seine sozialen Interessen als Einheit mit der Notwendigkeit des Weiterbestehens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begreift und verteidigt, woraus sich natürlich ergibt, daß jeder Chauvinist zur Reaktion gehört, weil der Chauvinismus notwendiger integraler Bestandteil dieser Wirtschaftsordnung ist.
Wenn wir nun die oben aufgezählten Gruppen unter Einschluß der Arbeiterklasse ansehen, stellen wir fest, daß mehr oder weniger in allen diesen Formationen Reaktionäre vorhanden sind. Natürlich finden wir in der CSU mehr als in der Gewerkschaft, bei den Faschisten mehr als bei der Sozialdemokratie, das bedeutet aber im Umkehrschluß auch, daß sich überall dort auch Menschen finden lassen, die subjektiv oder objektiv nicht zur Reaktion zu zählen sind.
Für die Arbeiterklasse ist das klar. Sie ist der natürliche Feind der Reaktion, sie hat als einzige Klasse ein objektives Interesse an der Zerschlagung des kapitalistischen Systems. Ihr fällt die Aufgabe zu, sich in einer Kampforganisation ihrer Klasse zusammenzuschließen. Erst wenn diese Aufgabe gelöst ode zumindest entschlossen in Angriff genommen wurde, wird es auch möglich sein, über die Arbeiterklasse hinaus Menschen in einer Front gegen die Reaktion erfolgreich zusammenzuschließen und Bündnispartner aus der Reihe der Bourgeoisie herauszubrechen und hinter partiell gleichen Interessen zu sammeln. Die gleichen Interessen sind, wie oben geschrieben, der Kampf gegen die Ausplünderung und die Kriegsvorbereitung durch die Bourgeoisie.

KANN DIE VOLKSFRONT HEUTE DIESE FUNKTION EINER FRONTORGANISATION GEGEN DIE REAKTION UND FÜR DEN ZUSAMMENSCHLUSS ERFÜLLEN?

Nein. Sie ist nur der vorweggenommene Versuch, Bündnispartner für die Kampforganisation der Arbeiterklasse zu gewinnen, obwohl diese Organisation noch nicht in der notwendigen Klarheit und Form besteht. Eine Diskussion über die Volksfront ist darum notwendigerweise auch immer eine Diskussion über die Organisation der Arbeiterklasse. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Ohne proletarische Organisation auf der Seite der Revolution wird es schwer fallen, Teile des Mittelstandes usw. für die Sache des Proletariats zu gewinnen. Für die eigene Sache werden sie ja schon scheinbar ausreichend von ihren eigenen Organisationen der Reaktion ode z.B. der Grün-Alternativen gewonnen. Und das weitaus einfacher, weil es ihren Interessen scheinbar immer noch eher dient, eine andere Form kapitalistischer

Herrschaft anzustreben, als den Kapitalismus an sich abzuschaffen.(...)

WENN DIE VOLKSFRONT HEUTE IHRE AUFGABE NICHT ERFÜLLEN KANN, WARUM LASSEN WIR ES DANN NICHT SEIN?

Weil die Arbeiterklasse ohne Bündnispartner die Revolution nicht gewinnen kann. Platt - nichts desto trotz immer noch wahr.

Ein sektiererischer Fehler wäre es, jetzt einfach die Aufgabe der Frontbildung aufzugeben und die Hauptaufgabe im Aufbau der proletarischen Organisation zu sehen. Das eine tun, ohne das andere zu lassen, heißt es. (1)

Abgesehen davon, daß es zur Zeit nur eine kleine antifaschistische Bewegung gibt, war die gemeinsame Unterstützung der Volksfront durch BWK und KPD ein wichtiges Argument für uns, die Volksfront in ihrer weiteren Arbeit ebenfalls zu unterstützen und personell und inhaltlich zu stärken und zu entwickeln. Denn wenn diese Organisationen die Notwendigkeit einer Frontorganisation gegen die Reaktion ebenso sehen wie wir, warum sollte man diese Arbeit nicht gemeinsam leisten?

WAS KÖNNEN WIR HEUTE ALS VOLKSFRONT TUN?

Kampf gegen die Reaktion heißt Kampf gegen Faschismus. Ihn zu führen, setzt voraus, den Faschismus begriffen zu haben, also ihn zuerst einmal zu untersuchen. Dazu müssen wir klären, was ist faschistische Ideologie, wo tritt sie auf, von wem wird sie vertreten, welche Möglichkeiten ergeben sich daraus, dieser Ideologie von unserer Seite aus entgegenzutreten. (2)

Wir meinen, daß es heute auch schon der Volksfront möglich sein muß, über den demokratischen Abwehrkampf gegen Faschismus und Reaktion, den Angriff auf die Faschisten aufzunehmen, um sie zu zerschlagen.

Was insgesamt nichts anderes heißt, als das Faschisten und Reaktion in ihrem Tun nicht nur beobachtet (wie z.B. im Film die Erben) (3) sondern daß sie auch aktiv bekämpft werden müssen!

WIE KAM ES ZUM SONDERKONGRESS?

In den Monaten vor dem 3. Volksfront-Kongress (Nov. 83) zeichnete sich unter einem relativ großen Teil der Mitglieder eine Debatte über die weitere Arbeit der Volksfront ab. Wesentlichen Anteil an ihrer Gründung hatte die KPD (früher KPD/ML). Ihr vorrangiges Ziel zu dieser Zeit war eine Kampagne gegen den Kanzlerkandidaten Strauss. Zu diesem Zweck kandidierte die Volksfront zur Bundestagswahl 1980. Nach dem die Wahl vorbei, und Strauss nicht Kanzler geworden war, machte es sich die Volksfront zur Aufgabe, die antifaschistisch-demokratische Bewegung zu entwickeln und zu stärken, und ihre Organisierung zu betreiben. In der Praxis der Volksfront wurde allerdings immer weniger dazu getan. Viele Ortsgruppen traten kaum noch zusammen, schliefen ein oder lösten sich auf. Eine Menge Mitglieder war nur noch Mitglied auf dem Papier. Die Beitragszahlungen ließen zu wünschen übrig.

Im Nov. 1981 empfahl das zentrale Komitee des BWK: "Die Mitglieder des BWK sollen überprüfen, ob nicht ein Teil ihrer Aktivitäten im Rahmen der Volksfront stattfinden kann mit dem Ziel, die Tätigkeit der Volksfront zu entfalten." (4)

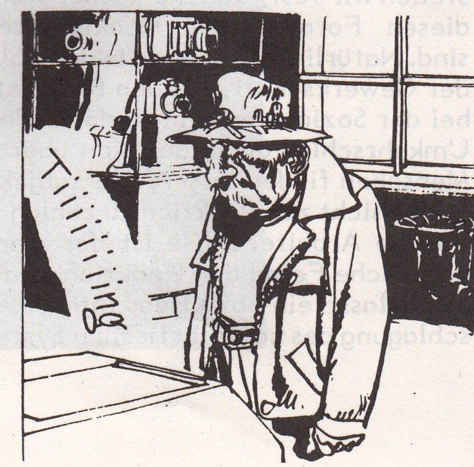
Lange war eine falsche und schädliche Politik gemacht worden. Die Volksfront-Mitglieder hatten sich als antifaschistische Bewegung schlechthin gefühlt, und waren entsprechend aufgetreten. Daß es unter diesen Umständen schwer war Bündnispartner zu finden, ist logisch. Nachdem dies auch den Mitgliedern der Volksfront aufgefallen war, versuchten sie nun, die Sektiererei zu überwinden. Da sie nicht wußten wie dies bewerkstelligt werden konnte, waren viele Konzepte dazu unklar und undurchdacht. Während einerseits Mitglieder der Volksfront neue Leute und Ideen begrüßten, also auch den Eintritt von BWK-Mitgliedern, sahen andere nach kurzer Zeit ihre vermeintlichen "Konzepte" durch eben diese gefährdet. Der Konflikt war vorprogrammiert. Wir versuchen diese Konzepte etwas zusammenzufassen, und zu skizzieren.

1. Völlige Auflösung der Volksfront.

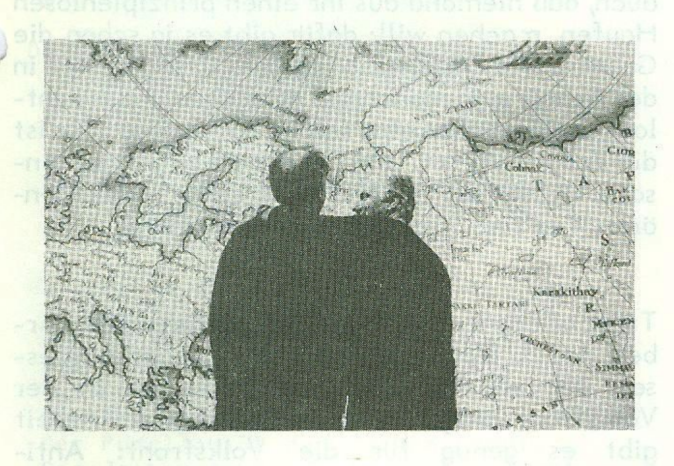
Die Vertreter diese Konzeptes (besser Nicht-Konzeptes) waren sich offensichtlich nicht darüber im klaren, weshalb sie Mitglied in der Volksfront waren. Sie erhofften sich eine bessere antifaschistisch-demokratische Politik indem sie die Mitarbeit in verschiedenen Initiativen (BIs gegen Ausländerfeindlichkeit, Friedeninitiativen usw.) befürworteten. Ihrer Meinung, wäre diese - sicher notwendige - Arbeit, ohne organisatorischen "Ballast" besser zu verrichten. Warum sie dann nicht die Konsequenzen zogen und austraten, konnte bisher trotz Forschungstätigkeit unsererseits, nicht herausgefunden werden.

2. Auflösen der organisatorischen Strukturen, unter Beibehaltung der Organisation.

Auch die Anhänger dieses Konzeptes sprachen oft von organisatorischen "Ballast". Sie waren weder in der Lage zu erkennen, daß jede Organisation Strukturen braucht und hat, noch, daß Strukturen nicht schematisch aufrecht erhalten werden müssen (durch Sitzen im Vorstandsessel), sondern ihren Sinn in der Koordinierung der Arbeit einer Organisation haben.



3. Änderung bzw. Abschaffung des Namens.
Diese Position vermischte sich oft mit den vorhergenannten. Sie erhofften sich den Zulauf der antifaschistischen "Massen", wenn der Name Volksfront erst abgeschafft oder verändert (in "antifaschistischer Bund" oder "antifaschistische Aktion" oder "sozialdemokratische Volkspartei" usw.) (5) wäre. Ohne zu bedenken, daß nicht der "richtige" Name, sondern die richtige Politik wichtig ist.
Alle diese Positionen wollten durch Änderung (Verwässerung) oder Abschaffung der Satzung erreichen, daß sich die politischen Erfolge der Anfangszeit wiederholen und nahmen ungewollt in Kauf, daß dies z.B. zu Lasten der Mitgliederrechte ging.
Ein anderer Teil der Mitglieder wollte unter Beibehaltung der Satzung, Grundsätze und des Namens, und bei einer Verbesserung der Strukturen, die politische Arbeit der Organisation konsolidieren.



Auf dem 3. Kongress wurden die Diskussionen darüber, vor allem in der Arbeitsgruppe "Arbeitsweise und Organisation" lange und heftig geführt. Aufgrund des Zeitmangels wurde dann vereinbart, einen Sonderkongress zu diesen Fragen abzuhalten. In den nun folgenden 5 Monaten war in der Mitgliedschaft eine rege Diskussion in Gange. Zur Namensänderung wurden zwei Papiere des zentralen Vorstandes veröffentlicht. Eines davon befürwortete die Änderung des Namens, das andere lehnte sie ab. Ebenso wurde ein Vorschlag für eine neue Satzung vom zentralen Vorstand (bei einer Gegenstimme) veröffentlicht. Dieser Satzungsvorschlag versuchte inhaltlich den o.g. drei Konzepten zur "Lösung der Volksfront-Probleme" möglichst weit entgegenzukommen. In weiten Teilen war die Grundlage für eine "lautlose" Auflösung der Volksfront-Strukturen gelegt worden. Wichtige Mitgliederrechte waren außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt worden. (6)
Da erhebt sich die Frage, inwiefern der "alte" Vorstand überhaupt noch Leitungsorgan einer Organisation sein kann, deren lautlose Auflösung er, mindestens unbewußt, gegen nur eine Stimme betrieben hat.

Zu diesem Satzungsvorschlag des Vorstandes wurde von Mitgliedern ein juristisches Gutachten eingeholt, das jedoch bis zum Sonderkongress an nur relativ wenige Mitglieder und Delegierte gelangte. In diesem Gutachten wurde belegt, daß sich aus dem neuen Satzungsvorschlag des Vorstandes nur Nachteile für die Mitglieder ergeben und die Struktur der Organisation undemokratisch umgewandelt werden würde. Der Vorschlag, bzw. die Abstimmung über so eine weitgehende Veränderung von Zweck und Struktur der Volksfront, war durch das bisher geltende Statut ausgeschlossen, es sei denn, alle Mitglieder und nicht nur Delegierte würden dazu befragt. Das war auf einem Sonderkongress ja nicht gegeben.

Seit dem letzten Kongress war an vielen Orten eine Konsolidierung der Politik der Volksfront spürbar. Dies wurde auf dem Sonderkongress auch vom Vorstand bestätigt. So konzentrierte sich die Diskussion beim Sonderkongress auf die Satzung. Die Befürworter von generellen Änderungen wollten damit eine andere Arbeitsweise erreichen. Unserer Meinung nach war allerdings mit der bisherigen Satzung eine gute Arbeit möglich, und sie wurde in vielen Ortsgruppen auch geleistet. Natürlich ist niemand bei uns dagegen, die Arbeitsweise der Volksfront zu diskutieren und zu verbessern. Daß diese Diskussion aber ausgerechnet mittels einer Diskussion über die Satzung geführt wird, können wir nicht einsehen. Die Notwendigkeit einer Satzung liegt bei einer, so pluralistischen, Organisation wie der Volksfront, auf der Hand. Durch die bisherige Satzung wurde diese Aufgabe auch gelöst. Sie war so demokratisch wie nur irgend möglich.
Auf dem Sonderkongress (bzw. am Vorabend) zog der Vorstand seinen Satzungsvorschlag zurück. Offensichtlich hatten die Stellungnahmen und Anträge zu dieser Frage nachhaltig gewirkt. Stattdessen wurden mehr oder weniger geringfüge Änderungen vorgeschlagen. In langwieriger Diskussion wurde die Satzung abschnittweise behandelt und an verschiedenen Stellen stilistisch geändert. Wie, bzw. ob sich diese Änderungen auf die praktische politische Arbeit auswirken, bezweifeln wir.

OFFENE KRITIK UND DISKUSSION NÖTIGER DENN JE

Und hier liegt bei der Volksfront vieles im argen. Die drei Organisationen (BWK, FAU/R, KPD), die die Volksfront bis jetzt offiziell unterstützten, hatten vereinbart, die Perspektive ihrer Arbeit in der Volksfront in mehreren Artikeln im Roten Morgen zu veröffentlichen. (7)
Nach dieser Artikelserie gab es Proteste. Das Ganze sehe angeblich so aus, als ob die drei Organisationen diskutieren würden, wie die weitere Politik der Volksfront aussehen soll, und diese dann unter sich ausschachern würden. Natürlich liegt eine Gefahr darin, wenn eine oder mehrere revolutionäre Organisationen eine

überparteiliche Organisation wie die Volksfront unterstützen, daß sie versuchen die Politik dieser Organisation im GEHEIMEN zu bestimmen. Um diese Gefahr auszuschalten, und die Möglichkeit, daß solche Verdächtigungen überhaupt auftauchen, zu verhindern, haben wir gerade jede Diskussion und Stellungnahme unsererseits, die die Politik der Volksfront und unserer Mitwirkung darin betreffen, veröffentlicht. Wir werden das auch in Zukunft tun. Des weiteren begrüßen wir auch, wenn KPD und BWK an solchen Erörterungen teilnehmen, und stellen ihnen, aber auch anderen, gerne Platz in unserer Zeitung bereit.

Der Verlauf des letzten Jahres gibt Anlaß genug für uns, dies so nachdrücklich zu betonen. Offensichtlich waren in den Reihen der KPD-Mitglieder in der Volksfront, und in deren Umkreis, jene Leute zu suchen, die die Volksfront auflösen oder umbenennen, oder ihre Strukturen nachhaltig ändern wollten. Jedoch konnte man weder im Roten Morgen noch im Volksecho noch anderswo ein öffentliches Wort dazu vernehmen. Stattdessen wurde nur intern diskutiert. Aber gerade diese Mitglieder waren es, die die Veröffentlichungen im Roten Morgen und die in der gemeinsamen Beilage verurteilten, und meinten, daß dort negative Beeinflussung der Volksfront- Politik betrieben würde. Genossen der FAU/R, aber auch andere Mitglieder der Volksfront, waren in ihrer Arbeit durch diese Gerüchte nachhaltig verunsichert worden.

Entsprechend verliefen auch die Nachwahlen von Mitgliedern des Vorstandes, die auf dem Sonderkongress stattfanden. Hatten Teile des Vorstandes die Politik der "großen Änderung" in ihrer Mehrheit gedeckt und unterstützt, so wäre nun eine Neuwahl des Vorstandes das geeignete Mittel gewesen, um einen Schlußstrich unter diesen unseeligen Teil der Organisationsgeschichte zu ziehen. Vor dem Sonderkongress waren zwei Mitglieder des Vorstands ausgeschieden. Statt aus dem Kreis der Ersatzkandidaten zwei Mitglieder nachrücken zu lassen, wurde vom Vorstand beschlossen, daß der Sonderkongress Mitglieder nachwählen sollte. Außerdem schlug der Vorstand die Erweiterung desselben um vier Mitglieder vor. Da die gewählten Ersatzkandidaten nicht nachrückten, wurde verhindert, daß Christoph Cornides von der Ortsgruppe Mannheim, der auch Mitglied des BWK ist, Mitglied des Vorstandes wurde. Auf dem Sonderkongress hielt das Mitglied des Vorstandes Reiner Roth, eine sehr polemische Rede gegen die Kandidatur von Cornides. Diese Rede tat ihre beabsichtigte Wirkung: Christoph Cornides scheiterte an einer Stimme. Anzumerken ist, daß Roth in seiner Rede wichtige Tatsachen verschwieg, so daß ein schiefes Bild entstand.

Wir wollen mit diesem Artikel keine Zwietracht in die Volksfront streuen, unumgänglich scheint uns jedoch, auf die Probleme der letzten Zeit aufmerksam zu machen. Wir verstehen das als einen Appell an alle Mitglieder der Volksfront, egal welcher Gruppierung sie angehören, den Arbeitsstil zu verbessern und nicht in längst vergessenes Konkurrenz- und Mißgunstverhalten zurückzufallen. Wenn vielen alten Volksfront-Mitgliedern z.B. die Mitarbeit der BWK-Genossen "unheimlich" ist, weil diese immer so genau und präzise arbeiten und dabei leicht zuviel Theoriearbeit den Volksfrontgruppen zumuten; so ist es anderen Mitgliedern der Volksfront mindestens ebenso unheimlich, wenn sich KPD-Genossen in der Volksfront- Arbeit kaum noch jemals als Kommunisten zu erkennen geben und sich am liebsten wie jeder x-beliebige fortschrittlich denkende Bürger äußern oder betätigen.

Wir denken, daß NIEMAND aus der Volksfront einen Parteiersatz machen will und hoffen aber auch, daß niemand aus ihr einen prinzipienlosen Haufen, machen will; dafür gibt es ja schon die Grünen. Die Diskussion um die richtige Linie in der Arbeit mag manchmal ermüdend und fruchtlos scheinen-ohne eine solche Diskussion aber ist die Volksfront tot. Und mit ihr ein wichtiger Ansatz, BÜNDNISPARTNER für einen revolutionären Weg zum Sozialismus zu gewinnen.

Trotz alledem denken wir, daß, aufgrund der Arbeit des 3. Kongresses und des Sonderkongresses, ein solidarisches Weiterarbeiten in der Volksfront möglich und notwendig ist. Arbeit gibt es genug für die Volksfront: Antifaschismus, Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit, Unterstützung der politischen Gefangenen, Antimilitarismus und Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte. In diesen Bereichen arbeitet die Volksfront schon, und es gibt begründete Hoffnung, daß diese Arbeit in Zukunft verbessert und verstärkt wird. Uns erscheint es notwendig, einerseits die Schulungstätigkeit für die Mitglieder zu verstärken, andererseits offensiver nach Außen zu treten. Gerade durch die derzeitige Politik der Reaktion sind breitere Kreise der Bevölkerung sensibilisiert und interessieren sich durchaus für



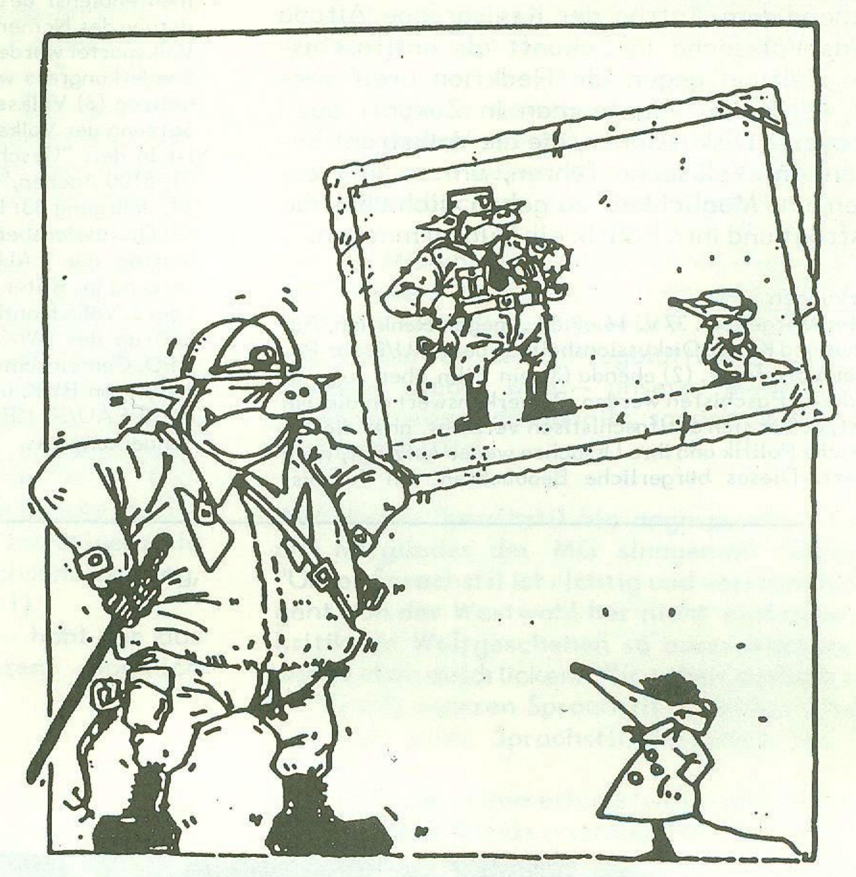
politische Alternativen. Um dort richtig wirken zu können, würden wir es begrüßen, wenn, entsprechend dem Antrag der Kreisgruppe Altona (8), das Volksecho in Zukunft als antifaschistische Zeitung gegen die Reaktion breit verkauft würde. So könnte man in Zukunft auch kontroverse Diskussionen, die die Volksfront betreffen, im Volksecho führen, um so Interessierten eine Möglichkeit zu geben, sich über die Volksfront und ihre Politik ein Bild zu machen.

Anmerkungen
(1) Roter Morgen Nr. 37 v. 16.o9.83 ...gegen Reaktion, Faschismus und Krieg! Diskussionsbeitrag der FAU/R zur Politik der Volksfront. (2) ebenda (3) ein Film über Jugendliche, die zu Faschisten werden. Bemerkenswert an diesem Film ist, daß er sich antifaschistisch versteht, aber die faschistische Politik und ihre Ursachen weder aufzeigt, noch kritisiert. Dieses bürgerliche Beobachten von faschistischen Tätigkeiten gerät leicht in Gefahr, diese mehr zu unterstützen als zu bekämpfen. (4) Beschluß- und Dokumentendienst des BWK Nr. 8/81, Woche 5o (5) Die Änderung des Namens der Volksfront in sozialdemokratische Volkspartei wurde auf dem 3. Kongress beantragt. Auf dem Sonderkongress war dieser Antrag nurmehr Diskussionsbeitrag (6) Volksecho Nr. 2/84. Vorschlag für eine neue Satzung der Volksfront. Die alte, sowie die neue Satzung, ist in der: "Geschäftsstelle der Volksfront, Mariahilfstr. 31, 5100 Aachen," erhältlich. (7) Roter Morgen Nr. 32, 33, 34, Jahrgang 83: Diskussionsbeitrag des BWK. Nr. 36 Jg. 83: Diskussionsbeitrag der KPD. Nr. 37 Jg. 83: Diskussionsbeitrag der FAU/R. Diese Diskussion fand ihre Fortsetzung in: Roter Morgen Nr. 48 Jg. 83: Bericht der KPD vom 3. Volksfrontkongress. Nr. 51, 52, Jg. 83: Diskussionsbeitrag des BWK. Nr. 3 Jg. 84: Diskussionsbeitrag der KPD. Gemeinsame Beilage Nr. 1, April 84: Diskussionsbeiträge von BWK und FAU/R, gemeinsame Erklärung von BWK, FAU/R, KPD zur Volksfront. (8) Antrag Nr. 57 zum Sonderkongress.



Warum so skeptisch?

"FREISTAAT" BAYERN 1984 – ODER WESSEN FREIHEIT IN WELCHEM STAAT?



Wir leben in einer freiheitlichen Demokratie, der Faschismus wurde 1945 abgeschafft und ausgerottet, nur Chaoten und Kriminelle können etwas gegen unseren STAAT haben.

So in etwa ist heute die Meinung des "normalen" Bürgers, wenn er zu seiner Meinung gegenüber dem STAAT gefragt wird.

Doch WER genießt in diesem Lande grenzenlose Freiheit, WER hat hier und heute das Sagen? Zuerst wollen wir an einigen Beispielen darlegen, wie der bayerische STAAT z.B. mit Andersdenkenden umgeht:

– Am 13.11.83, am Volkstrauertag", wo trauernde Menschenmassen (?) den Kriegern gewonnener und verlorener Schlachten "gedenken", wurden 27 - Teilnehmer eines antimilitaristischen "Kasernenfrühstücks" vor dem Munitionsdepot Wächterhof bei München, wo u.a. chemische Waffen vermutet werden, festgenommen und zu hohen Geldstrafen zwischen 600 und 2000 DM verurteilt, was kürzlich in etlichen Prozessen gerichtlich bestätigt wurde. Nichts und niemand wurde genötigt, auch angeblich betroffene Autofahrer bestätigten dies vor Gericht, aber offensichtlich fühlte sich der STAAT allein durch die bloße Anwesenheit der Demonstranten genötigt, die Tatsache, daß irgendwelche Autofahrer langsamer fahren oder kurz anhalten mußten, wurde als "gemeinschaftliche Nötigung" umgedeutet und reichte tatsächlich für die Terrorurteile aus. Ein Urteil gegen alle engagierten Bürger, denen wohl die Lust auf Demonstrationen ausgetrieben werden sollen, wie es sich auch an der allgemeinen Verschärfung des Demonstrationsrechtes zeigt.

– Im Frühjahr und Sommer 1984 wurden 3 Ausgaben der Zeitung FREIRAUM, die von der anarchistischen Föderation Südbayern herausgegeben wird, beschlagnahmt und verboten, bei den insgesamt 6 Hausdurchsuchungen wurde auch umfangreiche Redaktionsmaterialien beschlagnahmt, so daß das Erscheinen der Zeitung insgesamt gefährdet war. Als Begründungen mußten u.a. Aufruf zu Straftaten, Eingriff in ein schwebendes Verfahren, Verletzung des Urheberrechts herhalten, in Wirklichkeit ging es jedoch darum, eine unbequeme Zeitung zu stören oder zu vernichten. Auch gegen andere Münchner Zeitungen, gegen BLATT und SPION ging der STAAT vor, hier wurde u.a. der § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) vorgeschoben, doch auch hier soll unbequeme Berichterstattung verhindert werden.

– Im September 1984 wurden 2 Demonstrationen und etliche Infostände der INDIANERKOMMUNE NÜRNBERG, Jugendliche, die ein radikales Kinderrechtsprogramm propagieren, verboten, weil der "Schutz der Familie" vor der Meinungsfreiheit rangiere. Doch wie sonst hätten die Jugendlichen Öffentlichkeitsarbeit machen sollen, die auch angesichts der tausenden von Fällen von Kindsmißhandlung in Heimen, in Schulen, bei den Eltern, 500 Kinderselbstmorden pro Jahr usw. dringend notwendig wäre. Das nächste Mal wird vielleicht gesagt, der "Schutz des STAATES" sei wichtiger als Meinungsfreiheit, in diesem Stil jedenfalls wird laufend mit Grundrechten umgegangen.

Insgesamt ist die Tendenz festzustellen, daß Andersdenkende kriminalisiert und isoliert werden sollen. Zudem scheint es auch Rechte erster und zweiter Klasse, kurz KLASSENJUSTIZ, zu geben. Demonstrierende Lastwagenfahrer, die sogar Eisenbahngleise am Brenner blockierten, wurden tunlichst in Ruhe gelassen. Sie wirtschaften ja nur in die eigene Tasche und unterstützen zudem STAATSinteressen. Ganz anders wird mit gewaltfreien Friedensdemonstranten umgesprungen, aber sie stören ja auch die Kriegsvorbereitungen der Herrschenden. Faschisten dürfen wie eh und je offen durch die Straßen paradieren und agieren, siehe die nachlässigen Ermittlungen beim Oktoberfestattentat oder jetzt kürzlich das antifaschistische Punktreffen in Hannover im August 1984, die rechtsradikalen Schlägerbanden blieben weitgehend unbehelligt, hunderte von Punks und Antifaschisten wurden festgenommen, hunderte in einem Jugendzentrum für 10 Stunden interniert, umstellt von bewaffneter Polizei und Wasserwerfern.

Für uns steht jedenfalls fest: "Demokratie" oder Faschismus sind eine STAATSform des Kapitalismus. Nur die Methoden sind anders, z.T. eben geschickter und verdeckt. Faschisten begingen nicht nur das Attentat vor 4 Jahren hier in München auf unschuldige Menschen, die Bonzen von vor 1945 durften bald wieder zur Macht zurückkehren, staatlichen Terror gibt es weiterhin, der Faschismus lebt weiterhin und wurde nie vernichtet. Am deutlichsten zeigt er sich im Moment im "Raketenfaschismus", die Stationierung wird gegen breite Volksmassen mit allen Mitteln durchgesetzt. "FREISTAAT" Bayern bedeutet Freiheit für die Kapitalisten, Militaristen, Faschisten, Freibrief für Ausbeutung, Umweltzerstörung, politische Unterdrückung.

Deshalb: KAMPF gegen STAAT UND KAPITALISMUS! KAMPF für eine HERRSCHAFTSFREIE, AUSBEUTUNGSFREIE, SELBSTVERWALTETE GESELLSCHAFT!

Freie Arbeiter-Union/Anarchosyndikalisten (FAU), OG München (Kontakt: Anarchistische Föderation Südbayerns, Postlagerkarte 073396A 8000 München 34!).

Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden! R. Luxemburg

Provisorische Plattform der PROLETARISCHEN AKTION



I.
Unser Kampf ist antikapitalistisch und antiimperialistisch. Unser Ziel ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und seine Ersetzung durch eine sozialistische Räterepublik.

II. "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"
Die herrschende Klasse in der BRD und Westberlin verkörpert nach wie vor die Tradition des deutschen Imperialismus: vom Kaiserreich über die Weimarer Republik, vom faschistischen 3. Reich bis zum westdeutschen Teilstaat BRD waren und sind es die selben, in deren Hände die politische, wirtschaftliche und militärische Macht konzentriert ist. Sie haben das Volk in zwei Weltkriege getrieben und sind momentan dabei, zusammen mit dem US-Imperialismus den nächsten Krieg vorzubereiten.

Ihre Expansionsabsichten gegen die Völker Osteuropas, die militärische Wiedergewinnung der "verlorenen Ostgebiete" treten mehr und mehr in den Vordergrund.

Die Neuauflage der "Deutschen Frage", die inzwischen auch wieder von Teilen der "Linken" diskutiert wird, dient der herrschenden Klasse in der BRD und in Westberlin zur psychologischen Kriegsvorbereitung.

In diesem Zusammenhang sind auch die geduldeten Aktivitäten der neonazistischen Banden zu sehen.

Neben der Einpeitschung von nationalisitschen und chauvinistischen Gefühlen soll diesen weiter die Aufgabe zufallen, sich auf den Terror gegen die sozialen und politischen Protestbewegungen zu spezialisieren. Das "Interessengebiet" der deutschen Imperialisten reicht allerdings weiter als bis zur DDR, zu Polen, der Tschechoslowakei und Teilen der Sowjetunion ("Großdeutschland"). So wie alle Imperialisten erheben auch sie Ansprüche auf die ganze Welt und sind kräftig dabei, diese in die Tat umzusetzen.

So wurde der Militärputsch 1980 in der Türkei durch einen westdeutschen Milliardenkredit mitfinanziert und unter dem "Schutz" von NATO-Truppen, darunter auch Einheiten der Bundeswehr durchgeführt. Im Nahen Osten stand und steht Bonn auf der Seite der Zionisten und der reaktionären arabischen Regimes, die nichts so sehr fürchten wie eine Volksrevolution in diesem Raum.

Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen der BRD und dem Rassistenregime in Südafrika sind sehr eng, von Seiten der christlich-abendländischen Fraktion der Bourgeoisie sogar ausgesprochen herzlich.

Die "Paradiese" für westdeutsche Konzerne befinden sich in Ländern, in denen blutige Regimes das Volk unterjochen: Brasilien, Südafrika, Indonesien, Thailand, Chile, Kolumbien, Argentinien , Zaire.

Die BRD ist außerdem zu einem der größten Waffenhändler aufgestiegen und mischt kräftig mit im Rüstungsgeschäft. Bevorzugte Partner: Diktaturen in aller Welt. Im Rahmen der NATO haben sich Bundeswehrsoldaten auch schon an imperialistischen Kriegen beteiligt, so z.B. als Piloten im Vietnamkrieg. An den Bundeswehrhochschulen sind Offiziere von Militärdiktaturen gern gesehende Gäste.

III. Wir kämpfen gegen die organisierte Unmenschlichkeit in der Metropole BRD und Westberlin. Diese findet ihren Ausdruck — in der ausbeuterischen und entfremdeten Lohnarbeit an Maschinen und Fließbändern und in den durchrationalisierten Büros
— in der Zerstörung von Menschen durch die Knäste, die Heime und die psychatrischen Anstalten. Letzere dienen den kapitalistischen Pharma-Konzernen zu Menschenexperimenten, mit denen sie neue Präparate "testen". Die Substanz dieser staatlichen Gewaltorgane ist durchweg faschistisch und beinhaltet als Vernichtung von massivem Widerstand immer das Massaker (wir erinnern an die Ermordung der drei Genossen am 18.10.1977 in Stuttgart-Stammheim)
— in der Reduzierung der Frauen auf die Rolle als Sexualobjekt und Gebärmaschine, ihrer Überausbeutung in Leichtlohngruppen, der Beschneidung ihrer Selbstbestimmung durch den Staat, der den § 218 wieder verschärfen und sie

an "Heim und Herd" fesseln will
– in der kalten und sterilen Welt der Schulen und Universitäten, in denen nur Fachidioten herangezogen werden sollen, die für das Kapital funktionieren und nichts hinterfragen! – in dem zunehmenden staatlichen Rassismus, dem die Ausländer ausgesetzt werden und in der Handhabung des Asyl"Rechts" als Peitsche gegen fortschrittliche Menschen und Organisationen
— in der Hetze gegen sogenannte Minderheiten, auf deren Rücken die bürgerliche Gesellschaft ihre wirtschaftlichen und politischen Probleme abladen will und denen die Funktion des Sündenbocks zugedacht ist
— in der Kinderfeindlichkeit dieser Gesellschaft, die weder genügend Geld- und Sachmittel für eine gute Erziehung und Ausbildung bereitstellt, noch in der Lage ist, die körperlichen und seelischen Mißhandlungen an Kindern zu unterbinden.

ein menschenverachtendes und zerstörerisches System, dessen oberste Maxime der Profit – und nichts anderes – ist. Die Politik der herrschenden Klasse in Krisenzeiten entspricht dieser Menschenverachtung. Die Vorbereitung des Krieges
— zur Neuaufteilung der Absatzmärkte
— zur Vernichtung des Sozialismus
— zur Ausschaltung des revolutionären Widerstands im Innern wird intensiviert.

Es ist die alte Leier des Kapitalismus: werden die Herrschenden mit den Schwierigkeiten nicht fertig, die ihr System immer wieder schafft (Arbeitslosigkeit, Hunger, Verelendung, Kriminalität), bereiten sie den Krieg vor. Für sie ist er das "Ventil", um die Unzufriedenheit und den Zorn der Massen abzulassen und dabei ist die geschäftliche Seite natürlich nicht von der Hand zu weisen: den großen Konzernen ging es gerade in Kriegszeiten blendend.



Maidemonstration Mitte der 20er Jahre Unter den Linden

IV. Wir erleben monentan eine soziale Verelendung, deren Ausmaß Millionen von Menschen in diesem Land erfaßt und deren Höhepunkt noch vor uns liegt.

Die Angriffe der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung auf die wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften der Arbeiter- und Volksbewegung werden zunehmend unverschämter und brutaler. Die Ausplünderung läuft frontal und auf allen Ebenen; beim Arbetslosengeld, beim Lohn, bei den Renten, beim Versorgungsgeld für Kriegsbeschädigte, den Preissteigerungen, dem Angriff auf die Tarifautonomie und bei der Streichung von sozialen Leistungen. Und wofür? Um die Kriegskasse des Staates zu füllen und die Reichen zu subventionieren. Der Kapitalimus zeigt sich als das, was er schon immer war;

V. Die Kapitalistenklasse und ihre parlamentarischen Lakaien werden sich nicht friedlich von ihren Sesseln wählen lassen.

Was als "sozialer Fortschritt" von den Herrschenden angepriesen wird, ist keineswegs ein Geschenk dieser Ausbeuter, sondern Ergebnis jahrzehntelanger und erbitterter Kämpfe der Ausgebeuteten.

Daß die herrschende Klasse jetzt Anstalten macht, diese Errungenschaften möglichst schnell und rigoros dem Volk zu rauben, muß Widerstand erzeugen und zum Kampf mobilisieren. Die Perspektive dieses Kampfes kann aber nicht die Froschperspektive sein, wie sie die DGB-Führung verkündet ("Kampf um den sozialen Besitzstand").

Sie kann nur konsequent antikapitalistisch sein, daß heißt:

sie hat auszugehen von der Unversönlichkeit der Interessen zwischen Lohnarbeit und Kapital. Im Krieg der Klassen gibt es keine "Sozialpartner"!

VI. Unser Kampf ist internationalistisch. "Im Herzen der Bestie" dulden wir keine nationalen Positionen, weil diese unvermeidlich zur Unterstützung der Ausplünderungspolitik gegenüber den Völkern der Dritten Welt führen. Ein "nationaler Standpunkt" in den Metropolen wird zudem nur einer sein, der auf Komplizenschaft mit der herrschenden Klasse baut und sich so an deren Verbrechen beteiligt.

Zwischen der Revolution in den Metropolen und den Nationalisten kann es keine gemeinsame Front geben. Wir sind solidarisch mit allen Befreiungsbewegungen der ganzen Welt, die den Kampf gegen den US-Imperialismus und gegen alle anderen imperialistischen Staaten führen. Mit ihnen haben wir einen gemeinsamen Feind: den internationalen Imperialismus, sei er nun "deutsch", us-amerikanisch, englisch, französisch oder japanisch. Wir können nur siegen, wenn wir es verstehen, die Klassenkämpfe in den Metropolen und die Befreiungskämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zusammenzuführen.
"Es gibt keine Grenzen in diesem Kampf auf Leben und Tod" (Che).

VII. Da der Imperialismus — höchste Stufe des Kapitalismus — die aggressivste Kraft darstellt, durch die die Menschheit bedroht wird, ist er der Hauptfeind aller Völker. Di Vertreter des Imperialismus versuchen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Kapital- und die daraus resultierenden politischen Interessen durchzusetzen. Wo dies nicht durch Marionetten und/oder Schaffung wirtschaftlicher, finanzieller, militärischer Abhängigkeit möglich ist, schrecken diese Bestien auch nicht vor Völkermord zurück.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges steigt das Kontingent der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt rapide an, die Imperialisten sehen ihre Interessen zunehmender Gefahren ausgesetzt. An ihrer Reaktion können wir den mörderischen Charakter ihrer Politik bestimmen, der mit deren Kapitalkraft zunimmt. Infolgedessen sind die westdeutschen, japanischen, us-amerikanische Imperialisten die gefährlichsten, wobei sich die US-Imperialisten besonders brutal hevorheben. Die Aktionen in Vietnam, Korea, Libanon, Kuba (um nur einige zu nennen) sprechen eine überdeutliche Sprache.

Wenn ein Volk vereint und bewaffnet um seine Freiheit kämpft, dann kann sein Sieg selbst durch eine Intervention us-amerikanischer Prägung nicht verhindert werden. Die Frage der Kalkulierbarkeit eines atomaren Krieges, der die Vernichtung ganzer Völker einschließt, wurde daher von den Imperialisten positiv entschieden. Dieser atomare Holocaust, dessen Ziel die völlige Liquidierung der UdSSR ist, wird in radikalem Tempo u.a. vom Territorium der BRD aus vorbereitet. Dabei nehmen die US-Imperialisten auch gerne die Zerstörung der westeuropäischen Industrienationen in Kauf, da sie sich auf diesem Wege eines ernstzunehmenden Konkurrenten auf dem Weltmarkt entledigen können.

Aber auch die "kleineren" imperialistischen Staaten (wie Frankreich und groß Britanien) sind keinesfalls ungefährlich, denn es liegt im Wesen des Imperialismus, sich gefräßig auszubreiten. Es gibt also keinen schlechten und weniger schlechten Imperialismus: Kampf gegen ihn an allen Fronten.

VIII. Die 3. Welt ist ins Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Konterrevolution gerückt. Dorthin exportieren die interntionalen Konzerne ihr Kapital und lassen die Arbeiter für Hungerlöhne schuften. dort herrscht in den Fabriken eine faschistische Arbeitsdisziplin und Streiks werden durch den Einsatz von Militär niedergemcht.

Durch Warenexporte in die 3. Welt und Kredite werden die Länder der 3. Welt zu Schuldnern der imperialistischen Staaten gemacht. Für ihre Rohstoffe, die hemmungslos von den internationalen Konzernen geplündert werden, erhalten die Länder der 3. Welt einen Spottpreis. Die Abhängigkeit vom Imperialismus ist die Ursache für den Hunger und das Elend in der 3. Welt, denn diese Abhängigkeit verhindert eine eigenständige, zum Nutzen des Volkes arbeitende Industrie. Der Hunger auf der Welt ist für die Imperialisten ein Geschäft wie jedes andere auch. Ob die Erpressung mit der "Weizenwaffe" oder die direkte militärische Intervention per "schneller Eingreiftruppe" — es ist das Bestreben des Imperialismus, alle souveränen Völker oder Staaten niederzumachen, denn sie widersprechen seinen Ansprüchen auf Weltherrschaft, stehen ihnen im Weg.

Die Kriege,die der Imperialismus in 3.Welt führt, nehmen ihren Ausgangspunkt hier, in den Metropolen. Hier werden sie geplant, in den Chefetagen der internationalen Konzerne konzentriert sich die ganze kriminelle Energie dieses Faschismus.

Wenn wir also Proletariat sagen, dann meinen wir nicht nur die Stellung dieser Klasse im Produktionsprozeß als Lohnarbeiter, sondern auch seine Stellung im revolutionären Weltprozeß, als politisches Subjekt. Das heißt: der Arbeiter bei VW in Wolfsburg und der Arbeiter bei VW in Johannesburg oder in Brasilien ist Teil desselben Proletariats, des Weltproletariats. Mögen die Hautfarbe und die Sprache unterschiedlich sein, so sind ihre Ausbeuter doch dieselben, und die Proletarier müssen sich gemeinsam wehren.

Eine solche Sicht der Dinge heißt für uns, den Klassenkampf nicht als einen "nationalen", auf

ein bestimmtes Land beschränkten zu sehen, sondern als einen internationalen Krieg der Klassen. Wie die Bourgeoisie in ihrer Propaganda darauf baut, die nationalen Besonderheiten eines jeden Volkes für ihre Kriege auszunutzen und die Arbeiter verschiedener Nationalitäten aufeinanderzuhetzen, so bauen wir umgekehrt darauf, den Gedanken des Internationalismus zu verbreiten und die Gleichheit der Interessen der Arbeiter in allen Ländern zu betonen.

Im Ersten Weltkrieg lieferte Krupp Munition sowohl an die deutsche als auch an die französische Armee. Im Zweiten Weltkrieg belieferten die amerikanische Kapitalisten den IG-Farben-Trust und finanzierten dessen Gas- und Giftproduktion. Das Kapital kennt nur Geschäftsprinzipien. Wichtig ist nur, was sich verwerten läßt und auf der Haben-Seite des Kontos steht.

Dagegen setzt das Proletariat den Internationalismus aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, die begriffen haben, daß sie ihre Menschlichkeit nur dann erringen können, wenn sie ihre Ausbeuter mit Waffengewalt verjagen.

IX. Wir glauben nicht an die spontane Erhebung der Massen "Am Tag der Revolution", wir glauben nicht an den "Ausbruch" der Revolution. Wir haben einen langandauernden Volkskrieg vor uns, einen Bürgerkrieg, in dem das Volk lernen wird, sich zu organisieren, in dem es seine eigene Kraft und Würde entdeckt, in dem es sich nicht nur befähigt, seine Ausbeuter und Peiniger zu verjagen, sondern auch lernt, die politische Macht auszuüben, und so die Keime einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung zu legen. Diese Gesellschaft wird eine sozialistische sein, in der es niemandem mehr erlaubt sein wird, sein Leben auf Kosten anderer Menschen zu fristen. Diese sozialistische Gesellschaft wird nicht per Dekret "nach der Revolution" verkündet, sondern sie entsteht schon im Kampf der Massen um ihre Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung.

Alle Organisationen — ob wirtschaftliche, politische, militärische, kulturelle —, die sich das Volk in seinem Kampf schafft und schaffen wird, sind Vorstufen dieser neuen Gesellschaft. Sie werden es sein, mit denen wir den Sozialismus aufbauen.

Es ist klar, daß für faschistische und konterrevolutionäre Kräfte im Sozialismus kein Platz sein wird. Alle Versuche, die alte Ordnung wieder einzuführen, die Rückkehr der Kapitalisten, ihrer Lakaien und Henkersknechte zu betreiben, werden unterdrückt. Wenn nötig, mit Gewalt. Diese Gewalt aber wird eine sein, die sich auf die revolutionären Massen selber stützt und nicht auf einen Polizei- und Militärapparat, der die Geschäfte der Ausbeuter betrieben hat. Das setzt allerdings voraus, daß wir so früh wie möglich damit beginnen, solche Organisationen zu schaffen.

Die Notwendigkeit des Sozialismus ergibt sich für uns aus dem Widerspruch, in dem sich die bürgerliche Gesellschaft befindet: auf der einen Seite ist die Produktion fast vollständig vergesellschaftet und die einzelnen Wirtschaftszweige sind so miteinander verflochten, daß sie losgelöst voneinander nicht mehr existieren könnten. Auf der anderen Seite besteht nach wie vor der Privatbesitz an Produktionsmitteln, besteht eine Konzentration des Kapitals in den Händen weniger Finanz- und Industriehaie, deren oberste Richtschnur die Profitsteigerung ist — - mit allen Mitteln! Und von dem, was die beschließen, hängt das Schicksal von Millionen Menschen ab.

Zwangsläufig produziert so dieses System nicht nach den Bedürfnissen der Menschen hier, sondern nach dem Gesetz des Profits. Wir erleben das Aufblühen von Industrien, in denen ein hoher Profit herausgeschlagen wird, deren Produkte aber für uns nichts oder nur bedingt Brauchbares darstellen (so die Rüstungs- und die pharmazeutische Industrie).

Mit dem Elend der Massen machen die Kapitalisten ihre Geschäfte. Daß damit Schluß gemacht wird, dafür kämpfen wir. Wir wollen kein Elend und keine Kapitalisten mehr.

X. Wir lehnen die Fixierung des Widerstands auf Teilbereiche und bestimmte Formen ab und erklären: nur die Verbindung der politischen und sozialen Kämpfe mit einer antikapitalistischen und antiimperialistischen Perspektive wird es uns ermöglichen, aus der Massenmilitanz die Kerne für ein revolutionäres Volksheer zu schaffen.

XI. Wir wollen mit allen Kräften zusammenarbeiten, denen es ernst ist mit der Revolution. Zu diesem Zweck streben wir eine Dachorganisation revolutionärer sozialistischer Organisationen an (ähnlich der FDR/FMLN in El Salvador), in der die unterschiedlichen Kampferfahrungen ausgetauscht werden können, und eine gemeinsame Strategie erarbeitet wird.

Wir lehnen die Dominierung des Widerstandes durch eine Partei oder eine Organisation ab. Jede soll ihren Beitrag leisten, damit alle einen Schritt vorwärts kommen.



XII. Wir — und nicht der Feind — bestimmen Zeitpunkt und Form des Angriffs. Die Angriffe richten sich nach unserer jeweiligen Stärke und werden auf allen Ebenen vorgetragen. Unsere Angriffsziele sind Institutionen und Mandatsträger der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der herrschenden Klasse und ihrer Lakaien.

Wir bauen auf die Strategie und Taktik des Guerillakrieges, denn in der momentanen Situation sind die revolutionären Kräfte für eine offene Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat zu schwach. Sie sind allerdings stark genug, punktuelle Angriffe durchzuführen und dem Feind Niederlagen beizufügen. Das Konzept des Guerillakrieges hier geht von der Tatsache aus, daß die herrschende Klasse jede erfolgreiche Bewegung, die ihre Macht praktisch in Frage stellt, durch polizeistaatliche und militärische Aktionen zerschlagen will.

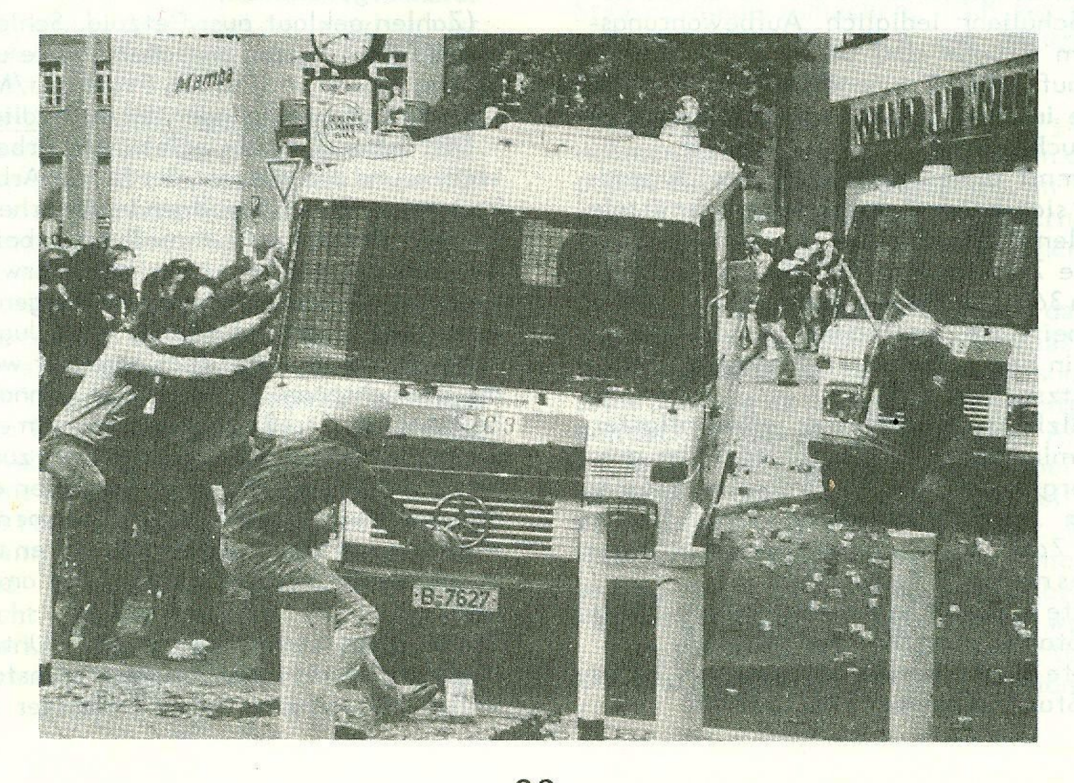
So stehen für die Bundeswehr unter dem Oberbegriff "Subversion" schon immer zusammen: Streiks, Demonstrationen, Betriebsbesetzungen, Flugblätter, Anschläge, Partisanen, Blockaden.

Diese Sichtweise kommt nicht aus Unwissenheit oder Willkür, sondern hat den realen Kern, daß Revolution immer Bürgerkrieg ist, und im Bürgerkrieg ist jede Handlung gegen den Staat eine kriegerische.

Das Konzept des Guerillakrieges hier geht aber auch davon aus, daß eine antikapitalistische und antiimperialistische Massenbewegung nur dann Durchschlagsakraft entwickeln kann, wenn sie ein bewaffnetes Rückgrat hat. Aus der Geschichte der Revolutionen wissen wir, daß die Herrschenden gezielt Blutbäder unter der — meist wehrlosen — Bevölkerung anrichten, um damit einen hohen Abschreckungseffekt zu erzielen. Wir wollen diese Erfahrungen nicht noch einmal machen und meinen, daß es besser ist, sich so früh wie möglich auf diese Konfrontation vorzubereiten.

Der bewaffnete Kampf ist keine zeitweilige Erscheinung, sondern die höchste Stufe der Klassenauseinandersetzung. Es ist klar, daß dieses Stadium nicht auf einzelne Gruppen beschränkt bleiben darf, sondern den Charakter eines Krieges zwischen den Klassen annehmen muß. Das setzt auch voraus, revolutionäres sozialistisches Gedankengut in breiteren Kreisen des Volkes zu verankern.

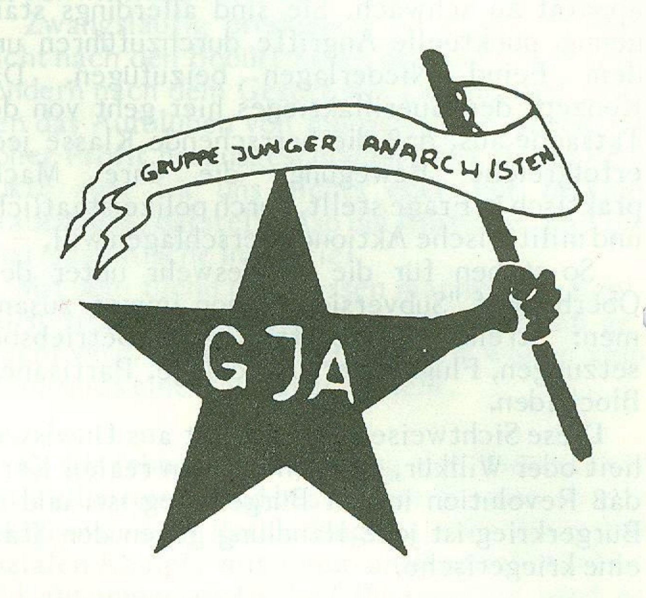
XIII. Wir sagen noch mal klar: unsere Aktionen richten sich niemals gegen das Volk. Ihre Bestimmung ergibt sich aus der Notwendigkeit und dem Bedürfnis heraus, den Kampf um unsere Befreiung zu führen. Allerdings: wir wollen der herrschenden Klasse nicht ins offene Messer rennen und brauchen dafür eine revolutionäre sozialistische Organisation, die in der Lage ist, die konterrevolutionären und faschistischen Angriffe auf den Massenwiderstand abzuwehren und daraus Positionen des Angriffs entwickelt. Angriff ist die beste Verteidigung. Die Frage, ob es besser ist, "sich einfach hinzulegen und zu sterben oder aufzustehen und Widerstand zu leisten" (General Giap, Vietnam), haben wir für uns entschieden, indem wir mit dem Aufbau einer revolutionären sozialistischen Organisation beginnen.
(aus PARTISAN, Nr. 1, Okt. 83, Zeitung der Proletarischen Aktion)



DIE LAGE DER JUGEND

Die Gruppe Junger Anarchisten (GJA) ist ein Zusammenschluß von Schülern, Lehrlingen und Jungarbeitern sowie einigen arbeitslosen Jugendlichen, die aus ihrer perspektivelosen Lage im Kapitalismus bewußt einen revolutionären Ausweg suchen.
Wer mit ihnen Kontakt aufnehmen will, kann sich an die Redaktionsadresse wenden.

Die Lage der Jugendlichen untersuchen wir anhand der Schwerpunkte Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Bildungs und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche, da diese Bereiche wohl die wesentlichsten Lebensbereiche der Jugendlichen sind.



Jugendarbeitslosigkeit

Im Dezember 1982 waren 203 000 Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren offiziell, d.h. bei den Arbeitsämtern registriert, arbeitslos. Wohlgemerkt zwischen 15 und 20 Jahren, die 20 bis 25 jährigen müssen allerdings mitgezählt werden, da sie a) Jugendliche sind und b) etliche über das 20te Lebensjahr hinaus ausgebildet werden. Dies ist die höchste spezifische Arbeitslosenquote. Deshalb wird diese Altersgruppe gern aus den Statistiken über Jugendarbeitslosigkeit rausgelassen. Dieser Staat gibt sich eben gern Jugendfreundlich.

Darüberhinaus nehmen viele Jugendliche an "berufsvorbereitenden Maßnahmen", wie z.B. Berufsgrundbildungsjahr und Berufsfachschulen teil. Mehr als die Hälfte dieser Jugendlichen (bei steigender Tendenz) erhalten anschließend keinen Ausbildungsplatz. Für sie hat dieses zusätzliche Schuljahr lediglich Aufbewahrungsfunktion, im Grunde sind sie Arbeitslos. Dies traf 1982 auf 150 000 Jugendliche zu, die auf diese Weise in den offiziellen Statistiken auch nicht auftauchten.

Dazu kommt diejenige Gruppe der Jugendlichen, die sich keine Arbeitsstelle vermitteln lassen wollen, da sie einen Ausbildungsplatz suchen. Ihre Zahl betrug mit Stichtag 30.9.82 immerhin 360 000. Sie werden nicht als jugendliche Arbeitslose anerkannt, sondern verschwinden in der gesonderten Statistik "Ausbildungsplatzsuchende".
Die Dunkelziffer macht bei vorsichtigster Schätzung mindestens 20 000 Jugendliche aus. Insgesamt ergibt das eine Zahl von über 916 000 arbeitslosen Jugendlichen Ende 1982. Heute liegt die Zahl trotz allem Aufschwungsgeschwätzes noch deutlich darüber.
– registrierte jugendliche Arbeitslose von 15 bis 20 Jahren, Stand Dezember 1982: 203 000
– registrierte jugendliche Arbeitslose von 20 bis 25 Jahren, Stand Dezember 1982: 327 000
– Jugendliche in berufsvorbereitenden Maßnahmen, die nicht mit einem Übergang in ein Ausbildungsverhältnis rechnen können, geschätzt: 150 000
– registrierte unvermittelte Ausbildungsplatzsuchende, Stand vom 30.9.1982: 36 000
– Dunkelziffer, geschätzt: 200 000
– Zusammengenommen ergibt das eine Zahl von 916 000 Jugendlichen.

(Zahlen geklaut aus: Petzold, Schlegel: Qual ohne Wahl / Jugend zwischen Schule und Beruf, Verlag Jugend und Politik, Frankfurt/M 1983)

Arbeitsbedingungen der Jugendlichen

Die Jugendlichen, welche im Arbeitsprozeß stehen, und das ist trotz der hohen Arbeitslosigkeit noch die überwiegende Mehrheit ist im Großen und Ganzen denselben Arbeitsbedingungen unterworfen, wie die Erwachsenen. Etwaige Jugendschutzbestimmungen werden mehr und mehr abgebaut, die Jugendlichen sollen genau so ausbeutbar gemacht werden wie die Erwachsenen. Das bedeutet Lohnabbau, Arbeitshetze, Streß und damit zusammenhängend zunehmende gesundheitliche Vernutzung, primitivste Arbeitsvorgänge an Maschinen oder Bildschirmen wie diesem hier, zunehmende Überwachung und Steuerung der Menschen und damit zunehmende Verunselbständigung am Arbeitsplatz.
Immer öfter kommt es vor, daß Unternehmen Jugendliche als Auszubildende einstellen, um billige Hilfsarbeiter und Handlanger zu haben,

Ausbilden der Jugendlichen ist bei ihnen überhaupt nicht eingeplant. Ein Auszubildender bekommt nun mal weniger Lohn, als ein Hilfsarbeiter.

Schule

In diesem Schulsystem wird nicht aus Interesse, sondern aus Zwang gelernt (Zensuren). Den Kindern und Jugendlichen wird so gleich eingetrichtert, daß sie nicht nach ihren Bedürfnissen und Interessen zu lernen haben, sondern danach, was eine "Autorität" wie Lehrer oder Eltern ihnen befiehlt. Ziel dieses Systems ist es, die Jugendlichen nach ihrer Verwertbarkeit im Produktionsprozeß zu sortieren. Die Einen sollen zu unselbständiger Arbeit, Unterordnung erzogen werden, die anderen zur Verwaltung und Kontrolle. Die Schule ist durch diese Aufteilung in Haupt-, Real- , und Oberschulen am Bedarf der Kapitalisten orientiert. Besonders an Haupt- und Realschulen wird zur Unterwerfung unter gesellschaftliche Normen, zum Untertan erzogen. Gefördert wird die Bereitschaft, das eigene Schicksal anderen, "übergeordneten Instanzen" wie Lehrer, Direktor, Chef, Politiker, zu überlassen.

Denselben Zweck hat auch die Rollenerziehung durch Schulbücher, die von dem Bild des arbeitenden, die Familie ernährenden Mannes und der daheim treusorgenden Frau bestimmt sind. Frauen, die während des Studiums ein Kind bekommen und die sich verpflichten, zehn Jahre lang nicht zu arbeiten, brauchen das BAFÖG auf Kreditbasis nicht zurückzuzahlen. So wird die "deutsche Mutter" wieder zur Norm gemacht.

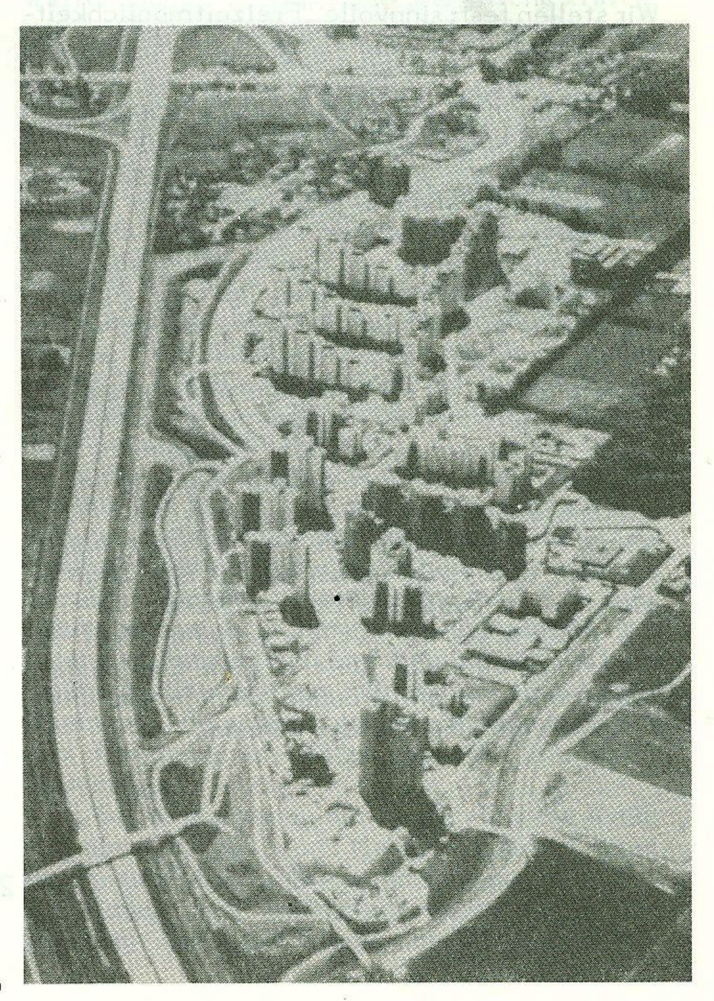
Die ohnehin schon enorme Chancenungleichheit für Jugendliche aus der Unterklasse, wird durch reaktionäre Bildungspolitik noch verschärft.

Rationalisierungen (z.B. Lehrer) und Sparmaßnahmen (z.B. kostenlose Lehrmittel), wie die BaFÖG-Streichung, treffen Jugendliche aus der Unterklasse, da deren Eltern sich Kosten für Unterrichtsmittel und Nachhilfeunterricht nicht leisten können, ganz zu schweigen von den Kosten, wenn der Sohn oder die Tochter drei oder vier Jahre länger zur Schule geht um das Abitur zu machen, statt zu arbeiten. Folge davon ist eine weitere Elitebildung, was ja auch das Ziel deer Bundesregierung ist, man denke nur an die Diskussion über Studiengebühren und Elite- Universitäten. Besonders gefördert werden sollen Naturwissentschaftliche Fächer, während alle anderen zusammengestrichen werden. Demnächst soll die Industrie die Forschung bezahlen (Drittmittelförderung). Den Kapitalinteressen zu dienen: das ist die Freiheit von Forschung und Lehre.

Freizeit und Wohnen

Die Wohnsituation der Jugendlichen ist äußerst schlecht. In Großstädten müssen viele in Wohntrabanten wohnen, das heißt in einer Hochhaussiedlung, wo es in der Regel kaum Grünflächen gibt und nur Beton. Das Wohnen bietet keinen Zusammenhang, im Gegenteil, die Stadtarchitektur ist auf Vereinzelung ausgelegt. Nachbarn kennen sich in der Regel nicht. Auf die Dauer führt eine solche Wohnsituation zur Isolation und zum Aufstau von Aggressionen. Aber auch das Dorf ist nicht die ländliche Idylle. Im Dorf zu wohnen heißt wenig Leute zu treffen. Höchstens in der Freiwilligen Feuerwehr oder ähnlichen Vereinen ist mal was los.

Die Jugendlichen können ihre Wohnsituation auch nur schwer ändern: wegen des geringen Angebotes an billigen Wohnungen und der ohnehin schlechten finanziellen Lage sind viele Jugendliche gezwungen, lange bei den Eltern wohnen zu bleiben. Seelische und sogar körperliche Gewalt in der Familie ist durchaus nicht die Ausnahme; aber was für Möglichkeiten haben die Jugendlichen sich Freiräume zu schaffen, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten? Da fällt einem der ganze Konsumrummel ein, aber nur kaufen und konsumieren ohne selbst etwas zu tun, ohne eigene Kreativität, ist eine "Freizeit" die die Menschen abstumpfen läßt. Die Beschäftigung miteinander wird zum Geschäft gemacht. Die Kommunikationsformen werden vom Kapital bestimmt. Um ein gutes Geschäft zu machen, werden Konsumzwang und Isolierung gewaltsam durchgesetzt. In Einkaufspassagen überwachen Kameras und uniformierte Wärter den reibungslosen Ablauf. Rumsitzen, reden wird nur geduldet, wenn es nicht den Umsatz schädigt. Das Bild ganzer Stadtteile wird vom Profitinteresse einiger weniger bestimmt. Stadtplanung ist auch ein Thema für das BKA: es entwickelt Vor-



stellungen, wie sich Kriminalität durch die Bauweise von Städten lenken läßt. Aber es wird auch ohne Abriss und Neubau kontrolliert. Kontaktbereichsbeamte, Streifen und Streifenwagen haben die Aufgbe Unruhe und Widerstand schon im Keim zu ersticken.
Wenn das die Peitsche ist, dann sollen die "Freizeitangebote" wohl das Zuckerbrot sein. Kino und Videofilme bestehn oft auch nur aus Gewalt und Brutalitäten. Musikhören, z.B. Konzerte kostet ziemlich viel Geld und wer selbst Musik machen will, findet kaum Übungsräume, geschweige denn eine Möglichkeit aufzutreten. Viele Jugendliche sind in Sportvereinen, aber auf die Dauer kotzen die meisten Vereine einen aber auch an, weil es nicht um den Spaß am Sport geht, sondern um Leistung. Nur die Guten finden Beachtung und dafür darf man dann noch Beiträge zahlen. Will man abends mal was machen und dabei kein Geld ausgeben kann man lange suchen und landet dann doch wieder in der Kneipe beim Bier. Denn "ohne Moos nix los"!

Immerhin gibt es einige Häuser der Jugend und Jugendzentren. Doch erstens sind es zu wenig, und zweitens sind ihre Freizeiangeote auch nicht doll, weil die staatliche Förderung immer mehr eingeschränkt wird. Außerdem kann man hier nicht machen was man will, weil die meisten HdJs eng mit der Polizei zusammenarbeiten. Diese hat ungehinderten Zugang um Leute zu greifen. Autonome Jugendzentren, d.h. von den Jugendlichen selbstverwaltete Einrichtungen, werden vom Staat unterdrückt, weil sie nicht geeignet sind die Jugendlichen zu kontrollieren.
Wir stellen fest: sinnvolle "Freizeitmöglichkeiten", die uns kein Geld kosten, gibt es fast gar nicht.
Die Situation für die ausländischen Jugendlichen ist noch schlechter. Viele dürfen gar nicht erst in die BRD einreisen aufgrund der Zuzugssperre für Kinder. Sind sie hier und finden keine Ausbildung oder Arbeit werden sie rausgeworfen. In der Schule Sprüche und Benachteiligung durch fehlende Deutschkenntnisse. Bei der Arbeitsplatzsuche treffen sie auf viele Unternehmen die nur Deutsche beschäftigen wollen. In Heimen und Knästen wird die Gewaltstrategie die draußen gefahren wird noch verschärft. Die Leute können vor allem nicht entkommen, ausweichen: hier soll ihnen gezeigt werden, daß es kein Entrinnen gibt, daß sie nur dann nicht fertig gemacht werden wenn sie sich draussen anpassen. Wer dazu nicht bereit oder in der Lage ist wird seelisch und körperlich zerrieben.
Die Psychiatrie ist nur ein anderes Wort für Knast, hat aber das gleiche Ziel. Das System sperrt alle ein die draußen nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden können.

Perspektive

Die Jugendlichen reagieren auf ihre hoffnungslose Situation auf die unterschiedlichste Art und Weise. Der Alkohol- und Drogenkonsum steigt, es gibt immer mehr Jugendliche, die davon abhängig werden. Die religiösen Sekten haben Hochkonjunktur. All dies ist ein Zeichen zunehmender Resignation, genau wie der Rückzug ins "Privatleben". Viele Jugendliche gehen zu den Faschisten. Die rechtsradikalen Gruppen benutzen die vom Staat geförderte Ausländerfeindlichkeit, um Jugendliche anzuwerben. Sie bieten eine falsche und unmenschliche Perspektive an, die den Jugendlichen eine Erklärungsmöglichkeit für ihre eigene schlechte Lage bietet ("Ausländer raus, dann ist für uns Deutsche alles in Butter!"). Ausserdem ist damit eine Aufwertung ihrer eigenen Person als Deutscher verbunden. Aus diesen Gründen heraus sind Jugendliche bereit, auf Ausländer einzuschlagen und den Firlefanz der rechtsradikalen Gruppen mitzumachen und sich für deren Ziele benutzen zu lassen.
Andere Jugendliche tun sich zusammen, bilden Gruppen. Streetgangs geben den Einzelnen Sicherheit. Man gehört dazu, wird von anderen anerkannt. In Hamburg haben die Größten dieser Gangs ein Schutzbündnis gegen faschistische Skinheads beschlossen. Die meisten Gangs sind gegen Skins, weil in ihnen nicht nur Deutsche sind, sondern genauso Ausländer mitmachen. Es ist wichtig solche Gangs als Selbstorganisation zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam z.B. gegen Faschisten zu kämpfen.
Wo die Reaktion der Jugendlichen politisch ausfällt, ist sie perspektivlos. Die Kämpfe richten sich nicht gegen die Ursache der Situation, den Kapitalismus, sondern nur gegen Folgen des Kapitalismus. Der Kapitalismus wird nicht als solcher angegriffen, sondern nur Teilaspekte wie z.B. bei der Anti- Akw- und Friedensbewegung. Solange diese Bewegungen nicht den Kapitalismus generell angreifen sind sie zum Scheitern verurteilt.
Unsere Aufgabe als Revolutionäre muß es sein, den Jugendlichen ihre Lage bewußt zu machen und ihnen eine Perspektive aufzuzeigen. Diese Perspektive kann nur der Sozialismus sein. Die Jugendlichen müssen sich organisieren zum gemeinsamen Kampf gegen die Ursachen ihrer Situation, gegen den Kapitlismus und für den Sozialismus!
Zur Zeit sind die Revolutionäre unter den Jugendlichen eine Minderheit. Sie müßen gemeinsam eine revolutionäre Jugendorganisation aufbauen, die in der Lage ist Jugendliche für einen revolutionären Kampf zu gewinnen. Diese Organisation muß für die Jugendlichen einen Alternative zu den Streetgangs und faschistischen Gruppen sein.
fr + vo von der GJA

Einige Anmerkungen

Wenn es ein dialektisches Verhältnis von Form und Inhalt gibt, dann bei den Mitgliedern und politischen Äußerungen der Marxistischen Gruppe - so oder ähnlich könnte man diese Polemik im Ergebnis zusammenfassen.

zur Marxistischen Gruppe

Vorbemerkung:

Um einigen zu erwartenden Mißverständnissen nach dem Lesen des folgenden Artikels zuvorzukommen, möchten wir darauf hinweisen, daß es sich hierbei nicht etwa um eine „Analyse"der politischen Inhalte der Marxistischen Gruppe zu der einen oder anderen Frage handelt, sondern um den Versuch, ein politisches Phänomen anhand seiner Form für uns begreifbar zu machen.
Ob wir von der Form,die wir, wie später ausgeführt,für verräterisch halten, auf den Inhalt der MG-Politik richtig geschlossen haben, wird noch herauszufinden sein. Hinweise darauf, daß eine „inhaltliche Kritik" fehle, können also getrost unterbleiben.
Interessanter ist, daß wir zu manchen politischen Aussagen der MG keine Widersprüche haben aber gerade wir libertären wissen, daß es nicht allein darauf ankommt, ob etwas richtig ist, sondern das es ebensosehr (wenn nicht mehr) darauf ankommt, wer etwas aus welchen Beweggründen sagt.
Wir denken, daß wir diese Beweggründe der Angehörigen der Marxistischen Gruppen im folgenden Artikel erklären können.



Einleitung

1. "Wenn a, dann a" – dieser Satz aus der formalen Logik ist richtig, weil er wahr ist.
2. "Wo nuscht is, is nuscht!" (ostpreußische Mundart, auf hochdeutsch: "Wo nichts ist, ist nichts!") – dieser Satz aus der Bundeswehrlogik eines Hauptfeldwebels ist richtig, weil er wahr ist.l 3. "Wenn die MG recht hat, dann hat sie recht!" dieser Satz aus der politischen Logik ist richtig, weil die MG da ist.

Hauptteil:

Warum schreiben wir einen Artikel über die MG?

Nun, diese politische Gruppierung ist in den letzten Jahren sprunghaft gewachsen. Die MG mobilisierte am 17. Juni 1983 "etwa 15 000 Teilnehmer" (Bonner Generalanzeiger vom 18.06.83) nach Bonn – zu einer Demonstration gegen den "Tag der deutschen Einheit".

Wir könnten es uns jetzt leichtmachen – nämlich mit kritischem Nachdenken über die MG einfach aufhören! Die Revisionisten (DKP, Jusos, SHB usw.), Grüne, Spontis, aber auch Teile der antiimperialistischen und anarchistischen Bewegung machen sich das so einfach: "Die MG wird vom Verfassungsschutz gesteuert – basta!" Und damit stimmt die jeweilige heile, bornierte und materialistisch falsche Weltvorstellung 'mal wieder! Das machen wir nun gerade nicht!
Also, was macht die MG?
Die MG verteilt auf den Universitäten und an Schulen regelmäßig jede Semesterwoche Flugblätter, zumeist 4- 6 kleingedruckte, bebilderte Seiten stark. Diese Flugblätter enthalten kritische Kommentare zum Weltgeschehen bzw. zu dem, was auf der Universität gelehrt wird.
Das erste, was beim Lesen der MG-Schriften ins Auge fällt, ist der Sprachstil – es folgt eine Kostprobe davon: "WAS WILL KOHL IN MOSKAU?" "Gut Wetter machen!" lautet die offizielle, regierungsamtliche Antwort, die das freie westdeutsche Pressewesen pflichteifrig nachbetet. Keineswegs "nur" die Raketen-"Frage"; auch gute Wirtschaftsbeziehungen; gewiß auch das Aussiedler-"Problem"; aber auf alle Fälle: "Helmut Kohl fährt mit den besten Absichten und mit viel gutem Willen nach Moskau."

Nun hat es mit den "besten Absichten" deutscher Kanzler auf Besuchsfahrt beim sowjetischen Hauptfeind seit jeher seine besondere Bewandtnis. Als vor drei Jahren der Entdecker der westeuropäischen "Raketen- lücke", Helmut Schmidt, voll guten Willens zum Obergenossen Breschnew reiste, um nach dem Olympiaboykott des Westens "den Gesprächsfaden nicht völlig abreißen zu lassen", da hatte seine "Verständigungsmission" nur einen Inhalt. Den sowjetischen Führern wurde "die Geschlossenheit" der NATO "verdolmetscht" und ihre fraglose Entschlossenheit, die Sowjetunion für ihre Weltpolitik zu "bestrafen" und vor die Alternative: Selbstentwaffnung oder Totrüsten! zu stellen. Ein "verständigungsbereiter" westdeutscher Kanzler war zu dieser Klarstellung deswegen so prädestiniert, weil die andere Seite auf die westdeutsche "Verständigungsbereitschaft" so große Stücke hielt – um so mehr mußte westdeutsche Intrasigenz sie beeindrucken" (Hamburger Hochschulzeitung, Nr. 89 / 5. Juli 1983 (5. Jg.), Seite 1).
Na, liebe Leserin, lieber Leser – habt ihr das nach dem ersten Durchlesen sogleich begriffen?



Eure Antwort darauf wird gewiß "Nein!" lauten. Es fällt auf, daß man/frau mit einmaligem Leser nicht auskommt, man/frau muß mehrmals lesen und gedanklich in verständliches Deutsch übersetzen, um zu begreifen, was da inhaltlich steht! Begriffe, die den Satzreihen ihr typisches Aussehen geben ("pflichteifrig – keineswegs – nur – auch – gewiß auch – aber auf alle Fälle – nun – seit jeher – besondere Bewandtnis – voll guten Willens usw.) rufen im Gehirn einen "Plätschereffekt", einen "Einlulleffekt" hervor und täuschen über die Plattheit und Fehler in den Sätzen hinweg.

Dieser Sprachstil ist von einem "normalen" Menschen nur verschwommen zu begreifen und ist dadurch auch in verschiedene Richtungen interpretierbar. Die Sprache der MG ist abgehoben. Man/frau kann die MG-Sprache mit der Fachidiotensprache vieler wissen- schaftlicher Veröffentlichungen vergleichen, weil diese Sprache auch nur nach mehrmaligem Lesen und der Hilfe von Wörterbüchern zu begreifen ist.

Als die MG vor der letzten Bundestagswahl auf der Straße Flugblätter mit Argumenten gegen eine Wahlbeteiligung verteilte, warfen die meisten Passanten diese Flugblätter nach kurzem Anlesen wieder weg – unserer Meinung nach nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen des Sprachstils!

Auf diesen Sprachstil hin angesprochen sagten uns Mitglieder der MG sinngemäß folgendes: "Unser Sprachstil ist richtig und verständlich. Es geht von der Wortwahl her nicht einfacher, die kritik am Weltgeschehen so auszudrücken, wie wir es eben ausdrücken! Wir sehen deshalb keinen Grund, unseren Sprachstil zu ändern. Außerdem ist unser Sprachstil derjenige von Karl Marx!"
Nun, das war ja immerhin etwas – also ran an die dunkelblauen Bände – schlag' nach bei Marx und Engels!
Hm ... Marx und Engels schneiden in Sprachstil und Logik eindeutig besser im Vergleich zur MG ab, was die Verständlichkeit betrifft. Als wir die dunkelblauen Bände schon wieder aufs Bücherregal stellen wollten – für uns war das Ergebnis unserer Suche sehr mager und unbefriedigend – da fanden wir doch noch etwas! Und da sprang es uns spontan wie Schuppen von den Augen – das, nur das kann, ja das muß die Wurzel für den Sprachstil und die Logik der MG sein:



"Der Herr, der schickt den Jochem aus,
Er sollt´ den Hafer schneiden,
Der Jochem scheidt den Hafer nicht
Und kommt auch nicht nach Haus.

Da schickt der Herr den Pudel aus,
Er sollt´ den Jochem beißen.
Der Pudel beißt den Jochem nicht,
Der Jochem scheidt den Hafer nicht
Und kommen nicht nach Haus.

Da schickt der Herr den Prügel aus,
Er sollt´ den Pudel prügeln.
Der Prügel prügelt den Pudel nicht,
Der Pudel beißt den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt den Hafer nicht
Und kommen nicht nach Haus.

Da schickt der Herr das Feuer aus,
Es sollt´ den Prügel brennen.
Das Feuer brennt den Prügel nicht,
Der Prügel prügelt Pudel nicht,
Der Pudel beißt den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt den Hafer nicht
Und kommen nicht nach Haus.

Da schickt der Herr das Wasser aus,
Es sollt´ das Feuer löschen.
Das Wasser löscht das Feuer nicht,
Das Feuer brennt den Prügel nicht,
Der Prügel prügelt Pudel nicht,
Der Pudel beißt den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt den Hafer nicht
Und kommen nicht nach Haus.

Da schickt der Herr den Ochsen aus,
Er sollt das Wasser saufen.
Der Ochse säuft das Wasser nicht,
Das Wasser löscht das Feuer nicht,
Das Feuer brennt den Prügel nicht,
Der Prügel prügelt Pudel nicht,
Der Pudel beißt den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt den Hafer nicht
Und kommt auch nicht nach Haus.

Da schickt der Herr den Schlächter aus,
Er sollt´ den Ochsen schlachten.
Der Schlächter schlacht´t den Ochsen nicht,
Der Ochse säuft das Wasser nicht,
Das Wasser löscht das Feuer nicht,
Das Feuer brennt den Prügel nicht,
Der Prügel prügelt Pudel nicht,
Der Pudel beißt den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt den Hafer nicht
Und kommen nicht nach Haus.

Da schickt der Herr den Henker aus,
Er sollt´ den Schlächter henken.
Der Henker hängt den Schlächter,
Der Schlächter schlacht´t den Ochsen,
Der Ochse säuft das Wasser,
Das Wasser löscht das Feuer,
Das Feuer brennt den Prügel,
Der Prügel prügelt Pudel,
Der Pudel beißt den Jochem,
Der Jochem schneidt den Hafer,
Und kommen all nach Haus."

(MEW 3, S. 118/119).

Doch unsere spontane Erkenntnis stellte sich als falsch heraus: Denn dieses Gedicht auf die "Antilogik", mit dem Marx und Engels die Logik von Max Stirner verspotten, ist logisch und witzig – die Satzreihen der MG-Schriften verschwimmen im Vergleich dazu und rufen im Gehirn Effekte der Unlogik hervor.
Während Marx und Engels die Stilmittel der Ironie und der Polemik zur Verdeutlichung gehaltvoller Aussagen einsetzen, kopiert die MG diese Stilmittel ohne den Bezug zu ihrem Inhalt. Das mag für manche Studenten amüsant sein – aber wo wenig Inhalt ist, gibt es auch wenig zu verdeutlichen und der Stil verkommt zur leeren Hülse. Darum ist es auch nicht weiter verwunderlich daß die MG sehr viele Schulungen veranstalten muß, in denen dann erklärt wird, wie die eigenen Texte "richtig" zu interpretieren sind und daß dort die vielen "Mißverständlichkeiten" beseitigt werden sollen.
Menschlich ätzend und abstoßend wirken auch auf uns die meisten MG-Mitglieder:
Sie haben einen aufdringlichen Diskussionsstil, der mit dem Sprachstil noch dazu auf den Wecker fällt und nervt, sie haben ein abstoßendes Sendungsbewußtsein (nur die MG hat recht!). Sie haben das nörgelnde Gehabe eines Spießbürgers an sich, als passende Äußerlichkeit dazu tragen sie auch noch oft spießbürgerliche bzw. schickeriaähnliche Kleidung. Man/frau sollte die Diskussions-veranstaltungen (Teach-ins) der MG miterlebt haben bzw. miterleben – es läuft im wesentlichen immer folgendes Schema ab: In Diskussionen ist die MG un(an)greifbar, weil sie einerseits von Gegnern verlangt, auf die MG-Sprache einzugehen und bei Unwillen oder Unvermögen des Gegners dazu ist dann keine Auseinandersetzung mehr möglich. Anderseits geht die MG auf ernsthafte inhaltliche Kritiken nicht ein, sondern leiert nur ihr bereits Gesagtes als Entgegnung herunter.
MG-Sprecher trinken während ihrer Teach-ins meistens sehr viel Bier – vielleicht läßt sich der verschwommene MG-Sprachstil besser lallen als nüchtern vortragen – das kann, wer will, gerne untersuchen.
Positiv ist festzuhalten, daß sich die MG ernsthaft um richtige Analysen bemüht – es ist eine gewaltige Fleißarbeit geleistet worden – und das schlägt sich auch in manchen MG-Schriften nieder. Diese befriedigen allerdings höchstens Wissensdurst und Wissenschaftsgläubigkeit von Studenten, die viel Zeit zum Lesen dieser sprachlichen Zumutungen haben und keine – praktischen – Konsequenzen ziehen wollen.
Ihre politisch-praktische Abstinenz schlägt sich sowohl in ihren Analysen wie auch in ihren Schriften nieder. Das ist "Elfenbeinturm-Wissenschaft"! Es kommt aber darauf an, "die Welt nicht nur zu interpretieren sondern zu verändern", und das setzt ein handlungsorientiertes Erkenntnisinteresse voraus. Dabei geht es dann nicht darum, die Weltgeschichte zu kommen-

tieren und verbalradikal die Fahnen der Revolution hochzuhalten, sondern aus der Analyse der konkreten Situation und (Handlungs-)Möglichkeiten die nächsten Schritte zu entwickeln, die uns unserem Ziel näherbringen. Durch die einseitige Fixierung auf "Agitation" und die Negierung von "Praxis" ist der MG dies jedoch nicht möglich und ihre "Analysen" enden in zynischen "Kommentaren".

Die MG tritt mit dem Anspruch auf, die marxistische Theorie zu vervollkommnen mit dem Ziel, sie abzuschließen – um sie dann zu haben ("Denn was du schwarz auf weiß besitzt, kannst du getrost nach Hause tragen").

Die MG-Theoretiker Fertl, Ebel und Held (die MG ist übrigens in Bayern (München, Universität) entstanden) haben ihren persönlichen Sprachstil ihren Anhängern aufgezwungen – MG-Mitglieder, die diese Zumutung als verständlichen Sprachstil verteidigen, zeigen ähnliche Merkmale wie Menschen nach einer Gehirnwäsche! Dieser persönliche Drang von Fertl, Ebel und Held zur geistigen Wichserei ist nichts besonderes – das kann fast jede(r)! Das besondere daran ist, daß die MG-Anhänger diese Ergüsse vervielfältigen und verbreiten. Alle MG-Sprecher tragen auf ihren Veranstaltungen ein jeweiliges Thema mit einer auffälligen Empörung vor – diese Empörung wirkt auf uns jedoch irgendwie künstlich und aufgesetzt, verkrampft und verklemmt. Es nützt wirklich nichts, sich über die unzähligen Schweinereien im Weltgeschehen aufzuregen und zu erzählen, daß alles noch viel schlimmer sei, als man/frau bisher schon angenommen habe. Das verursacht höchstens Magenkrämpfe – weiter nichts!

Die Arroganz der MG ist in folgenden Zeilen besonders auffällig: "Die vorliegende Analyse unterscheidet sich erheblich von den Schriften, die seit einem Jahrzent als Beitrag zur "Staatsableitungsdebatte" erscheinen. Sie IST nämlich die Staatsableitung, beendet also jene unselige Debatte für all diejenigen, die ein Interesse an der Erklärung des Staates haben, weil sie objektives Wissen brauchen über Grund, Zweck und Verlaufsformen der politischen Herrschaft im Kapitalismus (AK, Resultate der Arbeitskonferenz, 6. Jg., Nr. 3, Mai 79, Der bürgerliche Staat, S. 5 oben).

Das Ende der Faszination, wie es für gewisse Elemente aus Sätzen wie dem soeben Zitierten spricht, ist dann erreicht, wenn die Anhänger der MG begreifen, daß der Besitz der Wahrheit nicht ausreicht, die Welt zu ändern und daß es das Wissen um den unmittelbar anstehenden nächsten Schritt ist, was der Fortbewegung dient. Daß die MG-Mitglieder das merken werden, wird spätestens dann eintreten, wenn die MG versuchen sollte, ihre "abgeschlossene" Theorie in die politische Praxis zu übertragen.

Wie bei jeder Theorie ist auch bei der endgültig wahren Theorie der MG die Übertragung in die Praxis allein eine Sache verschiedener Interpretationsmöglichkeiten, verschiedener praktischer Umsetzungen. An den Widersprüchen zwischen der "theoretisch gelungenen Lösung" aller Probleme und mangelndem praktischen Erfolg wird die Führung der MG vermutlich scheitern. Erfolg, Sieg im Klassenkampf, ist eben kein theoretisches, sondern ein letztlich praktisches Problem.

MG-Mitglieder wirken auf Demonstrationen wie verhärmte Kleinbürger ohne irgendeine erkennbare Persönlichkeit – im Unterschied dazu konnte man/frau bei früheren Wissenschaftlern "neo-marxistischer" Richtung (z.B. die Frankfurter Schule), die niemals den goldenen Käfig der Wissenschaftlichkeit verließen, manchmal noch so etwas wie eine eigene Persönlichkeit feststellen. MG- Mitglieder absolvieren gezwungenermaßen (ein Gebot eigener Theorie) ihre Demonstrationen und scheinen überhaupt nicht dahinterzustehen.

Den Massenauftrieb der eigenen Basis (fast ausschließlich Akademiker und akademischer Nachwuchs, viele aus begüterten Familien – Dr. Herbert Ludwig Fertl soll Erbe einer Bierbrauerei sein) schafft die MG dadurch, daß sie einen Rahmen anbietet, der den Demonstrationsteilnehmern die Angst vor der ungewohnten Kampfform nimmt: Der vorschriftsmäßige Ablauf einer Demo wird garantiert ("Aufstellung – Abmarsch – Schlußkundgebung"), die Individuen dabei aber entpersönlicht. So erschienen die Reaktionen der Teilnehmer an der Bonn- Demo am 17. Juni 1983 als automatenhaft und einstudiert. Zur Befriedigung der Sicherheitsbedürfnisse diente auch eine Uniformität der MG-Mitglieder: Sie waren leicht an ihren Deppenkappen, Sonnenbrillen und Trenchcoats zu erkennen. In diesem Zusammenhang wäre es sicher auch interessant gewesen, die MG ´mal in direkter Konfrontation mit dem Klassenfeind zu erleben.

Warum beschäftigen wir uns überhaupt mit der MG, wenn wir sie so überwiegend negativ sehen?

Die MG hat sich mittlerweile zu einer der weitaus stärksten (vom Anspruch her) linken



Gruppen entwickelt. An manchen Universitäten kommt man/frau an ihr nicht mehr vorbei — sie wirkt auf dem Uni-Gebiet sogar als belebend, wenn man/frau den politischen Totentanz als Vergleich dazu heranzieht, den alle "linken" Stundentenorganisationen seit dem SDS im wesentlichen betrieben und betreiben. Das alles könnte uns egal sein, wenn wir uns nicht darüber im Klaren wären, daß die Arbeiterklasse nur siegen kann, wenn sie Bündnispartner bei der Intelligenz hat, die mit ihr zusammenarbeiten, die "Dem Volke dienen".

Die Unterordnung ihrer bürgerlichen Existenz und ihrer bürgerlichen Interessen unter die Notwendigkeiten einer revolutionären Politik wird aber nicht dadurch gewährleistet, daß es ab und an ein Lippenbekenntnis zum "Klassenkampf" zu hören und zu lesen gibt, oder daß es durchaus den einen oder anderen bewußt revolutionär Denkenden unter der Intelligenz gibt, sondern dies wird durch den ständigen ideologischen Kampf der Arbeiterorganisationen gegen die zur Führung strebende Schicht der intelligenz gewährleistet.

Intellektuelle sind keine revolutionäre Klasse, weder für sich noch an sich. Sie werden revolutionär. Sie werden revolutionär, indem sie die (objektive) Notwendigkeit der Revolution erkennen und in eine eigene wissenschaftliche und politische Praxis umsetzen. Das schließt die Bestimmung der eigenen Rolle im Klassenkampf ein. Aber genau das tut die MG mit ihrer politisch-praktischen Abstinenz nicht.

So gesehen, ist die MG natürlich keine revolutionäre Organisation, sondern eine Art Standesvertretung wortradikal gesinnter Akademiker, die versuchen, eine bürgerliche Existenz und Identität mit ihren revolutionären Ideen zu verbinden.

In ihren Chancen auf eine standesgemäße Karriere innerhalb des kapitalistischen Systems durch das Überangebot an Akademikern bedroht, kommen sie bei der Suche nach den Ursachen dafür auf revolutionäre Ideen, welche ihnen gleichzeitig die phantastische Möglichkeit aufscheinen lassen, eine ihren angeblichen Fähigkeiten und realen Bedürfnissen entsprechende Stellung in Revolution und Kommunismus zu finden: Als "Arbeiterführer", als Funktionär und Bürokrat!

Revolutionäre "Funktionen" können Intellektuelle aber nur und genau dann ausfüllen, wenn ihre Stellung von der Erfüllung ihrer "Aufgaben" abhängig ist. Sie müssen in der Lage <u>und</u> davon abhängig sein, daß sie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Massen beitragen. Sie können diese Bedürfnisse nicht selbst definieren! "Aufklärung" ist in diesem Zusammenhang nichts anderes als "erkennen, analysieren und formulieren" — weder lamentieren noch die abgehobene Lehre von Dogmen. Also müssen die Strukturen, in denen Intellektuelle arbeiten so beschaffen sein, daß sie austauschbar sind.

Demgegenüber seint die MG zu glauben, daß sie den "unverzichtbaren intellektuellen Kader" bilde, der nicht von den Massen kontrolliert werden könne, sondern sich selbst im Sinne der Massen kontrolliere, wie Münchhausen sich selbst am eigenen Schopf aus dem Sumpf herausgezogen hat.

Diese Abgehobenheit ist auch der Grund für die Falschheit ihrer spärlichen "Handlungsanweisungen". So empfiehlt die MG den Arbeitern "Klassenkampf" zu betreiben und aus dem DGB auszutreten.

Diese Austrittsempfehlung der MG wäre durchaus richtig, wenn es eine revolutionäre Gewerkschaft gäbe — aber die gibt es nun ´mal nicht: Deshalb ist die Austrittsempfehlung der MG ganz einfach zu platt!

Wir empfehlen, formell in der Gewerkschaft zu bleiben, allein schon aus Rechtsschutzgründen, was wenigstens den Vorteil hat, daß das wenige Geld, das man/frau verdient, in juristischen Streitfällen bei Arbeitsgerichtsprozessen nicht noch weniger wird. Aber die meisten MG-Mitglieder haben wohl nicht diese "kleinlichen" Geldsorgen — sie sind darüber erhaben, eben weil sie Geld haben!

Wir empfehlen gleichzeitig den Aufbau revolutionärer Gewerkschaften und das Herantragen dieser Sache an die Kolleg(inn)en, indem man/frau dafür geschickt Propaganda macht — denn die Masse des etwas klassenbewußten Proletariats ist nun ´mal im DGB organisiert! Mit wem sollen wir denn reden, wenn nicht mit ihnen?

Wir wissen, daß der DGB der geschichtliche Nachfolger der Deutschen Arbeitsfront (DAF) unter den Nazis ist, was die hierarchischen Funktionsabläufe innerhalb der Gewerkschaft betrifft. Über den innergewerkschaftlichen Kampf gegen die DGB-Führung machen wir uns nicht die geringsten Illusionen, da stimmen wir mit der MG überein: Denn im Ernstfall (Generalstreik von unten z.B.) würden die DGB-Führer keine Sekunde zögern, Polizei und Militär gegen die Gewerkschaftsbasis einzusetzen.

Es ist hier ähnlich wie die Wechselbeziehung von legalem und illegalem Handeln, was die Gesamtheit revolutionären Handelns ausmacht (s. z.B. die Revolutionären Zellen): Wenn man/frau eine Seite davon vernachlässigt bzw. ganz fallen läßt, dann fällt man/frau auf den Bauch bzw. vesauert wie die MG im eigenen Mist, weil diese gutgemeinte, konsequente Austrittsempfehlung den angesprochenen DGB-Mitgliedern keine Perspektive anbietet. Da zündet dann selbst das Argument nicht, daß der DGB alles <u>gegen</u> seine Mitglieder und <u>nichts</u> für sie tue — was ja stimmt!

Auch die ernsthaft vorgetragene These, daß die Arbeiter froh sein sollten, wenn die Kapitalisten ihnen sämtliche Rechte nehmen würden, die sie sich im Laufe der Zeit erkämpft hätten,

weil sich doch ohne Rechte als Ballast viel besser kämpfen ließe (so z.B. auf einer Veranstaltung in Hamburg zu den Entlassungen der HDW geäußert), ist sehr verhängnisvoll! Dieser Wunch der MG scheint uns weniger eine rein akademische Gedankenspielerei an der gesellschaftlichen Realität vorbei zu sein als vielmehr der verborgene Wunsch, über die bewußtlose Revolte geknechteter und entrechteter Proletarier, die "nichts mehr als ihre Ketten zu verlieren haben", an die Macht gespült zu werden.

Auch hier vermischt sich wieder richtiges mit falschem bei ihnen. Die richtige Auffassung nämlich, daß sie als Intelligenz kaum den Klassenkampf führen können (jedenfalls nicht den des Proletariats) mit der falschen Auffassung, daß es dem Proletariat irgendetwas nützen könnte, sich nicht gewerkschaftlich zu organisieren und den Kampf ums tägliche Brot zu führen. Dies erinnert ganz stark an die von einigen vertretene Ansicht, daß der Kampf immer leichter werde, je schlechter es den Menschen gehe – zur Zeit des Nationalsozialismus müßte es demnach geradezu eine Hochblüte des Klassenkampfes gegeben haben! Wer so den Faschismus herbeizusehnen scheint, weiß entweder nichts von dessen Schrecken – oder er meint, davon nicht betroffen zu sein!

Zusammenfassung:

1. In den Frühschriften benutzte die MG das "Stilmittel der Ironie" (MSZ, Marxistische Studenten Zeitung, Nachdruck aus dem 1. Jahrgang, (Nr. 1-7), S. 15 oben).
Dieses Stilmittel der Ironie hat sich im laufe der Jahre vom formalen Mittel zum hauptsächlichen Inhalt gewandelt - und zwar so sehr verwandelt, daß von der Ironie fast nichts mehr übrig geblieben ist, sondern eine gewaltige Verbissenheit und ätzender Zynismus aus den heutigen MG-Schriften spricht, nachdem man/frau sich die Mühe gemacht hat, das "MG-Deutsch" ins "Normaldeutsch" zu übersetzen und zu deuten. Dies alles ist Selbstzweck und Basis eines praxislosen Denkansatzes - ein Ergebnis intellektueller Inzucht, wo der Wunsch nach einer bürgerlichen Existenz, verbunden mit intellektueller Langeweile, mit Gedankenspielereien befriedigt wurden.

2. Die Klassenlage der meisten MG-Mitglieder hat diese Tendenz begünstigt und dies könnte durchaus die von uns oben angedeuteten Folgen (neue Schicht von Bürokratie) für die Arbeiterbewegung haben.

3. Revolutionäre Praxis bringt für Intellektuelle immer zunächst auch eine Identitätskrise mit sich, die nur durch ihr Eingeständnis konstruktiv zu bewältigen ist. Die Gefahr, die von der MG ausgeht, ist die Illusion die sie in Teilen der Studenten- und Akademikerschaft verbreitet. Die Illusion, daß die erkannten Widersprüche des kapitalismus ohne Verlust von bürgerlicher Identität und Existenz zu lösen sei.
Die Sackgasse auf die sie orientiert, ist deshalb subjektiv attraktiv.

4. Die MG muß an ihren Widersprüchen zugrundegehen, falls sie ernsthaft den Versuch politischer Praxis wagen sollte. Damit meinen wir das objektiv politische Scheitern – subjektiv werden sie auf Veranstaltungen und in kneipen sich noch lange weiter und ernsthaft die Köpfe heißreden, die als Ausgleich durch "Bölkstoff" gekühlt werden und wodurch gleichzeitig verbrauchte Diskussionsenergien wieder aufgefrischt werden – was ein Glück! (Bölkstoff, auch "Flaschenbier" genannt, s. Werner (Alles klar?) von Brösel, S. 23 und S. 56).
Diese (Stammtisch-)Diskussionen geben den MG-Mitgliedern allerdings einen kollektiven Zusammenhalt, der doch relativ stark ist.

Schluß

Wie verhalten wir uns nun zur MG?
Da Teile der MG wegen o.g. Widersprüche diese politische Gruppe zwangsläufig verlassen werden, sind wir durchaus bereit, das Bündnis mit den potenziell revolutionär gesinnten Fraktionen dieses Loslösungsprozesses zu suchen – die übrige MG kann von uns aus getrost im eigenen Saft weiter vor sich hinschmoren.

Nachtrag:

Die MG hat für ihre Arroganz und Rechthaberei schon eine gerechte Strafe erhalten:
Sie hat seit einiger Zeit einen siamesischen Zwilling - die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)!
Die TLD (meistens 2 bis 3, manchmal 5 bis 7 Personen stark) taucht auf den Veranstaltungen und Demos der MG ständig auf und versucht mit langandauernden Monologen, die MG-Mitglieder von ihrem wahren trotzkistischen Kommunismus zu überzeugen und sie zur Diskussion mit ihnen zu bewegen. Das Argument der MG, daß sie keinen Bock auf Diskussionen mit der TLD habe, beeindruckt die TLD-Mitglieder nicht im geringsten: Sie plappern munter weiter auf die MG-Mitglieder ein! Da sind dann selbst die härtesten und diskutierfreudigsten MG -Mitglieder sprachlos!
Die TLD ist der MG zu einer ständigen Plage geworden - und das gönnen wir der MG nun wirklich!

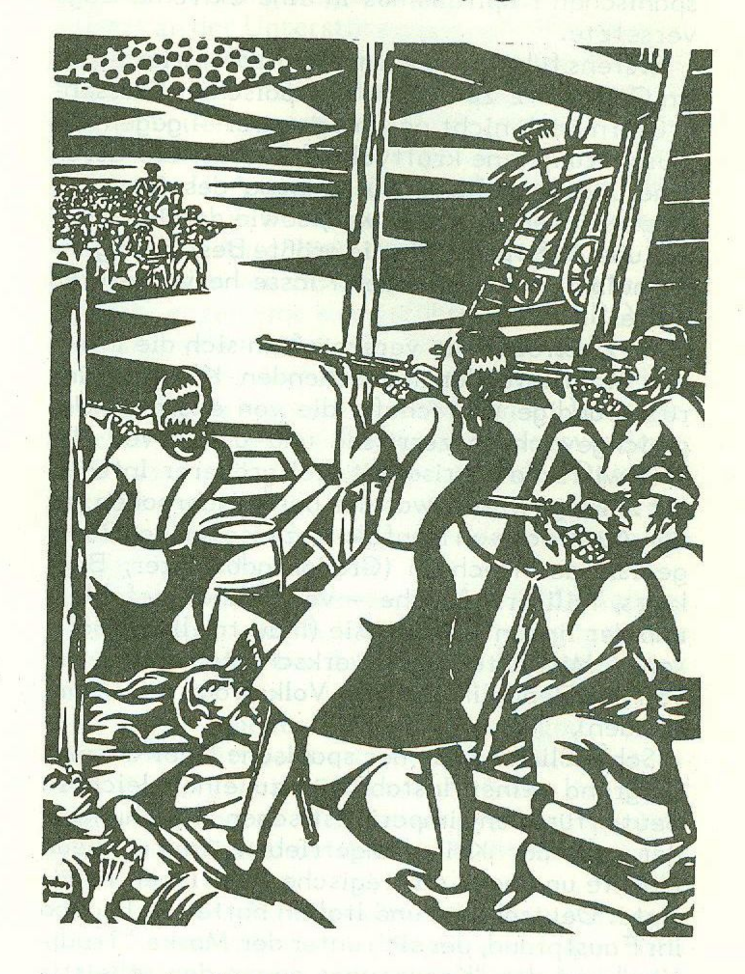


Der Mythos der anarchistischen Kollektive

Spanien 1936

WAS WAREN DIE ANARCHISTISCHEN KOLLEKTIVE WIRKLICH?

Diese, für Anarchisten und Anarchosyndikalisten an die Substanz ihres Glaubensbekenntnisses gehende Frage, wird im folgenden Artikel einmal kritisch unter die Lupe genommen. Es handelt sich dabei weniger um eine wie sonst oft übliche von Vorurteilen strotzende Betrachtung von Außen, sondern der Verfasser hält sich vielfach an Äußerungen und Dokumente von anarchistischen Genossen und Kollektivmitgliedern, die konsequent vom Standpunkt der Arbeiter aus kritisiert werden. Der Artikel ist als Anfang einer Debatte über die 3 großen Dauerbrenner der anarchistischen Bewegung -Kronstadt, Machno, Spanien 36- zu verstehen.



Die spanischen Kollektive aus dem Jahr 1936 wurden von den Anarchisten als das perfekte Modell der Revolution dargestellt. Ihrer Auffassung gemäß ermöglichten die Kollektive die Arbeiterselbstverwaltung der Industrie, bedeuteten die Abschaffung der Bürokratie, steigerten die Arbeitsleistung und als "Wunder aller Wunder" waren sie "das Werk der Arbeiter selbst" – "stets von den Libertären geführt und geleitet" (so die Beschreibung durch Gaston Leval, unnachgiebiger Verteidiger des Anarchismus und der CNT).

Aber die Anarchisten sind nicht die einzigen, die uns das "Paradies" der Kollektive anpreisen. Heribert Barrera – 1936 katalonischer Republikaner, heute Parlamentsabgeordneter im Cortes – lobt sie als "ein Beispiel der sozialen Marktwirtschaft, die die Freiheit und die menschliche Initiative respektierten" (!!!), während uns die Trotzkisten der POUM erzählen, daß "das Werk der Kollektive der spanischen Revolution im Vergleich zu der russischen Revolution einen viel tiefgreifenderen Charakter verliehen hatte". G. Munis und die Genossen des FOR (Fomente Obrero Revolucinario) machen sich Illusionen über den "revolutionären" und "tiefgreifenden" Charakter der Kollektive.

Was unsere Stellung dazu anbetrifft, so sehen wir uns dazu gezwungen, erneut den Spielverderber zu spielen: die Kollektive des Jahres 1936 waren kein Mittel der proletarischen Revolution, sondern ein Instrument der bürgerlichen Konterrevolution; ebensowenig waren sie "die Organisation der neuen Gesellschaft", sondern die letzte Rettung der alten Gesellschaft, die sich mit all ihrer Bestialität aufrechterhielt.

Wenn wir dies sagen, wollen wir damit nicht unsere Klasse demoralisieren. Im Gegenteil: die beste Art, sie zu entmutigen, liegt darin, sie für falsche Revolutionsmodelle kämpfen zu lassen. Die Eedingungen selber für den Sieg ihrer revolutionären Bestrebungen besteht in der vollständigen Befreiung von falschen Revolutionsmodellen, in der Befreiung von jedem falschen Paradies...

1. WAS WAREN DIE KOLLEKTIVE ?

Spanien, das von der Wirtschaftskrise, die den Weltkapitalismus seit 1929 erschütterte, voll getroffen wurde, wurde 1936 von besonders schweren wirtschaftlichen Erschütterungen erfaßt. Jedes nationale Kapital litt unter drei Arten sozialer Umwälzungen:
– jener, die aus dem grundlegenden Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat hervorgeht; – jener, die aus den internen Konflikten zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie selber herrührt; – jener, die durch die Zusammenstöße zwischen imperialistischen Blöcken verursacht werden welche jedes Land in ein Schlachtfeld seiner Kämpfe um Einfluß und

Märkte verwandeln. In dem Spanien des Jahres 1936 wirkten diese drei Erschütterungen mit einer Bestialischen Intensität zusammen, was den spanischen Kapitalismus in eine extreme Lage versetzte.

Erstens führte das spanische Proletariat – das im Gegensatz zu seinen europäischen Klassenbrüdern noch nicht geschlagen war – gegen die Ausbeutung eine kraftvolle Schlacht, die durch eine ungeheuerliche Ausdehnung des Generalstreiks gekennzeichnet war, sowie durch Revolten und Aufstände, die die größte Bestürzung innerhalb der herrschenden Klasse hervorgerufen hatte.

An zweiter Stelle verschärften sich die internen Konflikte der herrschenden Klasse. Eine rückständige Wirtschaft, die von enormen Ungleichgewichten zerrissen und daher von der Weltwirtschaftskrise mit viel größerer Intensität zernagt wurde, war der beste Nährboden für den Ausbruch von Konflikten zwischen der Bourgeoisie der Rechten (Großgrundbesitzer, Bankiers, Militärs, Kirche – von Franco befohlen) und der linken Bourgeoisie (Industrielle, städtischer Mittelstand, Gewerkschaften usw., die von der Republik und der Volksfront angeführt wurden).

Schließlich wurde der spanische Kapitalismus aufgrund seiner Instabilität zu einer leichten Beute für den imperialistischen Heißhunger, der, von der Krise angetrieben, immer neue Märkte und neue strategische Positionen benötigte. Deutschland und Italien hatten in Franco ihr Faustpfand, der sich unter der Maske "Tradition" und des "Kreuzzuges gegen den atheistischen Kommunismus" versteckte. Russland und die Westmächte – damals noch miteinander befreundet – fanden in der Republik und der Volksfront ihre Bastion, die sich hinter dem Schleier des "Antifaschismus" und des "Kampfes für die Revolution" verbargen.

Auf diesem Hintergrund brach der Aufstand Francos aus, der berühmte 18. Juli 1936, der für die Arbeiterklasse den Höhepunkt der Überausbeutung und Unterdrückung darstellte, die von der Republik seit 1936 begonnen worden war. Die Reaktion der Arbeiteklasse erfolgte unmittelbar und gewaltig: Generalstreik, Aufstand, Bewaffnung der Massen, Enteignung und Besetzung der Betriebe. Vom ersten Augenblick an versuchten all die Kräfte der linken Bourgeoisie, die sich von den republikanichen Parteien bis zur CNT erstreckte, die Arbeiter in die Falle des "antifaschistischen" Kampfes zu locken und die Betriebsenteignungen in einen Selbstzweck umzuwandeln, damit die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen mit der Illusion, daß die Unternehmen ihnen gehörten, daß sie "kollektivisiert" seien.

Aber die Tage des Juliaufstandes demonstrierten der Gesellschaft, daß sich der Kampf der Arbeiter nicht nur gegen Franco, sondern auch gleichzeitig gegen den republikanischen Staat entwickelte: die Arbeiter streikten, enteigneten die Unternehmen, bewaffneten sich als autonome Klasse, um einen Angriff gegen die Gesamtheit des kapitalistischen Staates, d.h. sowohl gegen den frankistischen als auch gegen den republikanischen Staat, zu eröffnen. Um den aufständischen Streik erfolgreich durchzuführen, konnten sich die Arbeiter nicht mit den Enteignungen und der Bildung von Milizen zufriedengeben, sondern sie mußten gleichzeitig neben der frankistischen Armee auch alle republikanischen Kräfte (die Azanas, Companys, die KP, die CNT usw.) niederschlagen und danach den kapitalistischen Staat vollständig zerstören, um auf dessen Trümmern die Macht der Arbeiterräte aufzubauen.

Indessen lag der Schlüssel des Scheiterns des Proletariats und seiner Rekrutierung in die Barberei des Bürgerkrieges in der Tatsache, daß es den republikanischen Kräften – allen voran die CNT und die POUM – gelang, die Arbeiter vom entscheidenden Schritt abzuhalten – die ZERSTÖRUNG DES KAPITALISTISCHEN STAATES – und daß sie die Arbeiter für die "Kollektivisierung der Wirtschaft" und den "antifaschistischen Kampf" einfangen konnten. Die katalonischen Nationalisten, die Volksfront und vor allem die CNT reduzierten den Kampf der Arbeiter auf die einfache Enteignung der Unternehmen, in dem sie diese Aktion als "revolutionäre Kollektive" etikettierten, welche innerhalb des kapitalistischen Staates fortbestanden und diesen unberührt ließen. Die "revolutionären Kollektive" wurden somit nicht nur unbrauchbar für die Arbeiter, sondern sie verwandelten sich auch in ein Instrument der Überausbeutung und der Kontrolle durch das Kapital.

"Da die Staatsgewalt bestehen blieb, konnte die Generalität Kataloniens, die von den Arbeitern vorgenommenen Enteignungen in aller Ruhe legalisieren und in den Chor all der "Arbeiterströmungen" miteinstimmen, die die Arbeiter mit den Mystifikationen der Enteignung, der Arbeiterkontrolle, Landaufteilung, den Säuberungen getäuscht hatten. Diese "Arbeiterströmungen" bewahrten aber gleichzeitig ein kriminelles Schweigen über die nicht so offen auftretende, in der Realität aber furchtbar wirksame Existenz des kapitalistischen Staates. Aus diesem Grund blieben die von den Arbeitern vorgenommenen Enteignungen in dem Rahmen des kapitalistischen Staates integriert." (Bilan)



Somit sehen wir, daß die CNT, die zu keinem Zeitpunkt zu den spontanen Streiks des 19. Julis und auch nicht zur Bewaffnung der Arbeiter aufgerufen hatten, nun sofort zur Wiederaufnahme der Arbeit und zur Beendigung des Streiks aufrief, mit anderen Worten: sich dem Angriff gegen den kapitalistischen Staat entgegenstellte, mit der Entschuldigung, daß die Unternehmen "kollektiviert" seien. In seinem Buch "Libertäre Kollektive in Spanien" argumentiert (?) Gaston Leval auf folgende Weise: "Zu Beginn des faschistischen Angriffs auf die Bevölkerung durch den Kampf und den Alarmzustand für fünf oder sechs Tage mobilisiert; danach rief die CNT zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Den Streik zu verlängern, wäre gegen die Interessen der Arbeiter selbst gewesen, denn die Arbeiter hatten die Verantwortung über die Situation übernommen".



Die schönen "libertären" Kollektive, die eine "tiefgreifendere Revolution als die russische" waren – gemäß der POUM, rechtfertigten die Rückkehr zur Arbeit, das Ende des revolutionären Aufstands, die Unterwerfung der Arbeiter unter die Kriegsproduktion. Unter den damaligen Umständen der Erschütterung und des extremen Zerfalls des kapitalistischen Gefüges waren die Kollektive mit ihrer radikalen Fassade das letzte Mittel, um die Arbeiter zur Arbeit zu bewegen und um die Ordnung der Ausbeutung zu retten, wie Osorio Gallardo, rechter monarchistischer Politiker, offen anerkannte: "Wir sollten unparteiisch urteilen. Die Kollektive waren eine Notwendigkeit. Der Kapitalismus hatte seine ganze moralische Autorität verloren, seine Herren konnten keine Befehle mehr erteilen, und die Arbeiter wollten auch nicht mehr gehorchen. In solch einer beängstigenden Situation konnte die Industrie entweder nur aufgegeben werden oder die Generalität übernahm sie, indem sie einen sowjetischen Kommunismus errichtete".

2. IM DIENSTE DER KRIEGSWIRTSCHAFT

Wenn uns erzählt wird, daß die Kollektive ein Modell des "Kommunismus", der "Arbeitermacht" gewesen seien, eine "viel tiefgreifendere Revolution als die in Rußland", dann ist das zum Lachen: die Unzahl von Informationen, von Tatsachen und Zeugnissen, die das Gegenteil beweisen, sind überwältigend. Betrachten wir diese einmal näher:

1. Eine ganze Reihe von Kollektivierungen wurde mit dem Einverständnis der Unternehmer selbst durchgeführt. Hinsichtlich der Kollektivierung der Schokoladenindustrie in Torrente (Valencia) schreibt Gaston Leval in dem vorhin zitierten Buch: "motiviert von dem Wunsch nach Modernisierung der Produktion (?) sowie dem Wunsch nach Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (sic!), fand am 1. Sept. 1936 eine Versammlung statt. Die Unternehmer wurden genauso wie die Arbeiter zur Teilnahme im Kollektiv eingeladen. Und alle stimmten darin überein, sich für die Organisierung der Produktion und des Lebens auf ganz neuer Grundlage zusammenzuschließen."

Diese "ganz neue Grundlage des Lebens" wurde bei voller Anerkennung aller Stützpfeiler des kapitalistischen Regimes aufgebaut, wie z.B. im Kollektiv der Straßenbahnen Barcelonas: "(Das Kollektiv) akzeptierte nicht nur den Gläubigen der Gesellschaft die aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen, sondern verhandelte sogar mit den Aktionären, die auf einer Aktionärsversammlung vorgeladen wurden" (ebenda). War dies die tiefgreifende Revolution, die die alten Schulden und die Interessen der Aktionäre respektiert? Eine seltsame Art, die Produktion und das Leben auf ganz neuen Grundlagen zu organisieren!

2. Die Kollektive spielten den Gewerkschaften und den bürgerlichen politischen Parteien beim Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft in die Hände:

* sie dienten der Konzentration der Unternehmen: "Wir haben die winzig kleinen Werkstätten mit einer unbedeutenden Anzahl von Arbeitern übernommen, die nicht die Spur einer gewerkschaftlichen Aktivität zeigten, und deren Passivität der Wirtschaft Schaden zufügte." (Bericht der Holzarbeitergewerkschaft der CNT Barcelonas 1937)

* sie rationalisierten die Wirtschaft: "Zuerst haben wir die finanzielle Stabilität der Industrie hergestellt, in dem ein allgemeiner Wirtschaftsrat gebildet wurde, zu dem jede Branche zwei Delegierte entsendete. Die überschüssigen Beiträge sollen als Hilfe den defizitären Industriebereichen dienen, damit diese Rohstoffe und andere Produktionsbestandteile erhalten." (CNT Barcelona 1936)

* sie zentralisierten den Mehrwert und die Kredite, um diese gemäß den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft aufzuteilen: "In allen kollektivierten Betrieben sind 50 % der Gewinne für die Aufrechterhaltung der Eigenbestände bestimmt, die verbleibenden 50 % werden dem lokalen oder dem entsprechenden regionalen Wirtschaftsrat zur Verfügung gestellt." (Bericht der

CNT über die Kollektive im Dez. 1936)

Wie daraus ersichtlich, ging kein Pfennig der Gewinne an die Arbeiter, aber das macht ja nichts! Gaston Leval rechtfertigt dies mit dem größten Zynismus: "Man kann sich mit gutem Grund fragen, warum die Gewinne nicht unter den Arbeitern aufgeteilt werden, die den Gewinn erarbeitet haben. Darauf antworten wir: weil diese Gewinne für Zwecke der sozialen Solidarität reserviert sind."

"Soziale" Solidarität mit der Ausbeutung, mit der Kriegswirtschaft, mit der schrecklichsten Armut!

3. Die Kollektive rührten das ausländische Kapital nicht an, "um die befreundeten Länder nicht zu verärgern", wie die POUM sagt. Wir übersetzen das folgendermaßen: Um sich den imperialistischen Mächten zu unterwerfen, die die republikanische Bande unterstützten.

4. Die Organismen, welche die Kollektive verwalteten und führten, (Gewerkschaften, politische Parteien, Komitees) waren voll in den kapitalistischen Staat integriert: "Die Fabrikkomitees und die Kontrollkomitees der enteigneten Betriebe verwandelten sich in Organe zu Anregung der Produktionssteigerung, und aus diesem Grund wurden sie in ihrem Klassencharakter entstellt. Bei diesen Komitees handelte es sich nicht mehr um Organismen, die im Verlauf des aufständischen Streiks für die Zerstörung des Staates geschaffen worden waren, sondern es handelte sich um Organe, die auf eine Kriegsproduktion orientiert waren, eine grundlegende Bedingung dafür, um das Überleben und die Verstärkung dieses Staates zu erlauben." (Bilan)

Und was die Parteien und die Gewerkschaften betrifft, kann man sagen, daß nicht nur die Kräfte der Volksfront, sondern auch die mehr "basisbezogenen" und "radikalen" Organisationen in den Staat integriert waren: die CNT beteiligte sich am Wirtschaftsrat Kataloniens mit vier Deligierten, an der Regierung der Generalität Kataloniens mit drei Ministern und an der Zentralregierung Madrids mit drei weiteren Ministern. Aber sie beteiligte sich nicht nur vollständig an der Spitze des Staates, sondern auch an der Basis dieses Staates, von Dorf zu Dorf, von Betrieb zu Betrieb, von Stadtviertel zu Stadtviertel. Das republikanische Spanien hatte hunderte von "Libertären" Bürgermeistern, Stadträten, Verwaltungschefs, Polizeichefs, Offizieren usw.

Aber diese Kräfte sind nicht nur integraler Bestandteil des Staates aufgrund ihrer direkten Teilnahme innerhalb des Staates. Es ist die Gesamtheit der von ihnen verteidigten Politik, die sie zu Fleisch und Blut der kapitalistischen Ordnung machte. Diese Politik, die andauernd die Aktionen der Kollektive hemmte, war die antifaschistische Einheit, welche die Opfer der Arbeiter an de militärischen Front und die Überausbeutung in den Fabriken rechtfertigte. Gaston Leval erklärt uns klar diese Politik, die unter anderem von der CNT verfolgt wurde: "Man mußte die auch noch so beschränkten aber dennoch beachtlichen Freiheiten, die von der Republik representiert wurden, veteidigen." Caston Leval "vergißt" die "beachtliche Freiheit der Arbeiter", die die Unterdrückung der Arbeiterstreiks bedeutete, welche von der Republik ausgeübt wurde. Erinnern wir uns an Casas Viejas, Alto Lobregat, Asturien...: "Es handelte sich nicht darum, den libertären Kommunismus einzuführen, auch nicht um eine Offensive gegen den Kapitalismus, den Staat oder die politischen Parteien: es kam darauf an, den Triumph des Faschismus zu verhindern." (G.L.) Warum zum Teufel kritisieren dann die CNT die Anarchisten und Co. die spanische KP, wenn ihr Programm genau das gleiche war: nämlich die Verteidigung des Kapitalismus unter dem Humbug des Antifaschismus?

5. Der "revolutionäre, antikapitalistische und libertäre" Charakter der Kollektive wurde geschickt vom kapitalistischen Staat auf die richtigen Bahnen geleitet: er erkannte sie in dem Dekret der Kollektivierung vom 24.10.1936 an und koordinierte sie mittels der Konstituierung des Wirtschaftsrates. Und wißt ihr, wer diese beiden Dekrete unterzeichnet hat? Senior Taradellas, heute nagelneuer Präsident der Generalität Kataloniens!

Wir sind zu der Schlußfolgerung gezwungen, daß die Kollektive kein so geringer Angriff gegen die bürgerliche Ordnung waren, sondern eine Form, welche sich die Bourgeoisie zu eigen machte, um die Wirtschaft zu organisieren und um die Ausbeutung aufrecht zu erhalten in einem Augenblick äußerster Spannungen und einer enormen Radikalisierung der Arbeiter. Dieser Augenblick erlaubte nicht den Gebrauch traditioneller Methoden. "Angesichts eines Aufruhrs der Klasse kann der Kapitalismus überhaupt nicht mehr auf die klassischen Methoden der Legalität zurückgreifen. Das was ihn bedroht, ist die UNABHÄNGIGKEIT der Arbeiterklasse, die die Bedingung für die nächste revolutionäre Epoche ist, die zur Abschaffung der bürgerlichen Herrschaft führt.

Daher muß der Kapitalismus das Fangnetz seiner Kontrolle über die Ausgebeuteten enger knüpfen. Die Maschen dieses Netzes, die vormals die Staatsverwaltung, die Polizei, die Gefängnisse waren, verwandelten sich in der extremen Lage von Barcelona in Milizkomitees, vegesellschaftete Industrien, Arbeitergewerkschaften, Wachmannschaften, usw." (Bilan)



3. DIE EINRICHTUNG DER KRIEGSWIRTSCHAFT

Nachdem wir das Wesen der Kollektive als kapitalistisches Instrument erkannt haben, beginnen wir die Rolle zu erkennen, die sie spielten. Sie sollten eine drakonische Kriegswirtschaft innerhalb des Proletariats installieren, die die Bezahlung der enormen Kosten und des ungeheuren Aderlasses erleichterte, welche der imperialistische Krieg in Spanien von 1936–39 forderte.

Kurz gesagt setzt die Kriegswirtschaft drei Punkte voraus:
* die Militarisierung der Arbeit * die Rationierung * die Lenkung der gesamten Produktion auf ein ausschließliches, totalitäres und monolitisches Ziel: den Krieg.

Das Feigenblatt der Kollektive diente der Bourgeoisie dazu, den Arbeitern eine militärische Arbeitsdisziplin, die Verlängerung des Arbeitstages und die Verwirklichung von unbezahlten Überstunden aufzuzwingen. Ein bürgerlicher Journalist besang erfreut die in der Ford-Fabrik herrschende "Stimmung": "es gab weder Kommentare noch Kontroversen. Zuerst kam der Krieg und für ihn galt es zu arbeiten und endlos zu arbeiten. Da optimistisch und zufrieden, machte es ihnen nichts aus, daß ihr Komitee – aus Arbeitergenossen wie sie zusammengesetzt – strenge Anweisungen erteilte und mehr Arbeitsstunden anordnete. Was wichtig war, war den Faschismus zu besiegen."

Die Statuten der Kollektive bestimmten eindeutig die Einrichtung der Militarisierung der Arbeit: "Artikel 24: alle werden zur Arbeit ohne Zeitbegrenzung verpflichtet, um das Notwendige für den Dienst des Kollektivs zu tun; Artikel 25: jedes Mitglied des Kollektivs ist dazu vepflichtet, zusätzlich zu ihm zugeteilter Arbeit – wo immer notwendig – Hilfe zu leisten, bei allen dringenden oder unvorhergesehenen Arbeiten." (Kollektiv in Jativa-Valencia)

In den "Versammlungen" der Kollektive wurden mehr und mehr Kasernenmethoden "demokratisch" aufgezwungen: "Es wurde beschlossen, eine Werkstatt zu organisieren, wo die Frauen arbeiten können, statt ihre Zeit auf der Straße tratschend zu verlieren... Schließlich wurde beschlossen, daß jede Werkstatt eine Delegierte hat, die zur Kontrolle der weiblichen Lehrlinge bestimmt ist. Die Lehrlinge werden bei zweimaliger grundloser Abwesenheit ohne Einspruch entlassen." (Kollektiv in Tamarite-Huesca)

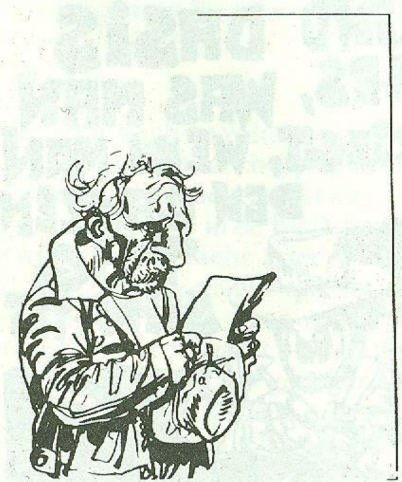
Was die Rationierungen angeht, so erklärt eine katalonische Zeitschrift aus der damaligen Zeit ohne Scham die "demokratische" Methode, wie die Rationierungen den Arbeitern aufgezwungen wurden: "im ganzen Land zwingt man die Bürger, sparsam zu leben, von den wertvollen Metallen angefangen bis hin zu den Kartoffelschalen. Die öffentliche Gewalt verlangt von ihnen dieses strenge Regime. Aber hier in Katalonien ist es das Volk, das vollkommen spontan sich freiwillig und bewußt eine strenge Rationierung auferlegt."

Das erste Gesetz des "ultrarevolutionären" Rates von Aragon (mit Durutti und anderen "Statthaltern") lautet: "für den Bedarf der Kollektive werden Rationierungskarten ausgegeben." Diese als "revolutionäre Maßnahme" und als "bewußt von den Bürgern akzeptierten" auferlegten Rationierungen bedeuteten eine unbeschreibliche Armut für die Arbeiter und für die gesamte Bevölkerung. Caston Leval erkennt ohne Scham an: "in den meisten Kollektiven fehlte fast immer Fleisch und nach und nach fehlte fast alles bis hin zu den Kartoffeln." (ebenda)

Letztlich hatten die Kasernendisziplin und die von der Bourgeoisie unter dem Schleier der Kollektive auferlegten Rationierungen ein einziges Ziel: <u>alle wirtschaftlichen und menschlichen Quellen dem blutgierigen Durst des imperialistischen Krieges zu opfern:</u>

– im Kollektiv von Mas de las Matas (Barcelona) und gemäß den Vorschlägen der CNT "...wandelte man die Weinkeller für die Herstellung von 96 %igen Alkohol um, der für die Ärzte an der Front unabdingbar war. Man beschränkte ebenso den Kauf von Kleidung, Maschinen usw., die für den Gebrauch der Kollektiv-Mitglieder bestimmt waren, denn diese Güter sollten nicht dem <u>Luxus</u> dienen, sondern der Front."

– Die Kollektive Allicantes "...überreichten den gewerkschaftlichen Betrieben die Verantwortung für die Waffenproduktion, der verstaatlich-







ten Textilindustrie die für Textilien und der Industrie Eldas, auch in der Hand der Libertären, die Verantwortung für die Schuhproduktion – mit dem Ziel der Versorgung der Truppen mit Waffen, Bekleidung und Schuhwerk." (G.L.)

4. DIE KOLLEKTIVE: INSTRUMENT DER ÜBERAUSBEUTUNG

Die greifbarste Verdeutlichung des arbeiterfeindlichen Wesens der unheilvollen anarchistischen "Kollektive" ist die, daß es der republikanischen Bourgeoisie dank ihrer gelang, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter bis auf die Grenze des Untragbaren zu reduzieren:

* die Löhne – sie fielen von Juni 36 bis Dez. 38 um nominal 30 %; der Verfall des Lebensstandards war gar noch schlimmer: 200 %!
* Die Preise – sie stiegen von 168,8 im Jahr 1936 (Index 1933: 100) bis auf 564 im Nov. 37 und auf 687,8 im Febr. 1938.
* die Arbeitslosigkeit – trotz des großen Sterbens an der Front, wodurch die Arbeitslosigkeit sank, stieg sie um 39 % zwischen Jan. 36 und Nov. 1937.
* Die Arbeitszeit – sie stig auf 48 Stunden (1931 betrug sie 44 Stunden; im Juli 1936 hatte die Generalität, um die Arbeiter zu besänftigen, die 40-Stunden Woche dekretiert, aber einige Monate später verschwand diese Maßnahme wieder mit der Entschuldigung der Kriegsanstrengungen und der "Kollektivierung"). Die Anzahl der Überstunden erhöhte die Arbeitsdauer um 3o %.

Gerade die sog. "Arbeiterorganisationen" (KP, UGT, POUM und vor allem die CNT) waren es, die mit größter Heftigkeit nach Überausbeutung und Verschlechterung der Lage der Arbeiter schrien.

Peiro, ein Bonze der CNT, schrieb im Aug. 36: "Für die Bedürfnisse der Nation reicht die 40-Stunden Woche nicht aus, diese ist jetzt sicher nicht mehr angebracht."

Die gewerkschaftlichen Anweisungen der CNT waren die "vorteilhaftesten" für die Arbeiter: "Krieg, Produzieren und Verkaufen. Keine Lohnforderungen oder irgendwelche anderen Forderungen. Alles muß dem Krieg untergeordnet werden. In keinem Produktionszweig, der eine direkte oder indirekte Verbindung mit dem antifaschistischen Krieg hat, darf man Forderungen hinsichtlich der Arbeitsgrundlagen stellen, weder bezüglich der Löhne noch bezüglich der Arbeitszeit. Die Arbeiter können keine Extralöhne für die für den antifaschistischen Krieg geleisteten Überstunden verlangen und sie müssen die Produktion im Vergleich zum Zeitraum vor dem 19. Juli erhöhen."

Die KP heulte: "Nein zu den Streiks im demokratischen Spanien! Kein müßiger Arbeiter in der Nachhut!"

Natürlich dienten die Kollektive als Instrument der "Arbeitermacht" und der "Vergesellschaftung" in den Händen des Staates als Ausrede dafür, daß die Arbeiter die brutale Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hinnehmen sollten.

So geschehen im Kollektiv von Graus (Huesca): "den Frauen wird kein Lohn für ihre Arbeit bezahlt, falls ihre Bedürfnisse durch das Einkommen der Familie gedeckt werden."

Im Kollektiv von Hospitalet (Barcelona): "Das Bedürfnis nach außergewöhnlichen Anstrengungen berücksichtigend, werden wir auf die 5 %ige Lohnerhöhung und auf die von der Regierung beschlossene Arbeitszeitverkürzung verzichten." Päpstlicher als der Papst!

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die schmerzvolle, historische Erfahrung in Erinnerung zu rufen, die das spanische Proletariat durchmachte, den großen Betrug der Kollektive zu brandmarken, mit denen es der Bourgeoisie gelungen war, das Proletariat zu täuschen: das ist keine Frage für Interlektuelle und für die Gelehrten, sondern es handelt sich dabei um eine lebenswichtige Notwendigkeit, um nicht wieder in die gleiche Falle zu tappen. Um uns zu besiegen und zur Annahme der Maßnahmen der Überausbeutung, der Arbeitslosigkeit, der Opfer zu bewegen, benutzt die Bourgeoisie Trugbilder: sie kleidet sich als "Arbeiter" und als "Volksfreund" (1936 machten sich die Bourgeois Schwielen an die Hände und zogen sich als "Arbeiter" an); die Fabriken werden als "sozialisiert"

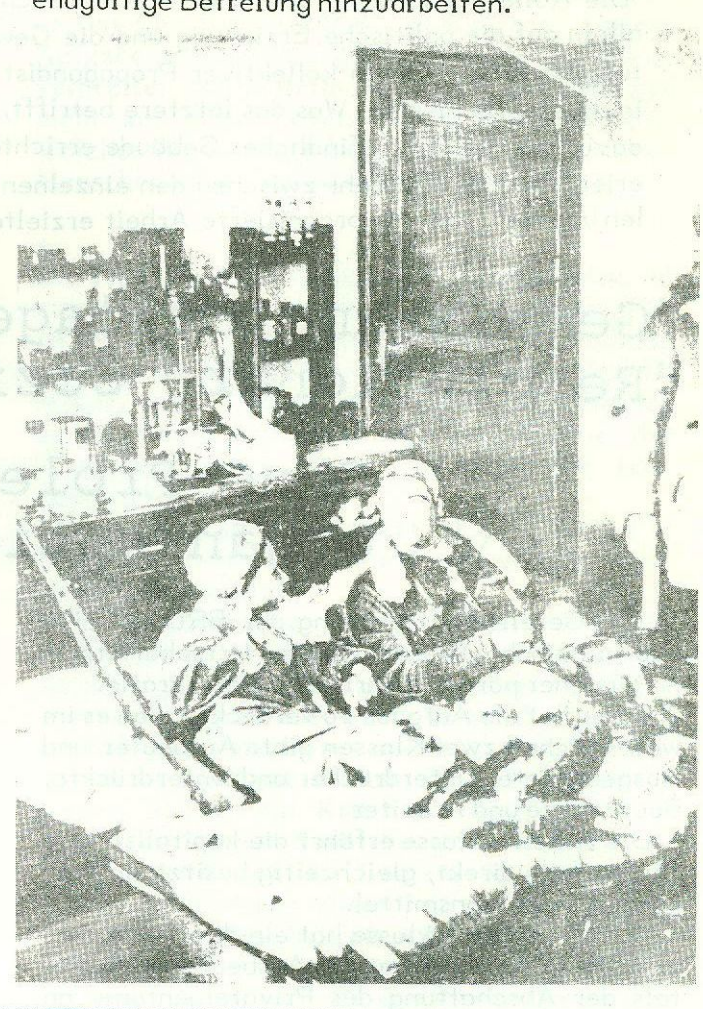






und "selbstverwaltet" ausgegeben; Sie ruft zu jeder Art von Solidarität zwischen den Klassen auf, hinter den Fahnen des Antifaschismus, der "Verteidigung der Demokratie", dem "Kampf gegen den Terrorismus"... Sie vermittelt den Arbeitern den falschen Eindruck, daß sie "frei" seien, daß sie die Wirtschaft "kontrollieren" usw. Aber hinter soviel "Demokratie", "Beteiligung" und "Selbstverwaltung" versteckt sich unangetastet, mächtiger und stärker als zuvor der BÜRGERLICHE STAATSAPPARAT, um den herum sich die KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE aufrechterhalten und immer verheerender mit all ihrer Bestialität wüten.

Heute, wo die fatalen Gesetze des altersschwachen Kapitalismus in den Krieg führen, ist das "Lächeln", das "Vertrauen in die Bürger", die "größte Demokratie" und die "Selbstverwaltung" ein großes Theater, mit dessen Hilfe der Kapitalismus immer mehr Opfer verlangt, immer mehr Arbeitslosigkeit und Armut erzeugt und immer mehr Blut auf den Schlachtfeldern fordert. Aus Erfahrung wird man klug. Die "Kollektive" von 1936 waren eins der arglistigen Modelle, eins der Paradiese, eine weitere schöne Illusion, mit denen der Kapitalismus die Arbeiter in die Niederlage und in das Massaker stößt. Die Lehre aus diesen Ereignissen muß dem heutigen Proletariat dazu dienen, die Fallen zu umgehen, die das Kapital ihm aufgestellt hat, um somit auf seine endgültige Befreiung hinzuarbeiten.















ENDE

"Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und die Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken." (1)

"Gemeinsame Beilage" und "Revolutionäre Sozialisten" oder

Ohne Proletarische Einheitsorganisation keine Revolution

1. Die Gesellschaftsordnung der BRD ist eine kapitalistische. Ihre derzeitige Herrschaftsform ist die einer parlamentarischen Demokratie.
2. Diese hat die Aufgabe zu verdecken, daß es im wesentlichen zwei Klassen gibt: Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte, Bourgeoisie und Arbeiter.
3. Die Arbeiterklasse erfährt die kapitalistische Ausbeutung direkt, gleichzeitig besitzt sie keinerlei Produktionsmittel.
4. Nur die Arbeiterklasse hat ein direktes Interesse an der Abschaffung der Ausbeutung, vemittels der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.
5. Da die Bourgeoisie sich ihrer wirtschaftlichen und politischen Machtmittel nicht freiwillig entledigen wird, ist eine Revolution zur grundsätzlichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erforderlich.
6. Der Träger dieser Revolution wird die Arbeiterklasse sein. Sie wird Organisationsformen suchen und finden, um diese Revolution durchzuführen.
7. Aufgabe der Revolutionären Sozialisten ist es, diesem Prozeß Perspektiven zu vermitteln, ihn zu formen und voranzutreiben.

Wer sind die Revolutionären Sozialisten?

Als minimale Gemeinsamkeiten der Revolutionären Sozialisten kann man folgende vier Punkte bezeichnen:
— die kapitalistische Gesellschaftsordnung kann nur durch eine gewaltsame Revolution gestürzt werden, um eine herrschafts- und gewaltfreie Gesellschaft aufzubauen.
— Ablehnung jeglichen Privateigentums an Produktionsmitteln.
— Träger der Revolution ist die Arbeiterklasse.
— Ablehnung jeglichen Nationalismus, die Arbeiterklasse ist intenational.
Dies erklärt auch den Begriff "Revolutionäre Sozialisten". Die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft, die nur durch einen revolutionären Umsturz zu realisieren ist.

Wir denken, daß die athergebrachten Unterteilungen in verschiedene Richtungen zwar in gewissen historischen Abschnitten ihre Berechtigung und ihren Sinn hatten, heute aber oft, angesichts der Lage des Proletariats und des Klassenkampfes, sowie aber auch der Veränderung der historischen Gegebenheiten, unter denen die Unterteilungen erfolgt sind, nur noch Hemmschuhe auf dem Weg zur Revolution, anstatt der berechtigten Diskussion um den richtigen Weg zum Sozialismus sind. Diese Diskussion muß, unter genauer Analyse der Geschichte des Klassenkampfes, neu begonnen werden.

Grundlage unserer Teilnahme an dieser Diskussion ist folgende Erklärung:
Wir halten die revolutionäre Organisation des Proletariats für notwendig. Wir erheben als FAU/R nicht den Anspruch, diese Organisation zu sein, oder zu werden. Wir werden allerdings alle Bestrebungen unterstützen, die der Bildung dieser Organisation nützlich sind, um dann in dieser Organisation als eigenständige Fraktion für das gemeinsame Ziel einer freien Gesellschaft zu arbeiten. Zu diesem Zwecke werden wir das Gespräch und die Zusammenarbeit mit allen Organisationen und Strömungen der revolutionären Sozialisten suchen und fördern, sofern dies in unseren Kräften und Möglichkeiten steht.

"Der Sozialismus kommt letzten Endes nicht nur der Arbeiterklasse zugute, sondern bedeutet die Höherentwicklung der gesamten Menschheit. Damit ist gegenwärtig praktisch jedoch vedammt wenig anzufangen, weil die überlieferten Interessengegensätze, die Zerklüftung der Arbeiterklasse selbst, ein einheitliches Handeln der gesamten Arbeiterklasse nicht erreichbar machen. Die Menschheit kann jedoch unmöglich warten, bis die geschlossene Klassensolidarität erreicht ist. Diese Einheit der Arbeiterklasse wird erst Ergebnis des siegreichen Machtkamp-

fes selbst sein. Sie ist etwas werdendes, nichts fertiges."(3)

Ohne proletarische Einheitsorganisation keine Revolution

Je stärker die bewußte Linke zerklüftet ist, desto stärker ist die Spaltung der Arbeiterklasse. Insofern ist jeder Versuch, die Organisationen der revolutionären Sozialisten zu einen, ein wichtiger Schritt im revolutionären Prozeß. Dies hat sich als Notwendigkeit aus der Arbeit der verschiedenen revolutionären Strömungen von Ende der sechziger bis Anfang der achtziger Jahre ergeben. War in diesem Zeitraum es doch jeweils immer der Anspruch der entsprechenden Richtung die Arbeiterklasse als solches zu vertreten. So kam es zu verstärkten Konkurrenzverhalten. Die Hoffnung der Arbeiter auf eine Perspektive wurde gleich mit zehn solcher beantwortet. Je mehr dann, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, sich die Klassenverhältnisse klärten, und ein Großteil der vormals revolutionär organisierten Studenten und Akademiker sich den Grünen zuwandten, desto mehr wurde die eigentliche Stärke der Revolutionäre deutlich. Es waren nicht mehr viele, und die Perspektive mußte sich zwangsläufig einer Suche nach neuen Wegen hinwenden.
So ist inzwischen das Bild der konkurrierenden Organisationen einem Bild der miteinander diskutierenden und arbeitenden gewichen. Dies macht sich vor allen Dingen in der "gemeinsamen Beilage"(4) deutlich. Ihre Funktion ist derzeit, den Mitgliedern und Sympatisanten der einzelnen Organisationen einen Vergleich der verschiedenen Anschauungen möglich zu machen. Diese Funktion wird sich perspektivisch wandeln, und die "gemeinsame Beilage" wird mehr und mehr zu einem programmbildenden Element und so den Einigungsprozeß vorantreiben. Dieser Einigungsprozeß entwickelt dabei eine eigene Dynamik, d.h. einzelne Strömungen, die jetzt noch bewußt nicht an diesem Prozeß teilnehmen, werden sich ihm auf Dauer nicht entziehen können. Diese Strömungen sehen sich so gezwungen, auf diesen Prozeß einzugehen und an ihm, wenn auch als Kritiker, teilzunehmen. Selbst das ist ein notwendiger Teil dieses Prozeßes. Ohne ständige Überprüfung der erarbeiteten Inhalte, ständiges Diskutieren und Überarbeiten strittiger Inhalte, wird eine Einheit nicht von langer Dauer sein. Dies gilt im wesentlich höherem Maße für den Einigungsprozeß. Daß sich jetzt zum Beispiel die MLPD (5) mit einem Artikel an der nächsten Beilage beteiligt, kann man als Bestätigung der Notwendigkeit dieser Beilage sehen. In diesem Sinn erhoffen wir uns von der MLPD nutzbringende Kritiken.

Anmerkungen:
(1) Lenin; Womit beginnen?
(2) In diesem Artikel ist mit "Revolutionäre Sozialisten" keine derzeit existierende Gruppe gemeint, vielmehr wird er als Überbegriff für die verschiedenen Organisationen und Strömungen verwandt.
(3) Heinrich Brandler; Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus, Kommunistische Zeitfragen No. 1, Hervorhebungen im Original
(4) An der "gemeinsamen Beilage" nehmen derzeit teil: BWK, KPD, FAU/R, FAU/A, AFSB, KG, PA
(5) Als die erste Ausgabe der "gemeinsamen Beilage" herausgebracht wurde, war dies für die MLPD noch "Liquidatorentum".

LOB DES LERNENS

lerne, mann im asyl!
lerne, mann im gefängnis!
lerne,frau in der küche!
lerne sechzigjährige!
du musst die führung übernehmen.

suche die schule auf, obdachloser!
verschaffe dir wissen, frierender!
hungriger, greif nach dem Buch: es ist eine waffe.
du musst die führung übernehmen.

scheue dich nicht zu fragen, genosse!
lass dir nichts einreden
sieh selber nach!
was du nicht selber weisst
weisst du nicht.
prüfe die rechnung
du musst sie bezahlen.
lege den finger auf jeden posten
frage: wie kommt er hierher?
du musst die führung übernehmen!

DOKUMENTATION:

KDV ? oder was?

Im folgenden Artikel sollen die drei Kampfmethoden,die ein Wehrpflichtiger im Kampf gegen den Militarismus zur Verfügung hat,in ihrer Wirksamkeit gegen den militaristischen Staat verglichen und aus anarchistischer Sicht bewertet werden.

1.)KDV - Ersatzdienst:
Bei dieser "legalen" Methode gibt es viele Kritikmöglichkeiten.Jeder, der einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellt,überläßt faktisch den Staat die Entscheidung über Anerkennung oder nicht,das bedeutet zu akzeptieren,daß der Staat über das Leben anderer entscheiden darf.Das Festhalten an der engen Legalität und die Delegierung des eigenen Kampfes an Politiker,Bürokraten,Gerichte bedeutet,in den Maschen des Systems hängenzubleiben. Der heutige moderne Militärapparat ist nicht nur Diener einer Klasse, sondern integrierter Teil des Staates,der Kampf gegen den Militarismus hat folglich keinen Sinn,wenn er sich distanziert von einem viel weitergehenden Kampf gegen alle autoritären und hierachischen Strukturen.Zudem dürfen Ersatzdienstleistende im "Ernstfall" jederzeit zu Kriegsdienstleistungen herangezogen werden.Im Krieg ist aber das Hinterland,die Logistik usw.,gerade erst recht bei den "modernen" Kriegsführungsgeräten,genausowichtig wie das Verrecken an der Front.Letztendlich ist man so oder so eine funktionierende Schraube im System.Will man den Militarismus also wirksam angreifen,muß man weitergehen.

2.)Totalverweigerung:
Diese Aktionsform gewinnt in der letzten Zeit immer mehr Anhänger. Viele haben z.B. auch aus diesen Grund ihren Ersatzdienst unterbrochen,andere verweigern von Anfang an Musterung usw.Diese Methode hat den Vorteil,durch bewußtes Übertreten und Negieren von Gesetzen,andererseits durch die Dienstverweigerung selbst,sowohl Staat als auch Militär gleichzeitig anzugreifen.

Die staatlichen Gegenaktionen sind eben gerade deshalb sehr hart: ca.8 Monate Haft wegen Fahnenflucht und/oder Gehorsams/Dienstverweigerung.Nicht berücksichtigt sind hierbei 1 bis 2 Monate Bundeswehrarrest ,erst danach geht das ganze an die Staatsanwaltschaft.In den letzten Jahren hat sich auch die eigentlich gesetzeswidrige Doppelbestrafung etabliert,d.h. nach Abbüßung der Freiheitsstrafen kommt eine neue Einberufung,die bei dem konsequenten Totalverweigerer natürlich eine neue Verurteilung & Haftstrafe nach sich zieht.Insgesamt kommen dann ca. 16 Monate Haft zusammen,was,wie beabsichtigt,fast genau der BW-Dienstzeit entspricht.Daß trotz härter werdender Repressionen die Totalverweigerung immer mehr Anhäner und Symphatisanten findet,zeigt,daß einige Grundpfeiler des Systems bereits angenagt werden.Eine Konsequente Methode für den konsequenten Anarchisten oder Pazifisten,ob dies allerdings ausreicht,das System zu stürzen,was wohl das Endziel ist, ist in Frage zu stellen.Öffentlichkeitswirksame Schauprozesse und die Verweigerung von staatlichen Diensten sind zwar nicht zu unterschätzen,aber auch nicht zu überschätzen.

3.)Zersetzung & Sabotage in der BW
Wenn alle kritischen Elemente KDV oder Totalverweigerung machen würden,wäre der Widerstand innerhalb der BW wohl gleich null.Im Falle eines Volksaufstandes müßte gewährleistet sein,daß zumindest nicht alle BW-Einheiten auf das Volk schießen. Im Falle eines nicht mehr zu vermeidenden Bürgerkrieges sind Überläufer und Volksbewaffnung unerläßlich ,das geht kaum ohne revolutionäre Soldatenzellen.

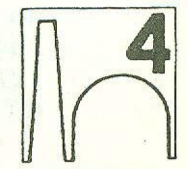
Am besten wäre natürlich,wenn ganze Einheiten und Gruppen gleich zu Anfang auf der richtigen Seite stehen würden bzw. neutral wären.Deshalb muß auch die Agitation und Propaganda innerhalb der BW vorangetrieben werden z.B. durch illegale Soldatenzeitungen,Flugblattaktionen,Untergrabung der Autorität von Vorgesetzten.Durch gezielte Sabotageakte kann auch jetzt schon der Apparat geschwächt werden und können viele Zwangseingezogene zumindest nachdenklich werden.Deshalb müssen sich möglichst viele revolutionäre Soldatenzellen bilden,die diese Aktionen tragen können.Nachteilig ist die geringe Öffentlichkeit nach außen,erfolgreiche Aktionen werden immer so schnell wie möglich heruntergespielt,dafür kann man den normalen Wehrpflichtigen in der Kaserne wesentlich besser ansprechen.Jedenfalls ein gangbarer Weg für den revolutionären Anarchisten,zudem läßt sich einiges in der Bundeswehr gelerntes sehr schnell auch gegen das System anwenden.

Insgesamt läßt sich sagen,daß ruhig alle genannten Methoden so viel wie möglich angewendet werden sollen. Zum Teil paßt eben nicht für jeden Menschen jede Methode,z.T. schaffen sie durch die Ansprechung von verschiedenen Zielgruppen einen wichtigen Ausgleich.Ein "normaler" KDVler macht seine ersten negativen Erfahrungen mit dem Staat,andere bekämpfen ihn direkt,wieder andere schaffen Grundlagen zur Beseitigung des Systems.

DIE VERNICHTUNG DES MILITARISMUS MUß GESCHEHEN DURCH KONKRETE AKTE DER WIDERGESETZLICHKEIT UND DES UNGEHORSAMS GEGENÜBER JEDER FORM VON AUTORITÄT.FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE HEERE UND GEFÄNGNISSE! FÜR DIE ANARCHIE!

G.M.





Presseerklärung DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION SÜDBAYERN VOM 24.10.1984

FREIRAUM ERNEUT VERBOTEN / HAUSDURCHSUCHUNGEN GEHEN WEITER

Nach dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft München gegen die Nummern 2,3 und 4 wurde nun die Nummer 6 für verboten erklärt.

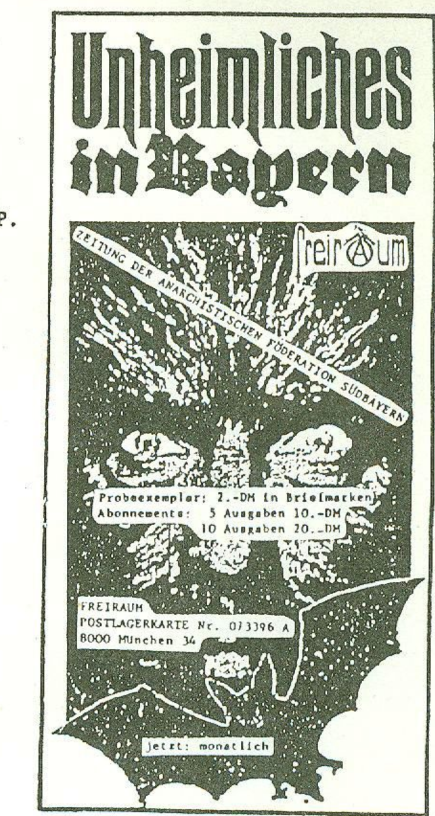
Am Vormittag des 23.Oktober 1984 wurde die Wohnung des diesmaligen V.i.S.d.P. nach Exemplaren der Nummer 6 sowie nach früheren Nummern durchsucht.

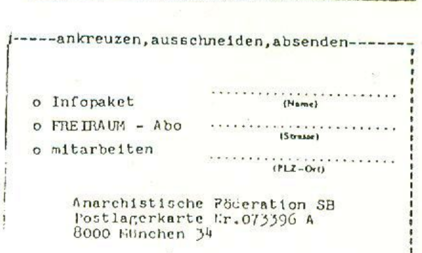
Dies ist im Rahmen der staatlichen Repressionen gegen den FREIRAUM die insgesamt 7.Hausdurchsuchung.

Inkriminiert wurde diesamal ein Artikel,der sich vergleichend mit Kriegsdienstverweigerung,Totalverweigerung und Zersetzung der Bundeswehr befasst. Dies wurde als Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) ausgelegt,der sich nun immer mehr als Gummiparagraph beweist,nachdem nun schon die Meinungsfreiheit angegriffen wird.

Deshalb erklären wir:

- wir lassen uns nicht das Maul verbieten !
- wir fordern alle linken Zeitungen auf,den Artikel nebst Presseerklärung als Dokumentation zu veröffentlichen !
- Spendet wegen der nun immer akuter werdenden Prozeßlawine auf das Konto des Münchner Ermittlungsausschusses,Stichwort FREIRAUM,Postscheckamt München,BLZ 70010080,Kto.Nr.366483-801,M.Dorfmüller !
- Bullen,Richter und Staatsanwälte : IHR SCHÜRT NUR UNSEREN HASS !





-----ankreuzen,ausschneiden,absenden-------

o Infopaket .... (Name)

o FREIRAUM - Abo .... (Strasse)

o mitarbeiten .... (PLZ-Ort)

Anarchistische Föderation SB
Postlagerkarte Nr.073396 A
8000 München 34

grosse freiheit

Illustrierte Zeitung für den längeren Atem

Herausgegeben wird die
grosse freiheit
von dem gf-Power Kollektiv
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Telephon - 040 390 28 75

Guten Tag!

1. "Die Große Freiheit ist die einzige Zeitung, die nach der Revolution nicht verboten wird."
Josef Stalin, auf einer Rede vor dem Zentralkomitee der KPdSU am 11.11.53 in Moskau.

2. "Die Große Freiheit ist schneller wie meine Gewehrkugeln."
James Bond, Ausgewählte Groschenromane, Bd. 007, 2001

3. "Viele junge Genossen fragen uns, wie wir es geschafft haben, 40.000 km kämpfend, zu Fuß im langen Marsch China zu durchqueren. Heute weiß ich, daß uns die Große Freiheit die Kraft gegeben hat."
Mao Tse Tung, Der fünfte Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzug, Ausgewählte Werke, Band IV, Peking.

4. "Nimm Dir die Große Freiheit".
Marlboro Werbung, Spiegel Nr. 167, 1984

5. Nimmt man zum Beispiel die Zeitung "Große Freiheit", die sich zwar unter kapitalistischen Produktionsbedingungen noch als Ware veräußern muß, so propagiert sie doch den wissenschaftlichen Sozialismus und zeigt somit den Weg zur Revolution, womit sie die materialistische Lehre der Dialektik in die Praxis umsetzt und beiträgt, die bestehenden Verhältnisse abzuschaffen."
Karl Marx, Kapital, Bd. IV, S. 0815, Dietz Verlag, Berlin

6. "Seitdem ich die Große Freiheit gelesen habe, will ich gar nicht mehr zurück."
E.T., Abaton Kino, 6. Reihe, am 15.1.83.

7. "Die Große Freiheit ist einfach notwendig."
Michael Bakunin in einem Brief an Karl Marx vom 13.7.1849, nachzulesen in Bakunin, Gesammelte Werke, Band 589, Kreuzberger Hinterhof Verlag.

8. "Die Große Freiheit ist gut und nicht schlecht und darum wichtig und nicht falsch."
Joscha Schmierer, 5. Delegiertenkonferenz des KBW, KVZ, Nr. 53, 1976

9. "Seit ich die Große Freiheit lese, mache ich nur noch große Geschäfte."
J.R. Ewing, Dallasfolge, Nr. 1.265, ARD.

10. "Seit ich die Große Freiheit gelesen habe, möchte ich gar nicht mehr ins Parlament zurück."
Thomas Ebermann, GAL, im Biber nach 3 Gläsern russischen Wodka und 12 Guiness um 5.45 Uhr auf der Herrentoilette

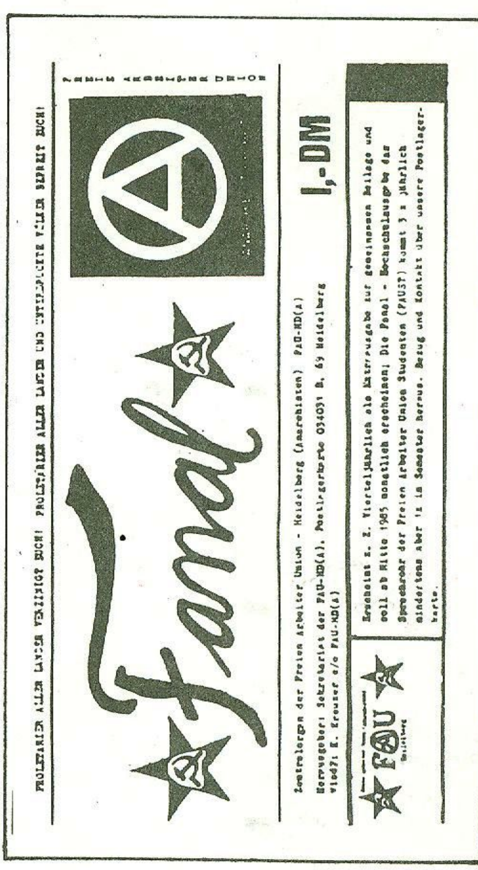
Mit freiheitlichen Grüßen

grosse freiheit



KONTO
T. Burggraef
Sonderkonto gf
Nernstweg 32-34
Postscheckamt Hamburg
Kontonummer: 37 13 32 - 201

BÜRO
Unsere Redaktionsheiligtümer sind im Nernstweg 32-34 in Hamburg Altona. Unser Büro ist ansich immer von Montag bis Donnerstag von 17.00 Uhr an bis 19.00 Uhr besetzt. Am Montag und Donnerstag sind ab 19.00 Uhr Redaktionssitzungen. Montag ist das öffentliche Trefferchen.



DIE PRAXIS IST DAS

KRITERIUM DER WAHRHEIT

mao

überwinden und auch, um die verhängnisvolle *Isolierung der Arbeiterklasse selbst* von ihren natürlichen Verbündeten im Kampfe gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus zu überwinden.

Wir wollen immer breitere Massen in den revolutionären Klassenkampf hineinziehen und sie zur proletarischen Revolution heranführen, *ausgehend von ihren brennenden Interessen und Nöten* auf Grund ihrer eigenen Erfahrung.

Wir wollen dem Beispiel unserer ruhmreichen russischen Bolschewiki, dem Beispiel der führenden Partei der Kommunistischen Internationale, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion folgend, den *revolutionären Heldenmut* der deutschen, spanischen, österreichischen und anderen Kommunisten mit *echtem revolutionären Realismus* verbinden und mit den letzten Resten scholastischer Hohlschwätzerei um ernste politische Fragen aufräumen.

Wir wollen unsere Parteien allseitig ausrüsten für die Lösung der überaus komplizierten politischen Aufgaben, vor denen sie stehen. Dazu müssen wir ihr *theoretisches Niveau* immer höher heben, sie im Geiste des lebendigen Marxismus-Leninismus und nicht eines toten Doktrinarismus erziehen.

Wir wollen aus unseren Reihen das *selbstzufriedene Sektierertum* ausmerzen, das uns in erster Linie den Weg zu den Massen versperrt und die Durchführung einer wirklich bolschewistischen Massenpolitik hindert. Wir wollen den Kampf gegen alle konkreten Äußerungen des *Rechtsopportunismus* in jeder Weise verstärken, eingedenk dessen, daß die Gefahr von dieser Seite gerade in der Praxis der Durchführung unserer Massenpolitik und unseres Massenkampfes sich verstärken wird.

Wir wollen, daß die Kommunisten in jedem Lande *alle Lehren* aus ihrer eigenen Erfahrung, als der Erfahrung der revolutionären Vorhut des Proletariats rechtzeitig ziehen und auswerten. Wir wollen, *daß sie möglichst schnell lernen, im stürmischen Meer des Klassenkampfes zu schwimmen* und nicht als Beobachter und Registratoren der heranstürmenden Wogen auf dem Ufer bleiben und auf gut Wetter warten. *(Beifall.)*

Das ist es, was wir wollen!

Und wir wollen das alles deshalb, weil die Arbeiterklasse, an der Spitze aller Werktätigen, zusammengeschlossen zu einer von der Kommunistischen Internationale geführten revolutionären Millionenarmee, mit einem so großen, weisen Steuermann wie unser Führer Genosse Stalin (stürmischer Beifall), nur auf diesem Wege sicher imstande sein wird, ihre historische Mission zu erfüllen, – den Faschismus und zusammen mit ihm den Kapitalismus vom Antlitz der Erde hinwegzufegen!

